



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Die Umsetzung vieler guter Ideen wurde geplant bei der 1. Kommunalen Partnerschaftskonferenz deutscher und libanesischer Kommunen von Engagement Global in München. Bild: Andreas Grasser

Partnerschaftskonferenz deutscher und libanesischer Kommunen:

Konkrete Hilfen für Kommunen im Libanon

Um den Ausbau von Partnerschaften zwischen libanesischen und deutschen Kommunen zu fördern, lud die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global zur deutsch-libanesischen kommunalen Partnerschaftskonferenz nach München ein.

Das vielfältige Engagement der bayerischen Landeshauptstadt in diesem Themenkomplex erläuterte Münchens Bürgermeister Josef Schmid in seinem Grußwort. Er ist berührt für seine gewaltigen Tempelanlagen. Sie gehören – ebenso wie die Altstadt zum Weltkulturerbe der UNESCO. Weitere aktive bayerische Kommunen sind mehrere Gemeinden im Allgäu sowie Straubing und Traunstein. Auch der Verein Orienthelfer e.V. beteiligt sich.

Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“

Mitwirkende der Tagung kamen aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

(BMZ), der Bayerischen Staatskanzlei und der libanesischen Botschaft. Die Konferenz war die erste ihrer Art und Teil der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“.

Die Veranstaltung bot eine Plattform zum Kennenlernen, fachlichen Austausch und zur Vernetzung kommunaler Akteure aus Deutschland und dem Libanon. Insgesamt waren über 30 Kommunen aus beiden Ländern vertreten. Anhand von Fachbeiträgen, Podiumsdiskussionen, Besichtigungen kom-

munaler Projekte und diverser Workshops konnten Schwerpunktthemen, Potenziale und Rahmenbedingungen für die deutsch-libanesischen kommunale Entwicklungszusammenarbeit beleuchtet sowie Ideen für mögliche Partnerschaftsprojekte entwickelt werden.

Große Herausforderungen durch syrische Flüchtlinge

Der Libanon hat im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Geflüchteten aus Syrien aufgenommen. Aktuell kommt jeder vierte Einwohner aus Syrien, die meisten leben in Kommunen. Diese stehen bei der Versorgung syrischer Geflüchteter (Fortsetzung auf Seite 4)

Einsatz für bayerische Traditionen

Söder vergab Heimatpreise in Schwaben, Oberbayern und Unterfranken

„Menschen, die sich um unsere Lebensart verdient gemacht haben“, wurden von Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder in Kempten mit dem Heimatpreis Schwaben, in Ingolstadt mit dem Heimatpreis Oberbayern und in Schweinfurt mit dem Heimatpreis Unterfranken geehrt. Mit Verantwortungsbewusstsein, Leidenschaft und Kreativität setzten sich die Preisträger für den Erhalt bayerischer Traditionen ein und sorgten dafür, dass diese zukünftigen Generationen weitergegeben werden, unterstrich Söder.

Mit dem „Heimatpreis Schwaben“ ausgezeichnet wurden Colomansfest und Colomansritt Schwangau. Dabei handelt es sich um eine der schönsten Pferdepromenaden im Freistaat, die an einer der schönsten gelegenen Kirchen ganz Bayerns stattfindet. Die Veranstaltung ist beeindruckendes Bekenntnis zu Glaube, Heimat und Brauchtum und gleichzeitig Zeichen für die Verwurzelung unserer Kultur und unseres Brauchtums im christlichen Glauben.

Ein weiterer Preisträger, der Dillinger Nachtumzug, ist einer der absoluten Höhepunkte in Schwabens Faschingskalender. 120 bunte Faschingsgruppen aus nah und fern und tausende Mitwirkende bringen mit Musik und Show, Feuer und Licht stim-

Dank für großartige Gemeinschaftsleistungen

Der 1964 gegründete Erkheimer Klausenverein ist eine der ältesten Klausenorganisationen im Allgäu und in Schwaben. Mit dem alemannischen Winterbrauch sollen durch das furchterregende Äußere der Gestalten und mit Lärm die bösen Wintergeister vertrieben werden. Die mehr als 70 Mitglieder des Klausenvereins organisieren u. a.

GZ-Seminar während der IFH /Intherm am 12. April auf der NürnbergMesse, NCC OST:

LEBENDIGE ORTSMITTE

Partnerschaftsveranstaltung von GHM, Bayerischer Architektenkammer, Bayerischem Gemeindetag, Bayerischem Städtetag und Bayerischem Landkreistag

Digitalisierung und Globalisierung sind Ursachen massiver Veränderungen in unseren Dörfern und Städten. Neue Konzepte des Zusammenlebens, des Wohnens und Arbeitens sind gefordert! Demographische Entwicklungen, verändertes Käuferverhalten, schließende Geschäfte in den Ortskernen, unsachgemäße Eingriffe und lange Leerstände zehren an der Bausubstanz.

Überall in Bayern gibt es jedoch hervorragende Initiativen, die den Strukturwandel positiv aufnehmen und neue Ideen umsetzen. Unter Berücksichtigung einer nachhaltigen, klimafreundlichen und barrierefreien Entwicklung werden innerörtliche Baupotenziale erfasst und aufgewertet. Zentrale und identitätsstiftende Gebäude behalten ihre Bedeutung und/oder bekommen neue Funktionen. Erhebliche städtebauliche Bereicherungen werden möglich, bspw. durch Schaffung eines bisher fehlenden Dorfplatzes. Kommunen leisten Pionierarbeit und regen zu privaten Sanierungen in der Nachbarschaft an. Gemeinden entwickeln gemeinsam Lösungen. Projekte – etwa im Bereich Erneuerbare Energien – steigern die

Akzeptanz. Neue Verdienstmöglichkeiten entwickeln sich und schließlich werden die Chancen, die eine digitalisierte Welt bietet, genutzt.

Während des Seminars LEBENDIGE ORTSMITTE wird anhand verschiedener Beispiele erörtert, wie eine lebendige Ortsmitte umsetzbar wird.

In Zusammenarbeit mit der GHM Gesellschaft für Handwerksmessen, dem Veranstalter der Messe IFH/Intherm, ist es gelungen, ein vielfältiges Programm auszuarbeiten. Die Partner sind Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag und Bayerische Architektenkammer.

Im Anschluss an das Seminar besteht Gelegenheit sich bei einem Messerundgang über praktische Instrumente in der Umsetzung zu informieren.

Vertreter von Kommunen, der Wohnungswirtschaft, Architekten, Ingenieure, Freiraum- und Stadtplaner können kostenfrei teilnehmen. Zur Übersendung eines Eintrittsgutscheines ist eine Anmeldung erforderlich.

Informationen:
www.gemeindezeitung.de/lebendige-ortsmitte

Städte dürfen Diesel-Fahrverbote erlassen

Reaktionen auf Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Das Bundesverwaltungsgericht hält Diesel-Fahrverbote in Städten nach geltendem Recht für grundsätzlich zulässig. Die beklagten Städte Düsseldorf und Stuttgart müssten aber ihre Luftreinhaltepläne auf Verhältnismäßigkeit prüfen, urteilte das Gericht in Leipzig. Das Urteil dürfte auch Auswirkungen auf andere Großstädte wie München haben.

Das Urteil sieht zudem Übergangsfristen und eine phasenweise Einführung von Fahrverboten vor. Außerdem soll es Ausnahmeregelungen etwa für Handwerker geben, jedoch keine generelle finanzielle Ausgleichspflicht.

Die Verwaltungsgerichte in Düsseldorf und Stuttgart hatten entschieden, Luftreinhaltepläne müssten verschärft werden, wobei auch Fahrverbote in Betracht zu ziehen seien. Die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen argumentierten dagegen, es brauche eine neue bundesweite Rechtsgrundlage. Diese Auffassung wiesen die Richter in Leipzig nun zurück.

Kommunalpolitiker sind keine Anhänger von Fahrverboten

Zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts nahm der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl wie folgt Stellung: „Kommunalpoli-

tiker sind keine Anhänger von Fahrverboten, weil Städte auf Mobilität angewiesen sind. Der Streit um die fehlende Hardware-Nachrüstung von älteren (Fortsetzung auf Seite 4)



Wenn das Spiel mit social media in Zukunft über Wahlen, Karrieren und Existenzen entscheidet – wo bleiben dann die kleinen Schwächen, die uns zu Menschen machen, fragt sich die Vorzimmerperle. Bleibt uns für die Zukunft – Stichwort shelfie – nur die Inszenierung? Trösten mag hier das Zitat eines französischen Fotokünstlers. S. 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Grünes Licht für Rekord-Nachtragshaushalt.	2
Reform des Kommunalwahlrechts	2
Behördenverlagerung voll auf Kurs.	2
GZ-Kolumne Jörg Kunstmann: Diesel-Urteil nicht zu Lasten der Kommunen und der Bürger!	3
HSS-Studie: Große Verbundenheit mit dem Freistaat	3
Handwerkliche Dienstleistungen	7
Kommunale Energiethemen • Beleuchtung	8-12
Kommunales Verkehrsweesen • ÖPNV	13-14
Kommunalfahrzeuge • Dienstfahrzeuge • GaLaBau	15-17
Aus den bayerischen Kommunen.	18-20

Nachtragshaushalt 2018:

Grünes Licht für Rekord-Etat

60 Milliarden Euro Finanzausgleich bringen 9,53 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen

Mit den Stimmen der CSU-Mehrheit hat der Bayerische Landtag den Nachtragshaushalt 2018 des Freistaats Bayern verabschiedet. Mit seinem Gesamtvolumen von rund 60 Milliarden Euro übersteigt er die ursprünglichen Etat-Planungen für 2017/18 um mehr als eine halbe Milliarde Euro. Der Ausgabenschwerpunkt beruht dabei auf den Bereichen Bildung, Soziales, Sicherheit und Digitalisierung. Der kommunale Finanzausgleich beläuft sich auf 9,53 Milliarden Euro, fast 600 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Die Schuldentilgung des Freistaats wurde um eine auf 1,5 Milliarden Euro erhöht. Somit sinkt der Gesamtschuldenstand bis Ende 2018 auf ca. 27 Milliarden Euro.

Die Vertreter der CSU-Landtagsfraktion lobten den „Paradehaushalt“, der jetzt zum 13. Mal ohne neue Schulden auskomme. Peter Winter, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, hob insbesondere den Anstieg der Bildungsausgaben auf rund 19,6 Milliarden Euro hervor, was ein Drittel der Gesamtausgaben ausmache. Kein Bundesland investiere mehr Geld in die Bildung als Bayern, erklärte der Haushaltsexperte. Des Weiteren verwies er auf den kommunalen Finanzausgleich 2018 in Höhe von 9,53 Milliarden Euro und weitere Förderungen der Kommunen, z.B. im Bereich der Kinderbetreuung oder beim Breitbandausbau.

Stärke und Wirtschaftskraft Bayerns

Winter sieht die Zahlungen des Freistaats von rund 5,9 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich als „Beleg für die Stärke und die Wirtschaftskraft Bayerns“. Sie seien auch ein Indikator für die gestiegenen Steuereinnahmen des Freistaats sowie eine besonders niedrige Arbeitslosenquote, die 2017 im Jahresdurchschnitt 3,2% betragen habe.

Der stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende, Karl Freller, zählte weitere positive Eckdaten auf, darunter die auf 12,1% gestiegene Investitionsquote des Freistaats sowie die erhöhten Schlüsselzuweisungen von nunmehr 3,7 Milliarden Euro. Diese fließen u.a. in die Krankenhauserneuerung, den Straßenbau und den öffentlichen Nahverkehr. Es gebe keinen Bereich, wo etwas weggelassen werde, überall werde in diesem „Paradehaushalt“ mehr investiert. Finanzstaatssekretär Albert Füracker lobte den Nachtragsetat als „echtes Kraftpaket für den Freistaat“.

Innenminister Joachim Herrmann zeigte sich sehr zufrieden mit dem Nachtragshaushalt. Die Mittel für sein Ministerium seien für 2018 um 72 Millionen auf 8,2 Milliarden Euro deutlich an-

gehoben worden, ein „absoluter Spitzenwert“. Damit investiere man noch einmal kräftig in die Beschleunigung gerichtlicher Asylverfahren, die Innere Sicherheit, in Sport, die digitalen Dienstleistungen, eine moderne Straßeninfrastruktur sowie in mehr ÖPNV.

Darüber hinaus sorgte der Freistaat mit einer kräftigen Anhebung der Fördermittel für zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum. Mit noch mehr Städtebaufördermitteln werden den Kommunen weitere Investitionen in eine lebens- und lebenswerte Heimat ermöglicht. Auch ein umfassendes Maßnahmenpaket für eine moderne und zeitgemäße Infrastruktur und

für bessere Luft in den Städten ist geplant.

Die Opposition sparte nicht mit Kritik. Der SPD-Haushaltsexperte und stellvertretende Ausschussvorsitzende, Harald Güller, vermisste im Nachtragshaushalt wichtige Impulse für ein zukunftsfähiges Bayern, trotz „hervorragender Finanzlage“. Er forderte höhere Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau, die Kinderbetreuung und die Ganztagschulen.

Kommunen finanzieren auch staatliche Aufgaben

Außerdem müsse mehr Geld in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Sein Fraktionskollege Günther Knoblauch wies darauf hin, dass der Anteil an den staatlichen Steuereinnahmen für Städte, Gemeinden und Landkreise von 16,9% im Jahr 2008 auf nunmehr 15,7% gesunken sei. Erschwerend komme hinzu, dass die Kommunen immer öfter staatliche Aufgaben finanzieren müssen.

Grünen-Fraktionschef Ludwig

Hartmann kritisierte den Nachtragsetat als „zukunftsvergessen“. Sowohl das „Söder-Tempolimit“ beim Glasfasernetzausbau, als auch umweltpolitische Mängel beim Landesentwicklungsprogramm zeigten, dass auch ein „dicker Geldbeutel“ kein Garant für gute Politik sei. Dies gelte in gleicher Weise beim Klimaschutz und der Verkehrswende.

Bürger entlasten!

Der haushaltspolitische Sprecher der Freien Wähler, Bernhard Pohl, forderte eine stärkere finanzielle Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, z.B. durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Außerdem forderte er mehr Geld für die Kommunen, den Wohnungs- und Straßenbau sowie für den öffentlichen Nahverkehr.

In der Abstimmung wurde der Nachtragsetat 2018 mit den Stimmen der CSU Mehrheit verabschiedet, die Opposition stimmte dagegen. Dabei wurden mehrere Änderungsvorschläge der Regierungsfraktion berücksichtigt, jedoch sämtliche Änderungsanträge der Opposition von der CSU abgelehnt. Das Nachtragshaushaltsgesetz 2018 tritt rückwirkend zum 1. Januar in Kraft. **rm**

9. Runde Stadtmarketingpreis Bayern

Abgabeschluss für Bewerbungen am 6. April 2018

Auch in diesem Jahr sucht die Bayerische Staatsregierung wieder kommunale Erfolgsgeschichten, um unter ihrer Schirmherrschaft die innovativsten City- und Marketingkonzepte bayerischer Städte bzw. Werbegemeinschaften mit dem Stadtmarketingpreis Bayern auszuzeichnen.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich für den Preis zu qualifizieren und von der publikumswirksamen Präsentation zu profitieren. Alle Bewerbungsunterlagen müssen bis zum 6. April 2018 vorliegen. Die feierliche Preisverleihung ist auf den 18. Juli 2018 terminiert.

Weitere Infos: www.stadtmarketingpreis.de

Söder zieht Bilanz nach drei Jahren:

„Behördenverlagerung voll auf Kurs“

Rund 60 % der Verlagerungsprojekte gestartet / Entzerrung des Ballungsraumes München durch Behördensatelliten

Drei Jahre nach dem offiziellen Start der größten Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte zeigt sich Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder hochzufrieden mit der Umsetzung der Maßnahmen: „Wir sind voll auf Kurs. Wir schaffen zukunftsfähige, qualifizierte und sichere Arbeitsplätze in den Regionen, damit junge Menschen in ihrer Heimat bleiben können. In allen Regierungsbezirken haben in den ersten drei Jahren 37 Behörden und staatliche Einrichtungen mit mehr als 650 Personen ihren Dienstbetrieb aufgenommen. Das sind rund 60 % der Verlagerungsprojekte. Das zeigt, dass die Staatsregierung ihren Worten Taten folgen lässt. Aufgrund des großen Erfolgs haben wir die nächste Stufe gestartet. Das Strukturkonzept „Chancen im ganzen Land“ bringt mit rund 540 Arbeitsplätzen Impulse für Mittelfranken und Niederbayern.“

Bis Ende 2017 wurde bereits bei insgesamt 37 Behörden und staatlichen Einrichtungen mit bislang 483 Beschäftigten und 170 Studierenden der Betrieb aufgenommen. Das sind bereits rund 60 % der Verlagerungsprojekte. Auch das Strukturkonzept „Chancen im ganzen Land“ ist bereits in der Umsetzung: Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege wurde am 20. November 2017 in Nürnberg feierlich eröffnet. In Ruhstorf a. d. Rott im Landkreis Passau ist Ende 2017 die Landesanstalt für Landwirtschaft mit ersten Beschäftigten gestartet.

Keine Zwangsversetzungen

Bewährt hat sich auch die schrittweise Umsetzung Hand in Hand mit den Beschäftigten ohne Zwangsversetzungen, aber mit einem Personalrahmenkonzept: die Kombination aus Versetzungswünschen und Neueinstellungen vor Ort sorgt für einen reibungslosen Aufbau. Bislang konnten bereits mehr als 350 Versetzungswünsche aus dem öffentlichen Dienst realisiert werden. Über 310 Versetzungswünsche in die Zielregionen liegen derzeit noch vor. Auch das Interesse von Außen ist enorm – über 3.000 Bewerbungen und Interessensbekundungen sind eingegangen. Söder: „Wir wollen keine „Hau-ruck-Aktionen“, sondern einen organischen Verlagerungsprozess. Deshalb sieht das Konzept auch einen Zeitrahmen bis 2025 vor,“ erinnert der Finanzminister. „Denn nur motivierte Beschäftigte sichern den hohen Qualitätsstandard der Verwaltung und tragen maßgeblich zum Gelingen der Verlagerungen bei.“

Für einen zügigen Personal-aufbau vor Ort konnte bei über 95 % der benötigten temporären Unterbringungen eine Lösung gefunden werden. Bei zwei Drittel der Verlagerungsprojekte steht bereits auch die langfristige Unterbringung fest. Dabei werden die Behörden entweder in bereits vorhandenen staatlichen Immobilien, in Anmietungen vor Ort, in Neubauten oder in Erwerbimmobilien untergebracht.

Söder gab auch einen Ausblick auf die kommenden Jahre. Im Jahr 2018 gehen voraussichtlich weitere elf Behörden mit mehr als 90 Beschäftigten und 260 Studierenden in Be-

trieb. Zudem wird der Personal-aufbau an den bislang eingerichteten Standorten mit 133 Beschäftigten fortgesetzt. Bis Ende 2018 sollen damit insgesamt 48 Behörden und staatliche Einrichtungen mit rund 1.150 Personen den Dienstbetrieb aufgenommen haben. Damit werden 75 % der Projekte mit mehr als 1/3 des gesamten Verlagerungsvolumens vor Ort sein. Bis Ende 2020 wird der schrittweise Aufbau weitergehen. Insgesamt sollen bis dahin rund 1.400 Personen an den Zielorten tätig sein. Der Abschluss aller Verlagerungen ist für 2025 vorgesehen.

Außerdem will der Freistaat durch sog. Behördensatelliten die Ballungsräume entlasten und Pendlern die Vereinbarkeit von Beruf und Privatem erleichtern. In einem Pilotprojekt werden an vier Standorten rund um den Verdichtungsraum München Behördenzentren für jeweils bis zu 20 Arbeitsplätze eingerichtet. Neben der Zeit- und Kostenersparnis für pendelnde Beschäftigte sollen die Behördensatelliten auch dazu beitragen, das Verkehrsaufkommen in den Metropolen zu verringern. Derzeit wird das Konzept zur Umsetzung erstellt, das im 2. Quartal 2018 dem Bayerischen Kabinett zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Das Konzept „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen“ sieht insgesamt 64 Verlagerungsprojekte im Umfang von 3.155 Personen (2.225 Arbeits- und 930 Studienplätze) vor. Startschuss für diese größte Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte war im März 2015. Alle Regierungsbezirke profitieren davon. Für die neuen Behördenstandorte wurden vorrangig Regionen ausgewählt, die im Raum mit besonderem Handlungsbedarf liegen und nicht im Rahmen der Hochschulinitiativen bereits umfangreich gefördert werden. Konversionsgemeinden wurden ebenfalls berücksichtigt.

Seit der abschließenden Beschlussfassung des Bayerischen Kabinetts haben sich gegenüber dem Ausgangskonzept nur Änderungen hinsichtlich neuer Behördenbezeichnungen ergeben; auf örtlichen Wunsch wurde zudem ein Standort innerhalb eines Landkreises neu festgelegt. Das Konzept ist Bestandteil der Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung. **□**

Reform des Kommunalwahlrechts

Landtag beschließt Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes
Künftig Auszählverfahren nach Sainte-Sainte-Laguë/Schepers

Mit den Stimmen der CSU-Mehrheitsfraktion hat der Landtag in Zweiter Lesung den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes verabschiedet. Dabei geht es neben kleineren Korrekturen vor allem um die künftige Anwendung des Auszählverfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers für die Sitzverteilung bei Kommunalwahlen in Bayern. Seit 2013 wurde das Verfahren nach Hare-Niemeyer angewandt.

Im Vorfeld hatten sich alle vier Landtagsfraktionen darauf geeinigt, die Berechnungsmethode für die Sitzverteilung bei Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten zu ändern. Die CSU wollte ursprünglich eine Rückkehr zum Verfahren nach d'Hondt, das bei der anteiligen Umrechnung des Wahlergebnisses auf die Besetzung kommunaler Gremien große Parteien tendenziell bevorzugt. Nach Protesten der Opposition und dem eindeutigen Ergebnis einer Expertenanhörung im Kommunalausschuss einigten sich die Fraktionen auf das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers, das allgemein als das Wahlergebnis am gerechtesten widerspiegelnde Verfahren gilt und das bereits seit 2008 bei Bundestagswahlen angewandt wird. Dieses wird jetzt auch bei

te sie dem Gesetzentwurf der Staatsregierung die Zustimmung. SPD, Freie Wähler und Grüne begründeten dies mit „anderweitigen Mängeln“ im Gesetz. So habe die CSU deren Anträge zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre zur Abschaffung der Altersgrenze von 67 Jahren bei Bürgermeistern und Landräten, zur Einführung des Wahlrechts für geistig Behinderte sowie zur Ausweitung des passiven Wahlrechts für EU-Bürger abgelehnt.

Harry Scheuenstuhl (SPD) bezeichnete die Bewerbung amtierender Bürgermeister und Landräte auf Gemeinderats- und Kreistagslisten als „Scheinkandidaturen zum Stimmfang“. Denn kein Bürgermeister oder Landrat werde seinen gut dotierten Posten für ein Ehrenamt in Kommunalparlamenten aufgeben.

Beste Berücksichtigung des Wählerwillens

Jürgen Mistol (Grüne) vermisste „weitreichende Transparenzregeln“ im neuen Gesetz. Dass es gelungen sei, das Auszählverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers gegen die ursprünglichen Pläne der CSU durchzusetzen, sei ein „starkes Signal für die Demokratie“. Joachim Hanisch (Freie Wähler) beanstandete vor allem die künftige Zulassung mehrerer Wahlvorschläge aus einer Partei bei Kommunalwahlen. Dadurch werde „Tarnlisten“ Tür und Tor geöffnet. Er kritisierte auch, dass Bürgermeister und Landräte im Falle ihrer Verhinderung an ihren gewählten Stellvertretern künftig ihnen wohlgesonnene Vertreter bestimmen dürften. Dies bedeute eine Entmündigung der eigentlich für deren Wahl zuständigen Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte sowie eine Entmachtung der rechtmäßigen Stellvertreter.

Für die CSU-Regierungsfraktion erklärte Andreas Lorenz, die Gesetzesnovelle berücksichtige die bei der letzten Kommunalwahl aufgetretenen Probleme. Das jetzt beschlossene Auszählverfahren bilde den Wählerwillen bei der Besetzung von Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreis- und Bezirkstagen am gerechtesten ab. **rm**

Obwohl die Opposition den Wechsel zum Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers ausdrücklich begrüßte, verweigerte

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Peutler
93090 Bach a. d. Donau
am 22.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Kugler
85244 Röhrmoos
am 17.3.

Bürgermeister
Alexander Fritz
90614 Ammerndorf
am 19.3.

Bürgermeister
Walter Bleimaier
82266 Inning a. Ammersee
am 21.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Hofmann
97720 Nüdlingen
am 12.3.

Bürgermeister
Axel Herrmann
95485 Warmensteinach
am 16.3.

Bürgermeister Willibald Galleitner
94166 Stubenberg
am 17.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Ettl
94350 Falkenfels
am 11.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Schuster
94366 Perasdorf
am 17.3.

Bürgermeister Ralph Edelhäußer
91154 Roth
am 22.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Christian von Dobschütz
91456 Diespeck
am 18.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Bauer
94571 Schaufling
am 22.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Studie im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) zu politischen Einstellungen in Bayern:

Große Verbundenheit mit dem Freistaat

München. Der Blick der Bürger Bayerns auf die Politik, deren grundsätzliche Einstellungen und die Art der Information über Politik waren Gegenstand der von der Hanns-Seidel-Stiftung bei der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) in Auftrag gegebenen Repräsentativumfrage. 2.012 zufällig ausgewählte, erwachsene Bayerinnen und Bayern hat die FGW im Zeitraum vom 16. bis 26. Oktober 2017 in ganz Bayern befragt.

Es liegen Ergebnisse vor zur Identifikation und Verbundenheit mit der Heimat, dem Vertrauen in Institutionen und gesellschaftspolitisch wichtigen Themen zum Befragungszeitraum. Außerdem wurde das Rezeptionsverhalten und die Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten und verschiedener Medien untersucht.

„Hauptziel der Studie war es“, sagte die Stiftungsvorsitzende Ursula Männle, „die Erwartungen der Bürger Bayerns an die Politik intensiver zu erfassen und besser zu verstehen.“



Prof. Ursula Männle und Matthias Jung.

Die Ergebnisse der neusten Studie hat Matthias Jung, Geschäftsführer der Forschungsgruppe Wahlen, am 1. März 2018 in München vorgestellt.

„Ein zentrales Ziel war es auch, Erkenntnisse zu gewinnen, wie sich die Menschen über Politik informieren und welchen Informationskanälen sie vertrauen“, so Institutsleiter Jung.

Identifikation mit Bayern

Ministerpräsident Horst Seehofer beschreibt Bayern gerne als „Vorstufe zum Paradies“ und wird dabei von 66 % der CSU-Wähler bestätigt, die sich mit Bayern „sehr verbunden“, weitere 28 % „verbunden“ fühlen. Keine andere Parteipräferenz erreicht diese hohen Zustimmungswerte. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung bestehen aber regionale Unterschiede: Die Altbayern und Schwaben fühlen sich mit Bayern stärker verbunden als die Franken, die sich weniger mit ihrem Bundesland identifizieren.

Integration, Energiewende, Ganztagsbetreuung, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Videoüberwachung

Das beherrschende Thema in Bayern war im Befragungszeitraum „Ausländer, Integration, Flüchtlinge und Asyl“, 32 % aller Nennungen entfielen hierauf. Für 61 % aller Befragten und Mehrheiten in fast allen Bevölkerungsteilen wird für die Energiewende „zu wenig“ getan. Der Wert ist bei Anhängern der Parteien Die Grünen und LINKE höher als unter CSU- und FDP-Wählern. Ein weiteres gesellschaftliches Thema, bei dem die Bevölkerung zu wenig Fortschritte sieht, ist die Ganztagsbetreuung von Kindern. Hier passiert 57 % „zu wenig“. Männer und Frauen sind sich hierbei ausgesprochen einig. Bei dem in der veröffentlichten Meinung als polarisierend emp-

fundenen Thema der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften überwiegt die Zufriedenheit mit dem Ist-Zustand: 51 % der erwachsenen Deutschen im Freistaat halten es für „gerade richtig“, was für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften getan wird, 20 % geht dies zu weit und 22 % nicht weit genug. Bei der Videoüberwachung sehen große Teile der Bevölkerung Handlungsbedarf. Für 48 % passiert hier zu wenig. Für 36 % sind die Maßnahmen der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen „gerade richtig“, nur 11 % gehen die bereits umgesetzten Maßnahmen zu weit.

Rezeption politischer Nachrichten über öffentlich-rechtliche Sender und Tageszeitungen

Wenn es um Nachrichten und Informationen über Politik geht, sind die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD und ZDF sowie die regionale bzw. lokale Tageszeitung in Bayern die wichtigsten Informationsquellen: 64 % bzw. 58 % aller Wahlberechtigten nutzen diese Medien nach eigenen Angaben „häufig“ zur Informationsbeschaffung, jeweils gut ein weiteres Viertel schaut bzw. liest zumindest „manchmal“ diese Sender oder Printmedien. Mit 45 % konstatiert außerdem knapp die Hälfte der Befragten, dass sie „häufig“ mit Verwandten oder Freunden reden, wenn es um politische Nachrichten und Informationen geht. Häufig BR Fernsehen schauen zu diesem Zweck gut ein Drittel der Erwachsenen.

Der Konsum von Nachrichten in öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern ist primär eine Altersfrage: Bei den unter 30-Jährigen werden ARD und ZDF zur „häufigen“ politischen Information mit 36 % nur geringfügig intensiver genutzt als soziale Medien mit 33 %. Fast die Hälfte der 30-49-Jährigen gibt an, „manchmal“ bei Facebook oder Twitter politische Themen zu konsumieren. In der Generation 60plus sind ARD, ZDF und BR gemeinsam mit den Lokalzeitungen das eindeutig dominierende politische Medium. Bei der Rezeption von Politiknachrichten aus Tageszeitungen gibt es auch eine Auffälligkeit in der Altersschichtung: Bei allen ab 50-Jährigen lesen deutlich mehr als doppelt so viele Bayern zur politischen Information eine lokale oder regionale Zeitung als bei den unter 30-Jährigen.

Häufig BR Fernsehen schauen gut ein Drittel der Erwachsenen, wenn es um politische Nachrichten und Informationen geht. Nur jeweils rund einer von fünf bezieht entsprechend häufig Politiknachrichten aus den privaten Fernsehsendern wie RTL, Sat.1 oder Pro 7, aus überregionalen Tageszeitungen wie der Süddeutschen Zeitung, der FAZ oder der Welt oder aus sozialen Medien wie Facebook oder Twitter. 15 % lesen oft ein Wochenmagazin wie den Spiegel, Focus oder den Stern. Dass sie zur politischen Information „häufig“ Bild-Zeitung lesen, sagen 6 % aller Befragten, wobei hier und noch stärker bei allen anderen genannten Kommunikationsplattformen das Rezeptionsverhalten in den diversen demo-

graphischen, sozialen und politischen Gruppen dann zumeist äußerst heterogen ausfällt.

Nutzung von Internet und sozialen Medien – 60plus nur zur Hälfte erreichbar

Während bei den unter 50-Jährigen nahezu alle Befragten online sind, ist dies in der – bei Wahlen besonders beteiligungsstarken – Generation 60plus gerade einmal rund die Hälfte. Neben dieser eklatanten altersspezifischen Diskrepanz variiert die Internetnutzung aber auch hinsichtlich von Merkmalen wie Bildung oder Geschlecht mitunter erheblich. 13 % aller Männer, aber 25 % der Frauen nutzen kein Internet, bei den ab 60-jährigen Frauen ist dies mit 61 % sogar eine klare Mehrheit.

Wenn auch erneut mit ganz unterschiedlicher Bedeutung in den einzelnen Bevölkerungsgruppen, ist das Internet in Bayern eine grundsätzlich hochrelevante Kommunikationsplattform für politische Inhalte: 58 % aller Wahlberechtigten – dies sind 72 % derjenigen Befragten, die das Internet nutzen – lesen im Internet auch etwas über Politik. Gut die Hälfte aus dieser Gruppe tut dies mindestens einmal täglich. Zum Vergleich: Bundesweit haben zuletzt 64 % aller Deutschen angegeben, im Internet auch etwas über Politik zu lesen (Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer September III 2017, KW 37).

Altersgrenze bei politischer Kommunikation über Facebook

Ähnlich wie bei der Internet-Nutzung ganz allgemein ist auch bei der Verbreitung von Facebook das Alter die zentrale Größe: Weit überdurchschnittlich genutzt wird dieses soziale Netzwerk von jungen Menschen. Anders als bei der grundsätzlichen Internet-Nutzung, wo erst in der Generation 60plus große Bevölkerungsteile offline sind, sind Facebook-Nutzer in Bayern bei den ab 40-Jährigen klar in der Minderheit und bei den ab 60-Jährigen die große Ausnahme. Zwischen Männern und Frauen gibt es bei der Facebook-Nutzung insgesamt überhaupt keinen Unterschied, bei den unter 35-Jährigen sind allerdings noch mehr weibliche (76 %) als männliche Befragte (68 %) entsprechend vernetzt. Twitter nutzen übrigens nur 4 % der wahlberechtigten Bayerinnen und Bayern.

Fake News als Problem erkannt – Auswirkungen auf Wahlen unklar

Fake News bezeichnen 56 % aller Befragten als sehr großes (14 %) oder großes (42 %) Problem, insgesamt 28 % sehen in solchen meist gezielt lancierten Falschmeldungen ein weniger großes (26 %) oder überhaupt kein Problem (2 %), 13 % können nicht antworten, weil sie nichts von diesem Phänomen gehört haben. Dass ihnen Fake News unbekannt sind, sagen besonders viele ab 70-Jährige, wobei selbst hier wie in allen anderen untersuchten Subpopulationen klare Mehrheiten Fake News zumindest vom Namen her kennen. Obwohl Fake News vor allem viral über soziale Netzwerke verbreitet werden, gibt es – soweit bekannt – ein klar überwiegendes Problembewusstsein gegenüber solchen manipulierten Meldungen auch unter denjenigen Bayern,

Liebe Leserinnen und Leser,

vor wenigen Tagen haben die Richter des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig ein Urteil mit besonderem Knalleffekt abgeliefert: Das Gericht hält Diesel-Fahrverbote in Städten nach geltendem Recht für grundsätzlich zulässig. Das Urteil dürfte richtungweisend für ganz Deutschland sein. Einige wichtige Fakten dazu: Als gesetzliche Grundlage dient die EU-Luftreinhaltelinie von 2008. Nach Aussagen des Umweltbundesamtes wurden 2017 in ca. 70 deutschen Kommunen die Stickoxid-Grenzwerte überschritten – primär werden dafür die Dieselabgase verantwortlich gemacht. Geklagt wird derzeit von der Deutschen Umwelthilfe in 19 Städten, darunter auch in der bayerischen Landeshauptstadt München.

Wie erwartet, jubilierten nach dem Urteil

Diesel-Urteil nicht zu Lasten der Kommunen und der Bürger!

die Naturverbände und freuen sich über einen erhöhten Druck bei Politik und Autobauer, nun schnell effektive Maßnahmen ergreifen zu müssen. Doch wirklich gangbare Lösungen können die Aktivisten selbst nicht vorweisen. Handwerker und Mittelständler hingegen befürchten existenzielle Nöte, die im Zuge von städtischen Fahrverboten entstehen könnten – bis hin zu spürbaren Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der Nahversorgung. Hierbei ist anzumerken, dass das Gericht aber bestimmte Ausnahmen schon für zulässig hält. Eine Schockwirkung hinterlässt das Urteil natürlich bei all denjenigen Pendlern, die jeden Tag auf ihre älteren Dieselfahrzeuge angewiesen sind, um zu ihren Arbeitsplätzen in den großen Innenstädten zu gelangen. Sind sie jetzt gezwungen, ihr oftmals lange abgespartes Auto mit Wertverlust zu verkaufen und sich einen neuen „sauberen“ Diesel zulegen? Oder kauft man sich gleich einen Benziner, der aber dann wieder mehr CO2 ausstößt und vielleicht im nächsten Jahr aus Klimaschutzgründen am Pranger steht? Die Lage ist in der Tat unübersichtlich!

Doch wie geht's jetzt konkret weiter mit dem Autoverkehr in den Ballungsräumen? Das Gericht sagt also im Prinzip: Die Städte sollen es richten – mit Fahrverboten. Na bravo! Allein der bürokratische Aufwand wäre ja enorm: In München müssten laut Angaben der örtli-

die kaum oder gar nicht das Internet nutzen. Eine relativ hohe Sensibilität existiert auch unter Befragten, die täglich viele Stunden online sind und / oder unter denjenigen, die politische Nachrichten verstärkt aus dem Internet beziehen. Allerdings gibt es auch in diesen Gruppen zahlreiche Befragte, die Fake News als weniger oder gänzlich unproblematisch klassifizieren.

Auch wenn das Gros der Bayerinnen und Bayern größere Effekte von Fake News auf den Ausgang der Bundestagswahl bezweifelt, sind zahlreiche Wahlberechtigte vom Gegenteil überzeugt: 31 % aller Befragten (bzw. 35 % derjenigen, die von Fake News gehört haben) meinen, dass falsche oder manipulierte Nachrichten die Bundestagswahl im September 2017 stark (25 %) bzw. sehr stark (6 %) beeinflusst haben. 42 % vermuten eine weniger starke Wirkung und für nur 9 % haben Fake News überhaupt keine beeinflussende Rolle gespielt.

Die Hanns-Seidel-Stiftung führt immer wieder Studien durch und lässt dabei gesellschaftspolitische Themenstellungen erforschen. Die ausführlichen Ergebnisse der Studien werden veröffentlicht und können auf der Website www.hss.de/ publikationen mit Tabellen und Schaubildern heruntergeladen werden.

GZ

KOLUMNE
Jörg Kunstmann

chen Verkehrsbehörde unter Umständen bis zu 130.000 (!) neue Schilder aufgestellt werden. Mal ehrlich: Wo wäre hier der gesunde Menschenverstand?

Doch sind Fahrverbote, die Bürger und Kommunen unverschuldet belasten, überhaupt die geeignete Lösung, die grundsätzlichen Schadstoffprobleme älterer Diesel in den Griff zu bekommen. Ich glaube nicht.

Für mich sind in diesem Zusammenhang die Automobilhersteller in hohem Maße gefragt. Sie haben bei den Abgaswerten bewusst getrickst und müssen mit einem umfangreichen Sofortprogramm den Schadstoffausstoß „ihrer“ betroffenen Diesel-Fahrzeuge reduzieren – auf ihre Kosten. Einige schnelle Klicks in der Software, verbunden mit wohlklingenden Erfolgsmeldungen ihrer Presseabteilungen, werden dazu aller Voraussicht nach nicht ausreichen. Man wird laut den meisten Experten an bestimmten Hardware-Nachrüstungen nicht vorbeikommen, damit die versprochenen Grenzwerte in der Praxis eingehalten werden und sich letztendlich an den Messstationen niederschlagen. Dies ist zudem eine Frage der Glaubwürdigkeit einer gesamten Leitbranche unseres Landes!

Glaubwürdig muss auch die Politik bleiben. Die Bayerische Staatsregierung und die künftige Bundesregierung wollen gleichermaßen eine Vermeidung von Fahrverboten. Gut so!

Deshalb sollten sie zum einen auf die Autoindustrie einwirken und zum anderen die im Koalitionsvertrag zahlreich beschlossenen Maßnahmen zur Verkehrswende hin zu einer smarten, schadstoffarmen Mobilität zeitnah mit allem Nachdruck angehen. Die Kommunen in Ballungszentren, aber auch in ländlichen Räumen werden dazu sicherlich ihren Beitrag leisten. Die Rahmenbedingungen hierfür müssen auf den höheren Ebenen und bei den technischen Anbietern gesetzt werden.

Aktuell ist aber erst einmal wichtig, dass die Auswirkungen des Urteils zum Fahrverbot weder zu Lasten der Kommunen, noch der Bürger gehen und mit den Automobilherstellern diejenigen aktiv werden, die eine große Verantwortung für die aktuelle Dieselproblematik tragen.

Terminhinweis: Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) wird sich unter der Leitung unseres Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle mit der wichtigen Thematik „Mobilität“ bei einer Diskussionsrunde am 7. Mai 2018 in München auseinandersetzen, die gemeinsam mit dem Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) durchgeführt wird.

Ihr Jörg Kunstmann

Landesgeschäftsführer der KPV Bayern
stv. Landrat des Landkreises Kulmbach

Forderung des Hauptausschusses des Bayerischen Bezirkstags:

Pflegestützpunkte für ganz Bayern

Für eine flächendeckende Einrichtung sogenannter Pflegestützpunkte im gesamten Freistaat hat sich der Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstags bei seiner Tagung im oberbayerischen Kloster Seeon ausgesprochen. Bisher gibt es in den 71 Landkreisen sowie 25 kreisfreien Städten in Bayern nur neun zentrale und kostenlose Beratungszentren.

Das Gremium unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Josef Mederer votierte dafür, in engem Schulterschluss mit den Landkreisen, kreisfreien Städten, Pflegekassen und Krankenkassen als Partner derartige Service-Zentren für umfassende soziale Hilfeleistungen in Form passgenauer Beratungen zu schaffen. Dabei könne der Fokus sowohl auf das Thema ambulante Hilfe zur Pflege gerichtet sein als auch Fragen zur Eingliederungshilfe oder zu weiteren sozialen Hilfsangeboten umfassen.

Auch vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft unterstrich Präsident Mederer ausdrücklich die Dringlichkeit von Pflegestützpunkten. Deren Errichtung sei gut geeignet, eine umfassende flächendeckende bürgernahe Beratung sicherzustellen:

- In den Pflegestützpunkten arbeiten alle beteiligten Leis-

tungsträger (einschließlich der Krankenkassen) zusammen.

- Sie stellen eine umfassende und unabhängige Beratung sicher.
- Sie koordinieren alle für die wohnortnahe Versorgung und Betreuung in Betracht kommenden gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen und sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfs- und Unterstützungsangebote einschließlich der Hilfestellung bei der Inanspruchnahme von Leistungen.
- Sie vernetzen aufeinander abgestimmte pflegerische und soziale Versorgungs- und Betreuungsaufgaben.
- Die Bezirke könnten die Beratung auf ihre Leistungen der Eingliederungshilfe ausweiten.
- Es besteht die Möglichkeit, die Fachstellen für pflegende Angehörige einzubinden und damit eine umfassende „Beratung“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Einsatz für bayerische ...

ler-Albert zieht am Rosenmontag mit Kindern durch die Innenstadt und erhält auf das Rufen von Faschingsprüchen von Geschäftsleuten Essen sowie Süßigkeiten für die Kinder

Sprachatlas und Tänzelfest

Der Sprachatlas für Bayerisch-Schwaben dokumentiert die geographische Verteilung der Dialekte Bayerisch-Schwabens und steht damit für den wissenschaftlichen Ansatz der Dialektpflege. Vor über 30 Jahren wurde das Projekt durch Prof. Dr. Werner König an der Universität Augsburg gestartet und ist in der Zwischenzeit zu einem abgeschlossenen Atlas mit 16 Bänden und weiteren Veröffentlichungen gewachsen.

Das Tänzelfest Kaufbeuren ist das älteste historische Kinderfest Bayerns und fördert das Geschichtsbewusstsein von klein auf. Auf dem Tänzelfest spielen die Kinder von Kaufbeuren die Geschichte ihrer Stadt nach. Höhepunkte bilden der Einzug des Kaisers Maximilian I., mit dem einer der 14 Kaiserbesuche der Reichsstadt nachgestellt wird, und der Festumzug.

Größtes Historienfestspiel

Die Wallensteinfestspiele in Memmingen schließlich sind mit über 4.000 Mitwirkenden das größte Historienfestspiel in Europa. Hier wird Geschichte anschaulich erlebbar. Mit hoher Detailtreue, großem Einsatz und auf grandiose Weise wird an die Vergangenheit der eigenen Heimat erinnert.

Den „Heimatpreis Oberbayern“ erhielten „Die Streichhölzer“, Freundeskreis St. Willibald e. V., Kulturhistorischer Verein Donaumoos e. V., Luz Amoi, die Waldbühne Halsbach und die Zandter Blasmusik.

Bei der Musikgruppe „Die Streichhölzer“ treffen Einflüsse

Pflegestützpunkte ...

(Fortsetzung von Seite 3) unter einem Dach“ anzubieten. Die ambulante Hilfe zur Pflege wechselte zum 1. März 2018 zu den Bezirken. Diese haben die Möglichkeit, zur Vorbereitung auf die Übernahme der Aufgabe diese Hilfe bis Ende 2018 auf die Landkreise und kreisfreien Städte zur Durchführung zu delegieren. Die Bezirke beabsichtigen, diese Möglichkeit wahrzunehmen, wobei manche in Absprache mit den Landkreisen und kreisfreien Städten den Zeitraum nicht vollständig ausschöpfen werden.

Bezirke und Landkreise sowie kreisfreie Städte müssten Mederer zufolge bei der jeweiligen Erledigung ihrer Aufgaben eng zusammenarbeiten und darüber Kooperationsvereinbarungen abschließen. Zu möglichen Inhalten liefen derzeit Gespräche des Bayerischen Bezirktags mit dem Bayerischen Landkreistag und dem Bayerischen Städtetag.

Der Hauptausschuss erwartet, dass sich im „Idealfall“ die Pflege- und Krankenkassen sowie die Kommunen zu je einem Drittel die Finanzierung teilen. Präsident Mederer appellierte an die Pflege- und Krankenkassen, die Landkreise und kreisfreien Städte sowie an den Freistaat Bayern, sich dieser Herausforderung mit Leidenschaft zu stellen: „Denn die Menschen erwarten von uns vor dem Hintergrund eines ständig steigenden Betreuungsbedarfs hier wohnortnahe und fachlich kompetente Beratungsangebote.“ Diesem Anspruch fühlten sich insbesondere die Bezirke als Anwalt der Schwächsten in der Gesellschaft verpflichtet. **DK**

se aus Jazz, Klassik und anderen Stilrichtungen auf „traditionelle“ Volksmusik. Das vielschichtige Repertoire besteht aus Stücken aus nahezu allen Regionen Bayerns, Melodien aus der Steiermark, Böhmen, Ungarn und Makedonien sowie Eigen- und Neukompositionen von Musikantenkollegen.

Einmalig ist auch der Ritt durch die Willibalds-Kirche beim Willibald-Ritt. Im Jahr 1712 baten Jesenwanger den Heiligen Willibald um Hilfe, als eine tödliche Seuche hauptsächlich unter den Pferden wütete. Seitdem findet jährlich der Willibald-Ritt mit einer Pferdesegnung mit mehr als 300 Pferden und tausenden von Zuschauern statt, am 8. Juli 2018 bereits zum 296. Mal.

Haus im Moor und viel Musik

Der Kulturhistorische Verein Donaumoos e. V. macht mit einem „Haus im Moor“ im Niedermoor im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen die Heimat der Donaumoosbewohner in der Gegenwart und in Zukunft erlebbar. Diese Umweltbildungsstätte mit Ausstellungen ist auch ein Freilichtmuseum, in dem die Besucher die 200-jährige Besiedlungsgeschichte dieses einzigartigen Naturraumes erleben können.

Die Musik von Luz Amoi führt die Volksmusik in die bayerische Moderne. Eine Musik mit eigenem Charakter, irgendwo zwischen Volksmusik, Pop und Jazz, mit Instrumenten in ungewöhnlicher Kombination und eigenen, bayerischen Liedtexten. Die Musiker bereichern mit ihrer Musik unsere Heimat um neue Klänge mit alten Wurzeln.

Die idyllisch gelegene Waldbühne Halsbach ist ein einzigartiger Ort der Heimatkultur mitten im Wald. Das Laientheater begeistert sein Publikum mit eindrücklichen Freilicht-Theateraufführungen, meist rund um denkwürdige Momente aus der örtlichen Geschichte. Ein besonderer Höhepunkt zur Weihnachtszeit ist die Halsbacher Waldweihnacht, einer der schönsten und stimmungsvollsten Weihnachtsmärkte Bayerns.

Die Zandter Blasmusik steht für Engagement zur Bewahrung und Pflege der wunderschönen bayerischen Blasmusik, für lebendige Freude an alter Musiktradition. Die 1973 gegründete Kapelle ist aus dem Volksmusikleben der Region Ingolstadt nicht wegzudenken.

Breakdance vom Feinsten

Mit dem „Heimatpreis Unterfranken“ ausgezeichnet wurden DDC – Dancefloor Destruction Crew, Fanfaren- und Spielmanszug Hofheim i. Ufr., Krippenmuseum Glattbach, Musikkapelle „Kaufmannsware“, Ostheimer Historienspiel, Sebastian Reich und „Amanda“, Sennfelder und Gochsheimer Friedensfeste sowie der St. Wolfgang-Ritt Ochsenfurt.

Gegründet im Schweinfurter Jugendhaus hat sich die Dancefloor Destruction Crew zu einer der besten und kreativsten Breakdance-Gruppen der Welt entwickelt. Für ihre waghalsig-witzigen Shows werden sie mit Preisen überhäuft. Sie spielen dabei auch mit bayerischer Tradition.

Der 1958 gegründete Fanfaren- und Spielmanszug Hofheim wurde für 60 Jahre ehrenamtliches Engagement für das Kulturleben im Haßgau ausgezeichnet. Der Verein hält die Musik der Spielleute kunstvoll lebendig. Vorbildlich ist auch das Engagement für die Jugendarbeit.

Das Glattbacher Krippenmuseum bietet einen großen Überblick über die vielfältigen Werke der Volkskunst mit der Dar-

stellung des Weihnachtsgeschehens. Das Museum beherbergt eine völkerkundliche Krippensammlung mit über 450 ausgestellten Exponaten aus fünf Kontinenten und über 85 Ländern. Dazu kommen eine weltweite Briefmarkensammlung mit Weihnachtsmotiven sowie eine kleine Bibliothek mit deutscher Fachliteratur.

Hinter dem Musikquartett „Kaufmannsware“ steckt musikalische Frauenpower aus der Rhön. Die Musikerinnen sorgen mit ihren „frechen hausgemachten“ Liedern in Rhöner Mundart für sagenhafte Stimmung.

Das Ostheimer Historienspiel knüpft an den Sturm kroatischer Söldner auf die Ostheimer Kirchenburg im Jahr 1634 während des Dreißigjährigen Krieges an. Das Freilichttheater ist ein reines Laientheater. Die gesamte Inszenierung stammt von den Ostheimer Bürgern. Umrahmt wird das Freilichtspiel von einem bunten Landsknechtfest für die ganze Familie mit Handwerksvorführungen, Musik, Speis und Trank, Festzug und Gottesdienst.

Fränkischer Humor mit Nilpferd Amanda

Der Würzburger Sebastian Reich und seine Nilpferddame Amanda sind herausragende Protagonisten des fränkischen Humors. Vor allem auf dem Veitshöchheimer Fasching ist ihr Auftritt einer der Höhepunkte.

Die Friedensfeste wurden bereits in das Bayerische Landesverzeichnis und in die Landesliste des Immateriellen UNESCO-Kulturerbes aufgenommen. Sie haben ihren Ursprung in der Wiedererlangung der Reichsfreiheit und der Rechte auf freie Ausübung protestantischen Glaubens im Jahr 1649. Seither veranstalten die Gemeinden Sennfeld und Gochsheim alljährlich am ersten Septemberwochenende ein Friedensfest mit Singen, Musizieren, Predigt und historischem Plantanz.

Die Tradition des Pfingstritts in Ochsenfurt zeugt von fester christlicher Verwurzelung und starkem Gemeinschafts- und Heimatgefühl. Der Pfingstritt zur St. Wolfgangskapelle wurde erstmals 1464 urkundlich erwähnt. Über Jahrhunderte hinweg entwickelte sich die Pfingstsegnung zu einer Veranstaltung mit eher weltlichem Charakter mit einer Vielzahl an Schankwirten und Ständen. **DK**

Konkrete Hilfen für ...

(Fortsetzung von Seite 1) teter vor großen Herausforderungen: Es mangelt neben Infrastruktur und Ressourcen vor allem an Know-how, um angesichts des rasanten Bevölkerungszuwachses beispielsweise die Abfallwirtschaft, die Wasser- und Energieversorgung oder die kommunale Verwaltung sicherzustellen.

Stärkung von Kommunen vor Ort

Die SKEW unterstützt mit der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ den Aufbau von kommunalen Projektpartnerschaften zur Stärkung von Kommunen vor Ort. Die Initiative wird im Auftrag des BMZ von Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und gemeinsam mit der Städteplattform Connective Cities mit dem Ziel umgesetzt, die partnerschaftliche Zusammenarbeit und den Wissenstransfer zwischen aufnehmenden Kommunen rund um Syrien und kommunalen Akteuren aus Deutschland zu fördern.

Auch die deutschen Kommunen profitieren durch den Austausch von Fachwissen und Erfahrungen. Lösungsansätze für

Städte dürfen Diesel-...

(Fortsetzung von Seite 1) Dieselfahrzeugen wird nun auf dem Rücken betroffener Städte und ihrer Bürger ausgetragen. Eine bessere Luftqualität in Städten lässt sich in der Praxis aber nur erreichen, wenn an der Quelle angesetzt wird, damit Autos, Laster und Busse weniger Schadstoffe ausstoßen.“ Gribl zufolge benötigen die Städte schnell Entscheidungen vom Bund. Um eine dauerhafte Luftverbesserung zu erreichen, müsse auch die Hardware von alten Dieselfahrzeugen nachgerüstet werden. Zudem sei für die zur Verhängung von Fahrverboten verpflichteten Städte eine vollziehbare Rechtsgrundlage zu treffen.

Handlungsinstrumente

Die jetzt betroffenen Städte seien darauf angewiesen, dass sie ein Handlungsinstrument zur Differenzierung von Zufahrtverboten für luftverschmutzende Fahrzeuge erhalten. Ansonsten müsste ein pauschales Dieselfahrverbot verhängt werden: Gribl: „Ein pauschales Fahrverbot ist nicht vollziehbar. Dafür müsste man einen Schilderwald aufstellen. Hierfür müsste jeweils an betroffenen Straßen und Straßeneinmündungen ein Dieselfahrverbotsschild aufgehängt werden. Und jedes Fahrzeug müsste einzeln kontrolliert werden.“

Laut Schätzungen des Münchner Umweltreferats wären dafür allein in der Landeshauptstadt 130.000 Schilder nötig. Die Polizei müsste dann anhand der Fahrzeugpapiere individuell prüfen, ob das Fahrzeug einfahren darf oder nicht. Nur wenn emissionsarme Fahrzeuge klar gekennzeichnet sind, lassen sich Emissionen über zonierte Fahrverbote stadtverträglich, rechtssicher und kontrollierbar reduzieren. Und es müssen Ausnahmeregelungen möglich sein, um den Anlieger- und Wirtschaftsverkehr aufrecht halten zu können.

Ehrgeizige EU-Richtlinien

Die Europäische Union setzt ehrgeizige Richtlinien zur Luftqualität mit Grenzwerten für Stickstoffdioxid oder Feinstaub. Allerdings fehlen laut Gribl auf Bundesebene und auf Landese-

globale Themen wie Flucht oder Klima tragen dazu bei, das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für globale Zusammenhänge und Integration zu stärken.

Weitere Informationen

Informationen über die Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ und den Aufbau von kommunalen Projektpartnerschaften gibt es unter www.initiative-nahost.de

ENGAGEMENT GLOBAL gGM-BH – Service für Entwicklungsiniciativen informiert und berät Einzelpersonen, Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Stiftungen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Die Organisation qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement.

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Sitz ist Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart. **DK**

bene die Handlungsinstrumente zur Umsetzung der Richtlinien und zur Durchsetzung der Fahrverbote: „Letztlich wird das Problem auf die Städte geschoben: Städte sollen die Luft rein halten und somit für den Gesundheitsschutz der Bewohner sorgen. Aber die Städte können nicht den Schadstoffausstoß von Fahrzeugen reduzieren – das ist die Aufgabe der Autohersteller. Sie müssen Dieselfahrzeuge so nachrüsten, dass die versprochenen Grenzwerte bei Schadstoffen eingehalten werden. Versäumnisse der Automobilindustrie dürfen nicht zu Lasten der Kommunen und ihrer Bürger gehen.“

Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung

Von einem „massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung“ sprach Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Kommunen dürften nicht für die Versäumnisse der Autoindustrie haftbar gemacht werden. Auch wenn das Bundesverwaltungsgericht nur über die Luftreinhaltepläne der Städte Düsseldorf und Stuttgart verhandelte, habe die Entscheidung dennoch deutschlandweit Auswirkungen. Für jede Stadt, in der Grenzwerte überschritten werden, könnten jetzt Fahrverbote für ältere Diesel-Pkw als Option in den Luftreinhalteplan aufgenommen werden.

Zentren in Gefahr

Brandl zufolge „brauchen wir gute Alternativen statt Verbote. Fahrverbote in deutschen Städten sind nicht im Sinne der Kommunen. Verschiedene Zonen, Blaue Plaketten, Fahrverbote für einzelne Autos – all diese Formen der Ausgrenzung einzelner Fahrzeugarten gefährden die Innenstädte als Lebensader der Kommunen. Denn derartige Maßnahmen verhindern nicht nur Privatfahrten mit Dieselfahrzeugen, sondern auch etwa den Liefer- und Behördenverkehr und Fahrten von Einsatzkräften wie Feuerwehr, Krankenwagen und Polizei. Sie gehen zu Lasten von Bürgerinnen und Bürgern, Pendlern und Touristen, von Handel und Gewerbe. Fahrverbote sind eine Gefahr für ein pulsierendes Leben in den Zentren der Kommunen.“

Gleichwohl führt nach Brandls Überzeugung kein Weg daran vorbei, dass die Luft in den Städten und Gemeinden wieder sauber werden muss. Das kürzlich vom Bund initiierte Sofortprogramm zur Luftreinhaltung reiche dazu nicht aus, lege es doch den Schwerpunkt auf Änderungen im Mobilitätsverhalten, die erst mittelfristig wirksam werden. Der Bund als nationale Instanz des Umweltschutzes müsse daher umgehend ein Programm zur Umrüstung von Dieselmotoren der Schadstoffklassen Euro 5 und Euro 6 auflegen.

Nachrüstung ist machbar

„Der Feldversuch des ADAC hat bewiesen, dass eine Nachrüstung mit Katalysator-Systemen technisch machbar und finanziell darstellbar ist“, betont Brandl. Bezahlen müssten dies die Autohersteller, die die Schadstoffmiserie durch den Einbau von Abschaltsoftware herbeigeführt hätten. „Es ist Aufgabe des Bundes, die Firmen dafür in die Pflicht zu nehmen oder notfalls selbst einzuspringen“, machte der Präsident deutlich. Auf keinen Fall dürften die Besitzer von Dieselfahrzeugen mit diesen Zusatzkosten belastet werden.

Vor purem Aktionismus hat

indes der Deutsche Landkreistag gewarnt. Nach den Worten von Präsident Landrat Reinhard Sager „können Fahrverbote für bestimmte Dieselfahrzeuge zwar kurzfristig die Schadstoffbelastung an den Messstationen reduzieren. Aber ein nachhaltiges Gesamtkonzept ist das nicht, zumal man die Folgen bedenken muss. Zu rechnen ist mit erheblichen Auswirkungen auf Pendler und Firmen, die vom innerstädtischen Verkehr teilweise vollkommen ausgeschlossen wären. Daher muss man mit einer Reihe von Maßnahmen wohlüberlegt vorgehen.“

Insofern sei zu begrüßen, dass das Gericht die Frage von Übergangsfristen und eine phasenweise Einführung von Fahrverboten ebenso thematisiert wie Ausnahmeregelungen für Handwerker und Anwohner. „Die Richter haben sehr deutlich gemacht, dass Verkehrsverbote für Dieselfahrzeuge verhältnismäßig sein müssen“, erklärte Sager. Teil der Lösung seien ohne Wenn und Aber die Automobilhersteller.

Notwendig sei eine klare Strategie, um das Mobilitätsgeschehen der Zukunft zu gestalten. „Wir unterstützen daher die beabsichtigte Einrichtung einer Kommission zur Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität sowie die Schaffung eines Nationalen Kompetenznetzwerks für nachhaltige Mobilität. Beide dürfen sich aber nicht allein auf städtische Fragestellungen beschränken, sondern müssen auch die Mobilität in der Fläche, insbesondere die Pendlerverflechtungen in den Stadt-Umland-Beziehungen adressieren“, so Sager. Nach seiner Überzeugung sollte das Thema nicht auf Fahrverbote und Stickoxide reduziert werden.

Skepsis bei kostenlosem ÖPNV

Skeptisch zeigte sich der Präsident in Bezug auf einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr: „Das kann man sich natürlich wünschen, man muss es aber auch finanzieren. Denkbar sind allenfalls Pilotvorhaben in ausgewählten Orten.“ Auch dürfe man diese Idee nicht mit zu großen Erwartungen überfrachten. Sie könne bestenfalls eine Perspektivlösung im Rahmen eines Gesamtkonzepts sein, die zudem noch mit einem Finanzierungskonzept zu unterlegen wäre. „Die Kommunen jedenfalls sind finanziell sicher nicht in der Lage, auf die immensen Einnahmeausfälle aus den Ticketverkäufen zu verzichten“, hob der DLT-Chef hervor.

Kurz- bis mittelfristig werde es demgegenüber vor allem um einen attraktiveren ÖPNV gehen müssen – etwa durch höhere Taktung, bedarfsgerechte Flexibilität oder multimodale Vernetzung. „Bund und Länder sind aufgefordert, die ÖPNV-Aufgabenträger auch in der Fläche dabei durch Erhöhung der Regionalisierungsmittel oder Landesmittel sowie Flexibilisierung des Rechtsrahmens nachhaltig zu unterstützen“, unterstrich Sager.

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter meinte, dass eine direkte Rechtsgrundlage für einen sofortigen Erlass von Fahrverboten für Kommunen dem Urteil nicht zu entnehmen sei. Jetzt sei erst einmal der Freistaat gefragt. Reiter geht davon aus, dass Bayern demnächst handeln werde.

Laut Staatskanzleichef Marcel Huber will die Staatsregierung die Möglichkeit von Fahrverboten in den Städten zur Verbesserung der Luft sorgfältig prüfen. Im Moment gebe es noch zahlreiche ungeklärte Fragen. Juristen studierten die Entscheidung genau und erklärten anschließend, welche Konsequenzen sie habe. Diese müssten freilich auch praktikabel sein. **DK**

Bayerischer Gemeindetag fordert:

Innenentwicklungs- und Flächenspargesetz

„Gebt den Gemeinden und Städten Rechtsinstrumente zum Flächensparen statt sie an den Pranger zu stellen!“

Bayerns Gemeinden und Städte wehren sich dagegen, politisch als diejenigen diskreditiert zu werden, die am Flächenverbrauch in Bayern Schuld seien. Sie weisen darauf hin, dass Kindergärten, Schulen, Sportplätze, Schwimmbäder, Bibliotheken, Museen, Altersheime und Krankenhäuser genauso Flächen in Anspruch nehmen wie Einfamilienhäuser, Straßen, Bahnlinien, Flugplätze und Einkaufszentren. „Es ist unredlich, den Gemeinden und Städten vorzuwerfen, sie würden maß- und gedankenlos wertvolle Naturflächen versiegeln lassen, ohne anzuerkennen, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Einrichtungen für ihr tägliches Leben benötigen“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München. „Ein Volksbegehren mit dem Ziel, den Kommunen künftig nur noch eine kleine, exakt festgelegte Fläche zur Überplanung zuzuweisen, würde in vielen bayerischen Gemeinden und Städten praktisch zum Stillstand der Bautätigkeit führen. Das wäre nicht nur verfassungswidrig, sondern würde auch die Baupreise massiv ansteigen lassen.“

Der Bayerische Gemeindetag spricht sich vehement gegen das kürzlich initiierte Volksbegehren zur Beschränkung des Flächenverbrauchs aus. Bayerns größter Kommunalverband fordert stattdessen ein Innenentwicklungs- und Flächenspargesetz. In einem Positionspapier fordert er Bund und Freistaat auf, den Gemeinden und Städten endlich wirkungsvolle Rechtsinstrumente an die Hand zu geben, um längst vorhandenes Bepflanzungspotenzial im Innenbereich der Kommunen nutzen und gleichzeitig die freie Landschaft von Bebauung freihalten zu können.

Im Einzelnen fordert der Bayerische Gemeindetag:

1. Gemeindliches Vorkaufsrecht im Siedlungsbereich stärken!

Das gemeindliche Vorkaufsrecht muss gesetzestechisch so verbessert werden, dass es von den Gemeinden und Städten leichter ausgeübt werden kann. Damit könnten Grundstücksspekulanten wirksamer dazu bewegt werden, ihre bebaubaren Grundstücke zu bebauen oder an die Gemeinde zu verkaufen.

2. Baugebot, Instandsetzungsgebot und Rückbaugebot praxistgerecht ausgestalten!

Baugebot, Instandsetzungsgebot und Rückbaugebot sind in der derzeitigen Praxis kaum durchsetzbar. Alle drei Rechtsinstrumente müssten so „geschärft“ werden, dass sie für die Gemeinden und Städte durchsetzungsfähig werden.

3. Abgestufte Entzugsmöglichkeit von Bauruinen schaffen!

Um den Städten und Gemeinden mit Blick auf verfallene und wirtschaftlich unrentable Bauruinen die Möglichkeit eines Eigentumsentzugs an die Hand zu geben, sollten die rechtlichen Möglichkeiten des Bayerischen Enteignungsgesetzes und des Baugesetzbuchs so umgestaltet werden, dass unbelehrbare Grundstückseigentümer veranlasst werden, Bauruinen abzureißen und wieder Natur auf der Fläche entstehen zu lassen.

4. Aufhebung von Bauabwägungsplänen vereinfachen

Um Bauabwägungspläne, die Baurecht schaffen, leichter aufheben zu können, ohne Schadensersatzansprüche auszulösen, sollte eine entsprechende Regelung im Baugesetzbuch geschaffen werden.

5. Tiefgaragenfestsetzungen absichern!

Um oberirdische Versiegelung für Stellplätze zu vermeiden und stattdessen Stellplätze in Tiefgaragen zu fördern, sollte im Baugesetzbuch eine ausdrückliche Festsetzungsmöglichkeit in Bauabwägungsplänen festgeschrieben werden.

6. Flächenverbrauchende Privilegierung einschränken!

Industrielle Großmast- und Zuchtbetriebe mit großem Flächenbedarf sollten künftig nicht mehr baurechtlich privilegiert sein, da sie nicht mehr der ursprünglichen Vorstellung von Landwirtschaft entsprechen. Sie sollten nur noch zulässig sein, wenn eine Gemeinde einen Bauabwägungsplan dafür aufstellt.

7. Baulandsteuer (Grundsteuer C) einführen!

Um Grundstücksspekulanten

zu veranlassen, bebaubare Grundstücke entweder selbst zu bebauen oder an Bauwillige zu veräußern, sollte die bereits in den 1960er Jahren kurzzeitig gültige und vom Bundesverfassungsgericht abgesegnete Grundsteuer C („Baulandsteuer“) wieder eingeführt werden.

8. Überführungsbonus bei Hofaufgabe im Siedlungsbereich
Sollte ein Landwirt seinen Betrieb aufgeben, sollte er einen steuerlichen Vorteil erhalten, wenn er die aufgegebenen Hofstelle im Innenbereich innerhalb von wenigen Jahren ab Betriebsaufgabe der Gemeinde für Wohnbebauung zur Verfügung stellt oder sie selbst bebaut.

9. Stellplätze in Tiefgaragen oder mehrstöckig ausweisen!

Wer sehr viele Stellplätze braucht (z.B. Discounter), soll-



Dr. Uwe Brandl.

te verpflichtet werden können, diese Stellplätze mehrgeschossig herzustellen. Also in Tiefgaragen oder auf mehreren Ebenen.

10. Besonders strenge Anforderungen an Betriebe, die große Flächen benötigen!

Der Bund sollte bei extrem großflächigen Vorhaben (wie z. B. Logistikbetriebe) eine Flächenverträglichkeitsprüfung einführen. Der Investor sollte nachweisen müssen, dass sein Betriebskonzept nur bei erdgeschossiger Großflächigkeit und ohne flächensparendes Unter- und Obergeschoss möglich ist.

11. Ausgleichsflächen nicht in der Siedlungsflächenverbrauchsstatistik erfassen!

Statistisch werden derzeit Ausgleichsflächen, die durch die Herausnahme aus der landwirtschaftlichen Nutzung eine naturschutzfachliche Aufwertung erfahren, als „versiegelt“ angesehen. Grotesk! Ökologisch aufgewertete Flächen sollten künftig statistisch nicht mehr als versiegelte Flächen gelten.

Ministerrat beschließt:

LEP-Teilfortschreibung

Der Ministerrat hat die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) endgültig beschlossen. Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder: „Bayerns Stärke liegt im ländlichen Raum – er gehört nicht unter eine Käseglocke, sondern ist Lebens- und Zukunftsraum für mehr als die Hälfte der Menschen in Bayern. Wir wollen kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten, sondern einen starken ländlichen Raum mit besten Zukunftsperspektiven.“ Mit der LEP-Teilfortschreibung setzt der Ministerrat nun nach Kommunalem Finanzausgleich, Breitbandausbau und E-Government, der „Nordbayern Initiative“ sowie der Behördenverlagerung auch die fünfte Säule der Heimatstrategie konsequent um.

Leitziel der Teilfortschreibung ist die Förderung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse in ganz Bayern. Sie beinhaltet folgende Änderungen:

Das Zentrale Orte System

Das Zentrale-Orte-System sichert eine flächendeckende, wohnortnahe Daseinsvorsorge für ganz Bayern. Da die Bevölkerung Bayerns weiter wächst und gleichzeitig auch in ländlichen Gebieten die Versorgung sicherzustellen ist, bedarf es einer zeitgemäßen Weiterentwicklung. In diesem Zusammenhang werden die Stufen „Metropolen“ (München, Nürnberg/Fürth/Erlangen/Schwabach sowie Augsburg) und „Regionalzentren“ (Würzburg, Regensburg, Ingolstadt) neu eingeführt. Darüber hinaus wird das Netz Zentraler Orte verdichtet, gerade im ländlichen Raum. In diesem Zusammenhang werden 17 neue Oberzentren (gesamt: 41) und 18 neue Mittelzentren (gesamt: 153) festgelegt. Die Einstufung als Zentraler Ort ist für die Gemeinden mit konkreten Vorteilen verbunden: So haben Zentrale Orte bessere Chancen bei der Vergabe bestimmter Einrichtungen wie z.B. Gymnasien, Krankenhäusern, Gerichten oder Behörden. Auch ergeben sich Vorteile bei der Ansiedlung von Einzelhandelsvorhaben. In Oberzentren können z.B. größere Verkaufsflächen für innenstadtrelevante Sortimente zugelassen werden als in Mittel- oder Grundzentren.

Das Anbindegebot

Um die Möglichkeit der Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen gerade in ländlichen Teilräumen zu erleichtern, wird das Anbindegebot im LEP gelockert. Mit der Einführung weiterer, gezielter Ausnahmen von der Verpflichtung zur Anbindung werden die Entscheidungsspielräume vor Ort vergrößert. Örtliche Entscheidungsträger können passgenaue Lösungen für die jeweilige Situation finden. Künftig gelten Ausnahmen auch für Gewerbe- und Industriegebiete an Ausfahrten von Autobahnen und vierstreifigen Straßen sowie Gleisanschlüssen, für interkommunale Gewerbe- und Industriegebiete und für große Freizeit- und Tourismusprojekte.

Einzelhandel bleibt bei den Gewerbe- und Industriegebieten ausgeschlossen, um die verbrauchernahe Versorgung in den Gemeinden und den innerstädtischen Einzelhandel nicht zu gefährden.

Der Raum mit besonderem Handlungsbedarf

Um Kommunen mit ökonomischen und/oder demographischen Herausforderungen zu unterstützen, wird im LEP der Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) abgegrenzt.

sinnvoller Ausgleich zwischen Wachstumsimpulsen einerseits sowie der Bewahrung vorhandener Strukturen und dem Schutz der bayerischen Landschaft andererseits ermöglicht. Generell regelt das Anbindegebot nur, wo Siedlungsentwicklung möglich ist. Die Entscheidung, ob neue Baugebiete ausgewiesen werden und in welchem Umfang und welcher Ausgestaltung dies erfolgt, obliegt den Entscheidungsträgern vor Ort. Somit ist durch die neuen Ausnahmen allein auch nicht mit einer erhöhten Flächeninanspruchnahme zu Siedlungszwecken zu rechnen.

Stromtrassen

Bayern erkennt die Notwendigkeit einer Anpassung der Stromnetze im Zuge der Energiewende an. Diese Anpassung darf aber keinesfalls zu Lasten der betroffenen Bevölkerung gehen. Für Neu- und Ausbau von Höchstspannungsleitungen gelten in Bayern daher künftig klare Abstandsregeln. Zum Schutz des Wohnumfeldes soll durch die Änderung des LEP ein Mindestabstand von 400 Metern zu Wohngebäuden und Schulen eingehalten werden. Außerhalb von Ortschaften soll dieser Mindestabstand 200 Meter betragen.

Überspannungen von Siedlungsgebieten soll es künftig gar nicht mehr geben. Mit der Ausgestaltung dieser Vorgabe als Grundsatz der Raumordnung besteht in der Planung ausreichende Flexibilität um energieeffizienteste tragfähige Lösungen zu finden und gleichzeitig beim Ersatz bestehender Leitungen Verbesserungen für die betroffene Bevölkerung zu erreichen. Bayern nutzt damit die landesrechtlichen Möglichkeiten für einen verträglichen Netzausbau.

Die Bayerische Staatsregierung hält aber zugleich an der Forderung gegenüber dem Bund fest, Erdverkabelung auch im Wechselstromnetz zumindest an besonders neuralgischen Stellen zu ermöglichen.

Änderung der Zonierung des Alpenplanes

Der Alpenplan im LEP wird zur Öffnung von Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden Obermaiselstein und Balderschwang geändert. Hierzu werden (Fortsetzung auf Seite 6)

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen **Fairer Handel und Faire Beschaffung – Global Nachhaltige Kommune – Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen – Migration und Entwicklung.**

SIND SIE INTERESSIERT?

Machen Sie mit bei einem Einsteigerseminar für kommunale Entwicklungspolitik!

Kontakt:
kath.blume@engagement-global.de
Telefon +49 228 20717-615

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil der **ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH** und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. **ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de**
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt | www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des  Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Landkreistag zum Koalitionsvertrag:

Warnung vor kommunaler Unmündigkeit

Vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD, dem die Genossen nun im Rahmen ihres Mitgliederentscheids mit großer Mehrheit zugestimmt haben, warnt der Deutsche Landkreistag vor Finanzierungsrisiken und einer strukturellen Schwächung von Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Wie Präsident Landrat Reinhard Sager hervorhob, erkenne er zwar an, dass zum Teil erhebliche Geldbeträge des Bundes zugunsten der Kommunen verabredet worden seien. Allerdings sichere sich der Bund auf diese Weise erhebliche Einwirkungs- und Kontrollrechte bei kommunalen Aufgaben, was die Kommunen weiter in die Unmündigkeit führen wird. Eine Große Koalition müsse sich aber auf die Fahnen schreiben, die Kommunen zu befähigen, die ihnen obliegenden Aufgaben und Herausforderungen aus eigener Kraft und mit eigenen Ressourcen zu bewältigen.

Zahlreiche goldene Zügel

Bedauerlicherweise enthalte der Koalitionsvertrag jedoch keine Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Steuerbasis, dafür zahlreiche „goldene Zügel“ und ungedeckte Finanzversprechen. „Ganz im Gegenteil stellt die Verabredung sogar die milliarden schwere Entlastung westdeutscher Kommunen bei der Gewerbesteuerumlage ohne Not in Frage. Das kritisieren wir sehr deutlich“, stellte Sager klar.

Beispielhaft nannte der DLT-Präsident den erheblichen Anteil von Programmen und Investitionshilfen des Bundes, die dazu führten, Sachentscheidungen von der Ebene der Länder und Kommunen nach Berlin zu verlagern. Sager zufolge müssten Entscheidungen im Schulbereich, im Wohnungsbau und bei der Verkehrsfinanzierung dort

getroffen werden, wo sie hingehören – nämlich in Länder und Kommunen. Mitentscheidungen des Bundes bei kommunalen Themen stehe der Deutsche Landkreistag grundsätzlich kritisch gegenüber.

Kommunale Forderungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung – etwa durch eine erhöhte Umsatzsteuerbeteiligung der Gemeinden und Landkreise – sucht man nach Ansicht des Deutschen Landkreistags vergeblich im Vertragswerk. „Aber selbst wenn im Koalitionsvertrag für bestimmte Maßnahmen – wie etwa für die Schuldigitalisierung – Beträge genannt worden sind, finden sich diese nicht bei den prioritären Maßnahmen, so dass es sich um zumindest nach aktuellem Stand ungedeckte Zusagen handelt.“

Entwicklung ländlicher Räume

Ausdrücklich begrüßt der DLT, dass neben der immensen Unterstützung städtischer Strukturen die Entwicklung ländlicher Räume in diversen Bereichen vorangetrieben werden soll. Gleiches gilt für den angekündigten flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025 unter Betonung des Netzinfrastrukturwechsels hin zur Glasfaser. Ebenso sei die in Aussicht gestellte flächendeckende 5G-Versorgung für die Infrastrukturen in den Landkreisen von großer Bedeutung. Sicherzustellen sei allerdings, dass damit tatsächlich Glasfaser bis ins Gebäude gemeint ist. Ebenso

müsse die maßgebliche Rolle der Landkreise bei der Umsetzung der geplanten Bundesförderung in Höhe von 10-12 Mrd. Euro gewährleistet werden.

Ebenfalls zu unterstützen ist aus Sicht des DLT die mit Blick auf den Fachkräftemangel angekündigte Erarbeitung eines Regelwerks zur Steuerung von Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Gleiches gilt für das Ziel, Rückführungsmaßnahmen deutlich zu intensivieren. Zudem soll die Bearbeitung von Asylverfahren künftig in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen erfolgen, in denen Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung bzw. Rückführung stattfinden. Darüber hinaus erscheint der Kompromiss zum Familiennachzug vor dem Hintergrund der Integrationsfähigkeit in den Landkreisen als vertretbar.

Übernahme flüchtlingsbedingter Wohnkosten

Zu begrüßen ist laut DLT ebenso die Zusage des Bundes, die flüchtlingsbedingten Wohnkosten auch über 2018 hinaus vollständig zu übernehmen. Bis 2021 entlastet der Bund zudem die Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) um insgesamt 8 Mrd. Euro. „Allerdings dürfte diese Rechnung nicht aufgehen, denn beim Addieren der Komponenten ergeben sich 14,5 Mrd. Euro, überdies ohne Berücksichtigung der Kosten für den Familiennachzug“, heißt es. Der Deutsche Landkreistag warnt zudem vor einer Zusammenfassung dieser Kostenbestandteile in einer

einigen Flüchtlingskostenpauschale.

Positiv zu bewerten sei, dass im Krankenhausbereich Personalkosten in einem eigenen Verfahren neben den Fallpauschalen berücksichtigt werden sollen. Der im Koalitionsvertrag angekündigte Ausgleich der Tarifsteigerungen im Personalkostenbereich sei ein erster richtiger Schritt. Zudem sollen Maßnahmen zur Steigerung der Landarztquote ergriffen werden. Auch sei zu begrüßen, dass die Notfallversorgung verbessert werden soll.

Eine kommunale Forderung greife die längst überfällige Er-

weiterung der Möglichkeiten zur Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen sowie die damit verbundene Aufstockung der Eingliederungsmittel der Jobcenter auf.

Wer bestellt, muss bezahlen

Zu kritisieren ist laut Deutschem Landkreistag, dass ein Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter im SGB VIII verankert werden soll, „denn für die Schulpolitik sind die Länder verantwortlich und nicht der Bund“. Es sei nicht sachgerecht, die ganztägige Betreuung und Förderung von Schulkindern im

Kinder- und Jugendhilferecht des Bundes zu regeln. Für die politische Zusage im Koalitionsvertrag, dass derjenige, der eine Leistung veranlasst, auch für deren Finanzierung aufkommen muss, werde die Umsetzung dieses Vorhabens der Lackmуст sein.

Der Deutsche Landkreistag erwartet, dass der Bund in diesem Fall den Ländern die Gelder zur Verfügung stellt, die sie benötigen, um im Rahmen der bestehenden Konnexitätsverpflichtungen den Landkreisen, Städten und Gemeinden als Schulträger jeweils die entstehenden Mehrausgaben zu erstatten. **DK**

OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik:

Topthema Integration von Flüchtlingen

Laut jüngstem OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), der jährlichen Befragung der Stadtspitzen im gesamten Bundesgebiet, sind die Integration von Flüchtlingen, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die Konsolidierung der Kommunalfinanzen die derzeit drängendsten Aufgaben. Zugleich gewinnen die Themen Digitalisierung und Mobilität für die Kommunen aktuell stark an Bedeutung. Die repräsentative Befragung wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt.

Ganz oben stehen die Handlungsfelder Integration, Wohnen und Finanzen auch dann, wenn es um die Forderungen der Städte an EU, Bund oder Länder mit Blick auf eine Verbesserung der kommunalen Rahmenbedingungen geht. Auch neue Mobilitätsformen, soziale Ungleichheit sowie Fragen der Sicherheit und Krisenfestigkeit gewinnen im Verhältnis zu den Vorjahren deutlich an Bedeutung. Hingegen werden der ökonomische und der demografische Wandel und die Anpassung und Sicherung der Daseinsvorsorge im Vergleich zu den beiden Vorjahren für deutsche Kommunen insgesamt als weniger herausfordernd bewertet.

Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber ist aktuell für die Hälfte aller Befragten die wichtigste Aufgabe der eigenen Stadt. Anders als 2016 wird diesem Thema aber nicht mehr eine so hohe Dringlichkeit zugemessen (2016: 77 %). Mittlerweile werden die Aufgaben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Haushalte weiter zu konsolidieren, als ähnlich herausfordernd wahrgenommen. Weitere Handlungsfelder, die im Vergleich zu den Vorjahren deutlich an Bedeutung gewonnen haben, sind Verkehr/Verkehrsentlastung und Digitalisierung/Smart City.

In fast allen Regionen kommen zur unverändert großen Herausforderung, Flüchtlinge unterzubringen und zu integrieren, weitere Themen mit ähnlicher Bedeutung hinzu: Im Nor-

den ist das Thema Wohnen ebenso wichtig, im Süden ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sogar deutlich drängender als die Zuwanderung. Im Westen beschäftigt die befragten Stadtspitzen weiterhin die Finanzlage stärker als die Flüchtlinge, während für die Städte in östlichen Bundesländern der demografische Wandel an Bedeutung gewinnt und dort inzwischen wieder zum Thema Nummer 1 geworden ist.

Prioritäten für die kommenden fünf Jahre

Nach Einschätzung der Befragten werden sich die Kommunen in den kommenden fünf Jahren vor allem Aufgaben im Zusammenhang mit Digitalisierung und Mobilität stellen müssen. Verglichen damit könnten Fragen rund um die Integration von Flüchtlingen sowie um Finanzlage und Haushaltskonsolidierung aus Sicht der Stadtspitzen künftig einen etwas geringeren Stellenwert einnehmen. Zwei Themen, die eher auf den hinteren Plätzen liegen, scheinen – im Vergleich mit den Einschätzungen der Vorjahre – offensichtlich (wieder) etwas an Bedeutung zu gewinnen: Soziale Gerechtigkeit/Wahrung des sozialen Friedens sowie Energiepolitik/Klimaschutz/Klimawandel.

Unverändert deutlich fordern die Befragten eine Verbesserung der kommunalen Rahmenbedingungen zur Stabilisierung der kommunalen Finanzlage. Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für

die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbleiben aus Sicht der Stadtspitzen zwar eine wichtige Aufgabe für EU, Bund und Länder. Jedoch wird im Vergleich zu den Vorjahren aktuell deutlich mehr Unterstützungsbedarf insbesondere bei der Gestaltung der Verkehrspolitik – Stichwort „Dieselgipfel“ – und beim Infrastrukturumbau, aber auch bei der Bildungspolitik und im Bereich Städtebau und Wohnen gesehen. In den Feldern „Interkommunale Kooperation“ und „Betätigung kommunaler Unternehmen“ wird ähnlich wie in den Vorjahren wenig Bedarf an einer Änderung der Rahmenbedingungen artikuliert.

Abgesehen von den genannten regionalen Unterschieden mit Blick auf den Handlungsbedarf in der eigenen Stadt ist das Meinungsbild bei den befragten Stadtspitzen in vielfacher Hinsicht ähnlich. So werden Integration, Digitalisierung, Mobilität und soziale Ungleichheit unabhängig von der regionalen Lage als derzeit wichtigste Herausforderungen für deutsche Kommunen eingeschätzt – mit einer Ausnahme: Für die Befragten aus ostdeutschen Städten stellen Politikferne und -verdrossenheit sowie Fragen rund um Sicherheit und Resilienz drängendere Problemlagen dar als Mobilität und soziale Ungleichheit.

Weiterhin stimmen die befragten Stadtspitzen aus dem Westen, Norden und Osten Deutschlands in ihrer Forderung nach den dringlichsten Reformen bei kommunalen Rahmenbedingungen im Bereich Finanzpolitik überein. Für die Stadtspitzen aus südlichen Bundesländern ist es jedoch nach wie vor die Flüchtlingspolitik, für die der stärkste Unterstützungsbedarf auf übergeordneter Ebene gesehen wird, während man mit den finanzpolitischen Rahmenbedingungen weniger unzufrieden ist als in anderen Regionen.

Insgesamt haben die befragten Stadtspitzen unabhängig von der Stadtgröße einen ähnlichen Blick auf die aktuellen und künftigen Handlungsschwerpunkte deutscher Kommunen. Nennenswerteste Unterschiede zeigen sich darin, dass aktuell der Wohnungsbau die Großstädte (insbesondere diejenigen mit mehr als 200.000 Einwohner) am meisten beschäftigt, während in Mittelstädten (50.000 bis 100.000 Einwohner) Aufgaben der Integration und der Haushaltskonsolidierung im Mittelpunkt stehen. Zudem sehen die Stadtspitzen aus Großstädten Mobilität als beherrschendes Handlungsfeld der kommenden fünf Jahre, während die Digitalisierung in kleineren Großstädten (100.000 bis 200.000 Einwohner) als das wichtigste kommunalpolitische Thema eingeschätzt wird.

Neben den Integrationsherausforderungen prognostizieren auch die Stadtspitzen der Mittelstädte die Digitalisierung als entscheidendes Thema der kommenden Jahre. **DK**

LEP-Teilfortschreibung ...

(Fortsetzung von Seite 5)
den am Riedberger Horn Flächen von ca. 80 ha aus der Zone C herausgenommen und der Zone B zugeordnet. Es handelt sich um punktuelle Änderungen des Alpenplans - lediglich rund 0,04 % der Gesamtfläche der Zone C sind betroffen. Gleichzeitig werden naturschutzfachlich wertvolle Flächen am Bleicherhorn sowie am Hochschelpen mit einer Gesamtfläche von rund 304 ha künftig der Zone C des Alpenplans zugeordnet. So wird die höchste Schutzzone des Alpenplans insgesamt um 224 Hektar erweitert.

Die Änderung des Alpenplans basiert auf einer umfangreichen Gesamtabwägung zwischen touristischen und wirtschaftlichen Belangen, Erholungsbedürfnissen der Bevölkerung, naturschutzfachlichen Belangen sowie Erfordernissen zur Abwehr von Naturgefahren. Im Ergebnis handelt es sich um einen sachgerechten Ausgleich zwischen Natur- und Artenschutz sowie

wirtschaftlichen Belangen der Gemeinden Obermaiselstein und Balderschwang.

Mit der Änderung des Alpenplans wird noch keine Entscheidung über die Verwirklichung konkreter Projekte wie die Errichtung eines Verbindungs-lifts getroffen. Vielmehr sind noch weitere Verfahren erforderlich, in welchen projektbezogene Aspekte, naturschutzrechtliche Voraussetzungen und konkrete Maßgaben und Auflagen zum Boden-, Natur-, Arten- und Landschaftsschutz zu prüfen sind.

Nachdem sich im Rahmen der Landtagsberatungen noch einzelne Änderungen an der LEP-Fortschreibung ergeben hatten, wurden hierzu erneut Kommunen, Verbände, Behörden und Öffentlichkeit angehört.

Deren Stellungnahmen sind in die Teilfortschreibung eingeflossen. Das geänderte LEP tritt mit Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt am 1. März 2018 in Kraft. **□**

TV BAYERN ★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Gesundes Wohnklima:

Lüftungsreinigung mit System

GZ-Interview mit Lüftungsfachberater Franz Sedlmeier und Bautechniker Markus Kindermann

Eine gute Raumluft fördert Gesundheit und Wohlbefinden. „Schlechte Luft“ in Innenräumen wird häufig mit zu wenig Sauerstoff verbunden. Meistens ist das Problem aber eine erhöhte Schadstoffbelastung im Raum. Dazu gehören der CO₂-Gehalt, flüchtige organische Verbindungen und Schimmelpilze, die durch zu viel Luftfeuchtigkeit entstehen können.

Eine moderne Bauweise und energetisch immer dichter isolierte Gebäude machen ein Lüftungskonzept erforderlich. Dieses sorgt für einen Mindestluftwechsel und schützt so die Gesundheit der Bewohner und die Bausubstanz gleichermaßen. Damit sich aber Lüftungstechnische Maßnahmen nicht zu Schleudern für Krankheitserreger entwickeln, ist laut Franz Sedlmeier, Inhaber des LRS Lüftungs-/Reinigungsservice (Pullach) und Bautechniker Markus Kindermann von der Baugenossenschaft Geretsried die regelmäßige Inspektion der Anlage für jeden Hausbesitzer Pflicht.

Zufriedene Kunden

Neben dem Kamin-Kehrer-Service und dem Energie-Beratungs-Service ist der dritte Tätigkeitsschwerpunkt des Sedlmeierschen Leistungsportfolios der Lüftungs-Reinigungs-Service. Im Mittelpunkt dieses Dienstleistungsbereichs der Unternehmensgruppe stehen seit 2005 die professionelle Wartung und Reinigung von Lüftungsanlagen, Feuerungsanlagen sowie prozesslufttechnische und raumlufttechnische Anlagen. Diese Aufgaben übernimmt LRS für große Bauträger und Genossenschaften wie die Wohnungsbaugenossenschaft Pullach oder die Wohnungs- und Siedlungsbau Bayern. Seit 2016 ist nun auch die Baugenossenschaft Geretsried zufriedener Kunde des LRS-Teams um Franz Sedlmeier.

Wie Markus Kindermann erläuterte, betreut die Baugenossenschaft Geretsried ca. 2.200 Wohnungen, davon größtenteils 2-3 Zimmer-Wohnungen mit einer Fläche von 60 bis 70 Quadratmetern. Da man sich nun in der Pflicht sah, für dauerhaft saubere funktionierende Lüftungsanlagen zu sorgen, habe die Baugenossenschaft Geretsried aufgrund der räumlichen Nähe und der hervorragenden Reputation des LRS Kontakt zum Lüf-

tungsspezialisten aufgenommen. Kindermann zufolge befanden sich im Gebäudebestand Immobilien aus den 1960er und 70er Jahren, bei denen Lüftungssysteme über Jahre nicht gereinigt wurden. Hinzu kommt, dass in den 1980er und 1990er Jahren Holzfenster durch dichtschießende Kunststofffenster ersetzt wurden. Selbst in Gebäuden, die in den 1980er Jahren errichtet wurden, finden sich nahezu hermetisch dicht abschließende Kunststofffenster.

„Wenn dann auch noch eine Lüftung im Haus nicht mehr richtig funktioniert, steht der Bewohner vor einem hygienischen Problem“, so Kindermann: „Es bildet sich Schimmel und für ausreichend Luftwechsel ist nicht mehr gesorgt. Deswegen erachten wir es als dringend notwendig, unsere Lüftungsanlagen wieder auf Vordermann zu bringen.“ Innerhalb von vier bis fünf Jahren soll der Gebäudebestand entsprechend modernisiert werden. Ziel ist ein wiederkehrendes Reinigungsintervall. 2017 wurden bereits mehr als 400 Wohnungen aus den 1960er und 1970er Jahren lüftungstechnisch geprüft.

Wartung sichert dauerhaften hygienischen Betrieb

„Eine jährliche Wartung der Lüftungsanlage sichert einen dauerhaften hygienischen Betrieb“, fügte Sedlmeier hinzu. Gereinigte Lüftungsanlagen böten zahlreiche Vorteile. Das LRS-Team reinigt mit modernen und effektiven Verfahren verschmutzte Lüftungsanlagen nach den Vorgaben der Richtlinie VDI 6022. Selbst in unzugänglichen Rohrabschnitten würden hartnäckige Verschmutzungen entfernt.

„Stellen wir an Lüftungsanlagen diverse Mängel oder besondere Verschmutzungen fest, werden diese fotografiert und dokumentiert und anschließend dem Wohnungsinhabern gezeigt“, informier-



Lüftungsfachberater Franz Sedlmeier (r.) gemeinsam mit Bautechniker Markus Kindermann.

te Sedlmeier. Wird neue Technik verbaut, handle es sich generell um modernere Lüftungsanlagen, die permanent und lautlos mit der Grundlüftung laufen, und über einen Feuchtesensor bzw. eine Zeitschaltregelung oder aber über eine zusätzliche manuelle Zuschaltung durch den Bewohner für einen weiteren Luftdurchsatz sorgen.

„Einfluss nehmen können wir nicht bei der Temperatur, sondern bei der Luftfeuchte. Das bedeu-

IHM zeigt Macher von morgen

Interaktive Erlebnisbereiche, Hightech-Werkstätten und preisgekrönte Start-ups mit spannenden Produkten: Vom 07. bis 13. März 2018 präsentiert die Internationale Handwerksmesse die neue Ausstellungsfläche „Design Spirit - Arbeitswelten und Produkte von morgen“. Auf rund 1.000 Quadratmetern können Besucher die neuesten Trends hautnah erleben, diskutieren und Highlights shoppen.

Auf drei Flächen im Eingang West auf dem Messegelände München geht es für Endverbraucher und Profi-Handwerker gleichermaßen auf Entdeckungstour. Im Bereich Start-ups zeigen 20 innovative „Junge Label“ ihre mit Designpreisen ausgezeichneten Produkte, die zum Teil gerade erst den Gründerwerkstätten entsprungen sind.

Bei „UnternehmerTUM Maker Space“ und „FabLab München e.V.“ kommen technikaffine Kreative auf ihre Kosten und können selbst Hand anlegen, Schlüsseltechnologien bestaunen und Maschinen testen. Dazu präsentiert der Bereich „Arbeitswelten“ zukunftsweisende Büro- und Kommunikationsflächen für ein produktives und entspanntes Arbeiten. Auf der Design Spirit können sich Messebesucher informieren,

et richtiges Heizen und richtiges Lüften“, unterstrich Kindermann. Hier sei maßgeblich der Bewohner in der Pflicht, wobei es jedoch leider „ein sehr unterschiedliches Verständnis im Verhalten“ gebe. Grundsätzlich sei es empfehlenswert, die Fenster drei bis fünf Mal täglich zum Lüften zu öffnen, um verbrauchte Luft und Feuchtigkeit nach täglichen Aktivitäten wie Baden, Kochen und Schlafen zu entfernen. DK

Produkte selbst gestalten, testen und von digital gesteuerten Maschinen herstellen lassen.

Auf der Design Spirit 2018 werden auch brandneue, voll funktionstüchtige Prototypen vorgestellt, wie der „hinterher“-Fahradanhänger, ein neuartiger Lastenanhänger, der Transportprobleme in Innenstädten und Fußgängerzonen löst.

Die interaktiven Stationen von „UnternehmerTUM Maker Space“ und „FabLab München e.V.“ sind ein Hightech-Paradies für technisch affine Anfänger, Do-It-Yourself-Begeisterte, Profis und Start-ups. Hier heißt es nicht zuhören und anschauen, sondern selbst aktiv werden.

Im Bereich „Arbeitswelten“ geht es um neuartige Büro- und Kommunikationsflächen, die den wachsenden Anforderungen im

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen:

Kompetenter Partner für Kommunen

Seit 1910 übernehmen Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen mit Sitz in Osnabrück alle Arbeiten rund um Immobilien und Objekte - von der Gebäudereinigung über den Sicherheitsdienst bis zu maßgeschneiderten Sonderlösungen. P & P überzeugt mit individuellen Reinigungskonzepten, einem optimalen Preis-/Leistungsverhältnis mit günstigen Festpreisen, geschulten Mitarbeitern, professionellen Reinigungsmitteln und -geräten sowie einer gesicherten Qualität durch Objektbetreuer vor Ort. P&P ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001.

Mit ihren Reinigungs- und Gebäudedienstleistungen sind P & P nicht nur im Gewerbe, sondern auch im Auftrag von Landkreisen, Städten und Gemeinden unterwegs. Die hohe Zuverlässigkeit und die Qualität der Leistungen haben sich auch „an offizieller Stelle“ dauerhaft bewährt. Sein Augenmerk richtet der Dienstleister vor allem auf den sorgsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln und die strikte Einhaltung der Vergaberichts-Vorschriften.

Ob in Schulen, Sporthallen, Kindergärten, Universitäten oder Verwaltungsgebäuden – ob Gebäudereinigung oder Reinigung von Außenflächen, ob Grünpflege oder Winterdienst: Seinem Ruf als ebenso kompetentem wie seriösem Vertragspartner wird P & P seit eh und je gerecht.

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Hygienemanagement und Desinfektionsmanagement nicht nur in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen höchste Priorität haben. Auch in Schwimmbädern stellen unsachgemäße Reinigungen eine Gefahr für die Gesundheit der Badegäste dar. Und nicht zuletzt helfe eine professionelle Reinigung und Desinfektion in Schulen und Kindergärten, möglichen Ansteckungen wie z. B. mit Noro-Viren, vorzubeugen.

P & P erarbeitet Hygiene- und Desinfektionspläne, kümmert sich um sachgerechte Entsorgungen

Arbeitsalltag entsprechen und diesen attraktiver machen. Mit dabei sind Unternehmen wie nurus, Orea, Kranz und Flos, die innovative Arbeitsplatzkonzepte mit Wohlfühlcharakter wie schallluckende Sitzcken, beispielsweise für das Großraumbüro, zeigen. Für Besucher werden zu jeder vollen Stunde Führungen über diese besondere Fläche angeboten. □

und zeichnet für die zuverlässige Umsetzung aller Erfordernisse, exakt abgestimmt auf individuelle Anforderungen und Wünsche, verantwortlich. Zudem werden die Ergebnisse des Desinfektions- und Hygienemanagements mit regelmäßigen sog. Abklatschtests dokumentiert.

Der Dienstleister sorgt auch für Nachhaltigkeit in der Außenreinigung. Ob Fenster, Fassaden, Trennwände, Glasdächer, Lichtkuppeln, Sheddächer oder Wintergärten – ob mit Leitern, Fassadenbefahrungen, Gerüsten, Hubsteigern oder Industriekletterern: Sämtliche Verschmutzungen werden gründlich, kostengünstig und unter Beachtung von Arbeitssicherheits- und Umweltauflagen entfernt. Mittels Imprägnierung und Konservierung wird zudem dafür gesorgt, dass die Fassaden möglichst lange vor erneuter Verschmutzung geschützt bleiben.

Baureinigung

Stichwort Baureinigung bzw. Baustellenreinigung: Bereits während der Bauphase tragen Zwischenreinigungen, der Abtransport von Bauschutt oder Bautrocknungen wesentlich zur Sicherheit und zur Beschleunigung der Abläufe auf der Baustelle bei. Beim Endspurt sorgt dann die P & P-Bauschlussreinigung für die saubere Entfernung von Mörtel, Staub, Farbresten, Verpackungsresten, Folien oder Etiketten. Denn nur auf einer sauberen Baustelle kann sich der Bauherr einen verlässlichen Eindruck von der Qualität der Bauleistung machen und grünes Licht für die Endabnahme geben.

Dabei zeigt die Erfahrung, dass als letztes Gewerk am Bau der Gebäudereiniger nicht selten den Spagat zwischen Handwerkern in Verzug und dem festgelegten Bezugs- oder Eröffnungstermin meistern muss. Doch auch dies stellt für den P & P Gebäudeservice keinerlei Hindernis dar. DK



Lebendige Ortsmitte

Strategien & Werkzeuge

Digitale Vernetzung

Energieeffizienz

Innovative Heiztechnik

Geführter Messerundgang

Hochkarätige Vorträge

Deutschlands wichtigste SHK-Messe in 2018.

Willkommen auf unserem Thementag für Kommunen!



Thementag für Kommunen: Do., 12. April 2018

Jetzt kostenfrei anmelden: www.ifh-intherm.de/kommunen

Sanitär, Heizung, Klima, Erneuerbare Energien

Dienstag – Freitag

10. – 13. April 2018

Messezentrum Nürnberg



Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Kernforderungen zur Energiewende

Nach dem aktuellen Monitoring-Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums werden wesentliche Ziele der Energiewende weiterhin verfehlt: Der Ausstoß an CO₂ sinkt nicht wie geplant, sondern stagniert seit 2014. Wärme- und Verkehrssektor hinken bei der Dekarbonisierung hinterher. Selbst im Bereich der Erneuerbaren Energien droht der bis 2020 vorgegebene Anteil am Endenergieverbrauch verfehlt zu werden. Gleichzeitig steigt die Steuer- und Abgabenlast der Verbraucher, weil sich die Kosten des Gesamtsystems immer mehr erhöhen. Nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes müssen deshalb wesentliche Instrumente der Energiewende überarbeitet werden.

Laut Kommunalverband ist die Belastung des Strompreises mit Steuern und Abgaben zu hoch. Seit 1998 ist diese um 290 % gestiegen. Der Endkundenpreis im Energiebereich setzt sich heute zu mehr als 75 % aus Steuern, Abgaben, Netzentgelten und Umlagen zusammen, die weder vom Energieversorger noch vom Verbraucherverhalten des Kunden beeinflusst werden können. Im Interesse der betroffenen Stromkunden gelte es, das aktuelle Entgelte- und Umlagensystem zu reformieren, mit dem Ziel, die Kosten zu reduzieren.

Um den Wettbewerb im Energiemarkt zu stärken, sei gerade im Bereich der Abgaben ein Wettlauf der Ideen und Konzepte in einem marktwirtschaftlichen Umfeld erforderlich. Gelingt ein noch wirtschaftlicherer Ausbau der Erneuerbaren Energien, reduziere dies die EEG-Umlage und helfe zugleich, die Klimaziele zu erreichen. Deshalb muss nach Auffassung des DStGB das Ausschreibungsmodell des EEG 2017 weiterentwickelt werden. Dabei sollten sich der Ausbau und die Förderung von Anlagen noch mehr an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Effizienz ausrichten.

Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, sei es erforderlich, dass Erneuerbare-Energien-Anlagen mehr als bisher zur lokalen Wertschöpfung in den Standortgemeinden beitragen. Dazu müssten die Standortgemeinden stärker über Steuereinnahmen profitieren.

Eine Verbesserung der Akzeptanz gelinge zudem über Beteiligungsmodelle, die für Bürger und Gemeinden attraktiv sind.

Im Interesse der CO₂-Reduzierung ist es aus Sicht des Verbandes erforderlich, dass heute noch getrennte Bereiche zusammengedacht und zusammengeführt werden. Der Ausbau der Sektorkopplung müsse gezielt gefördert werden, denn sie ist mehr als die Elektrifizierung des Verkehr- und Wärmesektors. Mit überschüssigem Strom aus Wind- und Photovoltaikanlagen könnten beispielsweise Gas oder

synthetischer Kraftstoff erzeugt werden, die im Verkehr- und Wärmebereich genutzt werden.

Da Deutschland als Industriestandort auf eine verlässliche Stromversorgung angewiesen ist, müssten im Falle eines Kohleausstiegs und angesichts des beschlossenen Atomausstiegs Erzeugungskapazitäten geschaffen werden, die rund um die Uhr die Versorgung von Bevölkerung und Industrie sichern. Benötigt werde ein Marktumfeld, in dem flexible Erzeugungskapazitäten, wie kommunale Gaskraftwerke, aber auch Speicher und Lastmanagement-Maßnahmen belohnt werden.

Strommarkt als Baustein für die digitale und smarte Stadt

Der DStGB sieht den Strommarkt zugleich als einen Baustein für die digitale und smarte Stadt. Durch den Roll-Out der Smart-Meter komme ein Teil der notwendigen Infrastruktur für neue Geschäftsmodelle zu den Kunden und Stromverbrauchern. Dafür gelte es grundsätzlich das Gemeindefortschritt zu modernisieren und faire Regelungen zur Datennutzung zu schaffen. Insbesondere müsse es kommunalen bzw. kommunal geprägten Unternehmen erlaubt sein, aufgrund ihrer Vor-Ort-Kennntnis ihre Stärken im Interesse quartiersgerechter Lösungen zu nutzen.

Die KWK-Anlagen tragen durch eine lastnahe Stromerzeugung dazu bei, den Netzausbau zu minimieren und sind somit unverzichtbarer Eckpfeiler der Energiewende und ein wichtiger Schritt zur Strom- und Wärmewende vor Ort. Daher müssten die Rahmenbedingungen auch in Zukunft so gestaltet werden, dass diese Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Von besonderer Bedeutung sei dabei, dass die KWK-Förderung nicht verkompliziert und an bestimmte Technologien – wie die Wärmepumpe – gekoppelt wird.

Insgesamt weist der Bereich der „Wärme“ weit vor dem Strom die größten Einsparpo-

tenziale auf. Hier lasse sich die Energieeffizienz oft über innovativ-technische Konzepte, etwa bei der Modernisierung veralteter Heizungen sowie durch den Einsatz stromsparender Geräte (smart meter), die den Stromverbrauch intelligent steuern, erreichen. Durch gebäudeindividuelle und quartiersbezogene Lösungen könnten erhebliche Einsparungen erzielt werden. Damit könne zugleich ein „Dämmwahn“ verhindert und vorhandene Baukultur geschützt werden.

Der Netzausbau ist die Achillesferse der Energiewende. Die Verteilnetze müssen nach Auffassung des Kommunalverbandes intelligenter, die Übertragungsnetze zügiger ausgebaut werden. Dazu müssten sich In-

vestitionen in intelligente Verteilnetze lohnen. Das Verfahren zum Netzausbau auf der Übertragungsnetzebene sei dringend weiter zu beschleunigen und zu straffen. Die Planungen der Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur, die Nord-Süd-Trassen bis 2025 auszubauen, müssten weiter forciert werden, um Abregelungen von Windparks zu vermeiden.

CSU-Arbeitskreis Energiewende:

Ausstieg aus der Kohleverstromung

Mit der Arbeitsplatzsituation in der Kohlewirtschaft beschäftigt sich eine aktuelle Abhandlung des CSU-Arbeitskreises Energiewende. Die Autoren, Martin Ehrenhuber, AKE-Landesvorsitzender, und sein Stellvertreter Prof. Wolfgang Seiler, weisen darauf hin, dass im Zuge eines erforderlichen Ausstiegs aus der Kohleverstromung in der politischen und öffentlichen Debatte oftmals dramatische Arbeitsplatzverluste, vor allem in den Braunkohlevieren, in den Vordergrund gerückt würden. Aus ihrer Sicht sind diese Effekte allerdings bei weitem nicht so gravierend, wie behauptet wird.

Die Untersuchung zeigt, dass der Strukturwandel längst eingesetzt hat. Bei einem umsichtigen Ausstiegsplan aus der Kohleverstromung kommt es vielmehr auf die Versorgungssicherheit und die Auswirkungen auf das „Gesamtsystem Energie“ an.

Um die für 2020, 2030 und 2050 gesteckten deutschen Klimaschutzziele zu erreichen, ist es nach Auffassung von Ehrenhuber und Seiler „unabdingbar, möglichst zügig aus der Kohleverstromung als der wichtigsten CO₂-Quelle auszusteigen“. Die laufenden Maßnahmen reichten jedoch bei weitem nicht aus, um das durch die Bundesregierung in 2007 beschlossene und auf der Klimakonferenz in Bali verkündete 40-Prozent-Treibhausgasreduktionsziel für 2020 zu erreichen.

Braunkohleblöcke abschalten

Bereits 2014 habe die Bundesregierung das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ beschlossen, das im Bereich der Kohleverstromung noch nicht konsequent umgesetzt worden sei und eine Klimaschutzlücke verursacht habe, die in etwa den jährlichen Emissionen der zwölf ältesten Braunkohleblöcke in Deutschland entspricht. Diese Braunkohleblöcke weisen laut AKE die höchsten CO₂-Emissionsraten auf und können noch vor 2020 abgeschaltet werden, ohne die Stromversorgung in Deutschland zu gefährden.

Ehrenhuber und Seiler zufolge hat sich die Anzahl der Beschäftigten im Braun- und Steinkohlenbergbau inklusive Veredelung innerhalb der vergangenen 10 Jahre um über 3.000 Personen pro Jahr verringert. „Selbst wenn wir davon ausgehen, dass bis 2030 alle Kohlekraftwerke geschlossen und alle in diesen Bereichen beschäftigten Personen entlassen würden, kämen wir - linear betrachtet - zu einem maximalen Personalabbau von 1.731 Personen pro Jahr, also erheblich weniger als in der letzten Dekade geschehen“, betonen die Vorsitzenden.

Dabei sei noch zu berücksichtigen, dass in 2018 die Steinkohleförderung auslaufen und damit die Beschäftigungszahl im Steinkohlebergbau in 2018 sprunghaft

vestitionen in intelligente Verteilnetze lohnen. Das Verfahren zum Netzausbau auf der Übertragungsnetzebene sei dringend weiter zu beschleunigen und zu straffen. Die Planungen der Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur, die Nord-Süd-Trassen bis 2025 auszubauen, müssten weiter forciert werden, um Abregelungen von Windparks zu vermeiden.

Europäischer Gedanke

Der DStGB geht davon aus, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn sie europäisch gedacht wird. National motivierte Alleingänge führten, auch wenn sie gut gemeint sind, zu einer Überforderung des europäischen Stromsystems. Anstelle einer stetigen Verschärfung deutscher Klimaziele müsse es eine bessere Synchronisierung mit der europäischen Energie- und Klimaschutzpolitik geben. Nur so könne Europa auch ein Beispiel für andere Regionen auf der Welt sein. **DK**

Neue Energiesparmaßnahmen für die EU:

Keine Mehrbelastung für Städte und Kommunen!

Das Europäische Parlament hat neue Maßnahmen zur Energieeinsparung für den Zeitraum von 2020 bis 2030 beschlossen. So sollen 35 % der Energie in der EU aus erneuerbaren Quellen stammen. Zudem soll mehr auf innovative Energieeffizienzmaßnahmen gesetzt werden.

„Die neuen Ziele für 2030 müssen zeigen, dass es die EU ernst meint mit ihren Klimazielen. Gleichzeitig müssen die Ziele bei den Erneuerbaren Energien und bei der Energieeffizienz machbar bleiben und dürfen nicht zu überzogenen Kostensteigerungen oder Bürokratielasten führen“, so der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber.

Keine Sanierungsquote für öffentliche Gebäude

„Eine verpflichtende Renovierungsquote für öffentliche Gebäude haben wir heute abgelehnt. Wir können nicht den Kommunen neue Lasten aufbürden, für die kein Geld da ist. Zudem würde Wohnraum dadurch weiter verteuert, was in vielen Regionen absolut unvorstellbar ist“, so der schwäbische Europaabgeord-

nete. „Wir stoßen in vielen Regionen schon heute an die Grenzen des Machbaren“, so Ferber. „Darüber hinaus hätte es zu erheblichen Mietkostbelastungen für die Mieter von Sozialwohnungen bedeutet.“

Wenn es nach dem Votum des federführenden Industrieausschusses gegangen wäre, wäre die Sanierungsquote für öffentliche Gebäude in den Mitgliedstaaten auf 3 % erhöht worden: „Für die Wohnraumpolitik in Deutschland und Bayern hätte dies fatale Folgen gehabt.“

Die Richtlinie Erneuerbare Energien und die Energieeffizienz-Richtlinie sind das Herzstück der Energiewende Europas. Zusammen mit der Governance-Richtlinie bilden sie eine Säule des Energiepakets der EU zur Schaffung eines gemeinsamen Energiebinnenmarktes. **□**

Bundesverband Geothermie:

Für ambitionierteren Ausbau der Erdwärmennutzung

Nur mit Geothermie sind die Klimaschutzziele 2030 zu erreichen. Die Vorteile der Geothermie liegen auf der Hand. Anders als Wind und Sonne ist Erdwärme jederzeit und überall verfügbar bei Tag und Nacht. Geothermie kann zum Heizen, Kühlen, Speichern sowie zur Stromerzeugung eingesetzt werden.

Dr. Erwin Knappek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie, unterstreicht besonders die Klimaschutzwirkung geothermischer Technologien. „Im Oktober 2017 hat das Umweltbundesamt in einer Studie zur Emissionsbilanz erneuerbarer Energieträger die Klimaschutzwirkung von Geothermieanlagen bestätigt und höher eingestuft als vorher. Das sollte künftig auch bei der Genehmigung von Geothermieanlagen anerkannt werden.“

Für Informationspflicht

Die Energieberatung für Hauseigentümer sollte mit einer Informationspflicht über die Möglichkeiten der Geothermie ergänzt und die Ergebnisse im Energieausweis veröffentlicht werden. Gleichzeitig sollte der Ausbau von Wärmenetzen und die Einspeisung von Erdwärme in diese Netze verstärkt werden.

Geothermie ist im Betrieb günstig und ein lokaler Energieträger. Doch in der Startphase entstehen hohe Investitionskosten. Mit MAP-Ausfallbürgschaften und Direktzuschüssen könnte man das kompensieren, schlägt der Bundesverband vor. Und weil an vielen Orten der Untergrund nicht ausreichend erforscht ist, sollte sich hier künftig der Staat engagieren und die geologische Erkundung des Untergrun-

des koordiniert vorantreiben. Mit der Tiefen Geothermie lassen sich Strom- und Wärmeproduktion koppeln. Doch Tiefe Geothermie braucht Planungssicherheit und ihre Realisierung geht über die Zeitspanne von Legislaturperioden hinaus. Der Bundesverband hat deshalb Sorge, dass eine fünfprozentige Degression bei der Vergütung des Geothermestroms ab 2021, wie derzeit geplant, der Tiefen Geothermie die verlässliche Entwicklungsgrundlage entziehen würde. Deshalb der Vorschlag von Knappek: „Die Degression sollte sich zukünftig an der installierten Leistung orientieren. Außerdem sollte der Pumpenstrom von der Zahlung der EEG-Umlage entlastet werden. Durch EEG-Umlage und Stromsteuer, die dem Umweltschutz dienen sollen, wird paradoxerweise eine umweltfreundliche Technologie stark belastet und in ihrer Entwicklung ausgebremst.“

Ruf nach schneller Kehrtwende

Dringenden Handlungsbedarf sieht der Bundesverband Geothermie beim Wärmemarkt. „Heute sind noch acht von zehn verkauften Heizgeräten Öl- oder Gasheizungen. Eine schnelle Kehrtwende ist nötig, verbunden mit einem Verbot der Installation von fossilen Heizsystemen, sonst rücken auch die Klimaziele 2030 schnell außer Reichweite. Zunächst muss vor allem die Praxis der Förderung von Gasheizungen beendet werden“, fasst BVG-Präsident Knappek die Lage zusammen.

Auch die in Betrieb befindlichen Geothermieanlagen brauchen mehr Mittel für begleitende Forschung, um das unerschöpfliche Potenzial der Wärme unter unseren Füßen optimal nutzen und somit einen Standardisierungsgrad erreichen zu können. In Mitteleuropa nimmt die Temperatur um 30 Grad Celsius pro Kilometer Tiefe zu. Die Wärme, die in den obersten 3000 Metern gespeichert ist, entspricht dem vielfachen des weltweiten Energiebedarfs. Gerade deutsche Unternehmen haben die Chance auch in dieser Zukunftstechnologie weltweit führend zu werden. **□**

Konzessionsvergaben Strom/Gas:

Stadtratsmitglieder im Aufsichtsrat der Stadtwerke: Interessenkonflikt?

Gemeinden und Städte schreiben die Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen nach §§ 46 ff. EnWG aus. Meist beteiligen sich an diesen Ausschreibungsverfahren auch die eigenen Stadt- und Gemeindegewerke oder neu zu gründende kommunale Unternehmen.

Oft sind im Aufsichtsrat der kommunalen Versorgungsunternehmen gerade auch kommunale Mandatsträger, die somit auf beiden Seiten des Verfahrens sitzen. Hierbei besteht die Gefahr von Interessenkollisionen und das Risiko der Nachprü-

fung durch unterlegene Bieter.

Auch wenn das OLG Stuttgart (OLG U 66/16) am 05.01.2017 zum Ergebnis kam, dass diese Mandatsträger nicht automatisch befangen seien, sondern konkrete Tatsachen vorliegen müssten, sollten derartige Klagerisiken strukturell vermieden werden.

Detig: RSW empfiehlt beispielsweise die Gründung eines beschließenden Konzessionsvergabeausschusses nach Art. 32 Abs. 2 Satz 1 GO in Erwägung zu ziehen, dem gerade keine Aufsichtsratsmitglieder angehören. **□**

TOSKANA



Spezialangebot

Eine Woche inklusive Halbpension ab 370 EUR pro Person im Doppelzimmer. Wir bieten neun Doppelzimmer mit allem Komfort, Bad/Dusche, Telefon, TV, Minibar sowie organisierte Ausflüge mit Kleinbus. Kinder bis fünf Jahre 30 EUR pro Tag, ab sechs Jahren 40 EUR pro Tag. Weitere Informationen: **Casa Mazzoni**
Tel.: +39 05 64 56 74 88 • E-Mail: info@casamazzone.it • www.casamazzone.it
Wir sprechen Deutsch!



Entscheidung der SPD für die Große Koalition:

Dietmayer plädiert für maßgeschneiderte Konzepte

Mit Blick auf die Entscheidung der SPD für die Große Koalition meint Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben: „Die neue Regierung wird jetzt entscheidende Themen schnell anpacken müssen. Dazu gehört neben der Digitalisierung und der Verkehrswende weiter die klimaschonende Energieversorgung.“

Dietmayer zufolge ist erdgas schwaben als regionaler Energieversorger hier gut aufgestellt. „Wir engagieren uns seit Jahrzehnten rund ums Thema regenerative Energien. In unserem Geschäftsfeld Mobilität setzen wir seit Anfang an auf Nachhaltigkeit: Unsere CNG-Tankstellen beliefern wir mit Bio-Erdgas, unserer Elekroladesäulen mit Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft.“

Gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land

Kontinuierlich baut erdgas schwaben das Versorgungsnetz aus und leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Klimawende. Denn Städte und Gemeinden, die schon jetzt mit klimaschonendem Erdgas heizen, sind für die Zukunft gerüstet. Denn Bio-Erdgas kann vollständig aus Biomasse, Speiseresten oder aus erneuerbaren Quellen wie Sonne und Wind erzeugt werden und ist dann CO₂-neutral. Zudem leistet erdgas schwaben im Projekt gas&glas Pionierarbeit bei der Versorgung mit schnellem Internet in der Region.

Dietmayer: „In den ländlichen Gebieten, in denen bislang weder Kabel- noch Festnetzbetreiber schnelles Internet anbieten, bie-

ten wir mit gas&glas eine nachhaltige Lösung. Es ist doch so, dass Experten erwarten, dass Kupfer-Technik in Zukunft nicht mehr ausreichen wird, da die Menge der verschickten Daten exponentiell steigt. Alle Menschen werden ihre Filme und Musik streamen und sehr viele werden per Video-Chat kommunizieren oder sogar arbeiten. Zudem gehen immer mehr Geräte online: vom Gas- und Stromzähler über das Auto bis zur Produktionsmaschine. Das Internet der Dinge boomt“, sagt der Geschäftsführer.

Die beste Energie, ist die, die nicht gebraucht wird

Klaus-Peter Dietmayer: „Aber nicht nur um die Nutzung regenerativer Energien geht es. Wir können immense Mengen Energie einsparen. Hier setzen wir auf hocheffiziente Technologien wie zum Beispiel Brennstoffzelle und BHKW, die sich hervorragend für Quartierskonzepte eignen – preiswert, zuverlässig und klimaschonend. Die Zukunft ist definitiv ein Mix aus vielen Energieträgern, und mit unseren breitgefächerten Angeboten können wir individuelle und maßgeschneiderte Energiekonzepte für unsere Kommunen, Gewerbe- und Privatkunden anbieten.“



Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben.

Die Alternative heißt Erdgas und Bio-Erdgas im Tank!

„Seit 20 Jahren setzen wir uns für unser Klima ein: mit Erdgasautos, die weder Feinstaub, noch NO_x ausstoßen und die, wenn sie mit Bio-Erdgas fahren, auch kein CO₂-Thema haben“, so kommentierte Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, wonach deutsche Städte Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge verhängen dürfen. „Das Gericht hat bestätigt, dass es bei dem klaren Auftrag, unsere Luft sauberer zu machen, keine Denkergebnisse geben darf. Das heißt auch die längst ausgereiften und winter-tauglichen Erdgasfahrzeuge jetzt massiv zu fördern und zu nutzen.“

erdgas schwaben setzt sich seit Jahrzehnten dafür ein, nachhaltig für gute Luft zu sorgen. Dietmayer: „Hier sind wir bereits mit Erfolg unterwegs, unter anderem mit unserer eigenen Dienstwagen-Flotte, 6 Erdgas-Tankstellen und intensiver Beratung für Entscheider in den schwäbischen Kommunen. Viele weitere Dinge sind bereits angedacht, wie Erdgas-Fahrzeuge als Dienstwagen, oder in der Pipeline, wie LNG-Tankstellen für den Schwerlastverkehr.“

Lovestory von E- und Erdgas-Fahrzeugen mit Bio-Erdgas

Statt Fahrverbote zu erteilen, sollte das Umsteigen gefördert werden, denn eine der vielversprechendsten Alternativen sei Erdgas, betont Dietmayer. Richtig nachhaltig wird es mit Bio-Erdgas aus der Region. „Mit Bio-Erdgas als Kraftstoff haben wir eine sofort ein-

telt und gleichzeitig Spaß macht.“, freut sich Beate McGinn, Leiterin der Unternehmenskommunikation von VERBUND und eine der Gründerinnen der VERBUND-Klimaschule des Nationalparks Hohe Tauern.

Wolfgang Urban, Direktor des Nationalparks Hohe Tauern Salzburg und Vorsitzender des Direktoriums der Nationalparkverwaltungen, ist von der Qualität des neuen Angebotes überzeugt: „In der Nationalpark Umweltbildung werden Wissensvermittlung mit Naturerlebnissen kombiniert und es ist nachgewiesen, dass das letztlich nicht nur reproduzierbares Wissen sondern mehr, nämlich Handlungsbewusstsein betreffend der verschiedenen Aspekte des Natur- und Umweltschutzes bewirkt. Ein Großschutzgebiet wie der Nationalpark Hohe Tauern wird immer sein größtes „asset“ in der Umweltbildung... ausspielen, um junge Menschen für die weltweite Nationalparkidee zu begeistern. Aber bis dahin ist es oft ein mühsames Unterfangen, die Kinder und Jugendlichen einmal zu erreichen. Dass dabei moderne Kommunikation und Didaktik eine wichtige Rolle spielen steht außer Zweifel, weswegen klima.schule und sein Bezug zum Nationalpark Hohe Tauern sicher einen wertvollen Beitrag leisten wird.“

Jörg Hofstätter von der umsetzenden Agentur ovos media hat viel Energie in das Projekt gesteckt: „Uns war es wichtig, gemeinsam eine Plattform zu schaffen, die Lehrer in ihrer Tätigkeit unterstützt und Schülern auf spielerische Art und Weise Kompetenzen vermittelt. Gleichzeitig soll sie einladen, sich ausführlich mit dem Klima und seinem Schutz zu beschäftigen.“

Feinstaub:

Seit 1. Februar gelten strengere Grenzwerte

Worauf Besitzer von Kaminen und Kachelöfen achten müssen

Verbraucher, die ihre Wohnung mit einem Kachelofen oder einem Kamin beheizen, haben seit dem 1. Januar 2018 strengere Auflagen für den Betrieb ihrer Feuerstätte zu beachten. Vor 1985 eingebaute Öfen müssen mit Feinstaubfiltern nachgerüstet oder komplett ausgetauscht werden. Darauf weist die Energieberatung der Verbraucherzentrale Bayern hin. Außerdem können Gemeinden und Kommunen je nach Luftqualität Betriebsverbote für Feuerstätten aussprechen.

Verbraucher können auch selbst auf die Feinstaub-Emission Einfluss nehmen. Die Energieberatung rät, nur gut abgelagertes, trockenes Brennholz zu verbrennen und geeignete Anzünder zu verwenden. Besonders wichtig ist: Nur vom Hersteller zugelassene Brennstoffe dürfen verheizt werden. Müll gehört auf keinen Fall in den Kaminofen. Mit Brennholz zu heizen, ist häufig teurer als gedacht. Der Brennstoff ist zwar oft preiswerter als Erdgas oder Heizöl, aber Kamine und Öfen haben oft höhere Wärmeverluste, da sie den Brennstoff schlechter ausnutzen. Neue Feuerstätten verbrennen effizienter als alte Öfen. Wer überlegt, eine Holzfeuerstätte an das zentrale Heizungsnetz anzuschließen, sollte sich umfassend informieren.

Bei allen Fragen zur Energieeffizienz hilft die Energieberatung der Verbraucherzentrale Bayern weiter. Im Oberland gibt es Beratungsstützpunkte in folgenden Kommunen: Miesbach, Bad Tölz, Geretsried, Penzberg, Murnau, Garmisch-Partenkirchen, Peiting. Eine Terminver-

einbarung ist erforderlich. Telefonische Beratung und Terminvereinbarung sind auch möglich unter 0800 – 809 802 400 (kostenfrei).

Beratungsangebote

Verbraucher können sich auch zu Hause beraten lassen (Kosten zwischen 10 und 40 Euro inklusive Kurzbericht). Beim Basis-Check nimmt der Energieberater den Strom- und Wärmebedarf beim Verbraucher unter die Lupe und zeigt, wo Sparmaßnahmen möglich sind. Der Gebäude-Check beantwortet darüber hinaus wichtige Fragen rund um den baulichen Wärmeschutz und die Heizungsanlage. Bei den Heiz- und Solarwärme-Checks können Verbraucher ihre Heizgeräte oder ihre thermische Solaranlage auf optimale Einstellung und Effizienz untersuchen lassen. Eine Terminvereinbarung für alle Beratungsangebote ist erforderlich unter 0800 / 809 802 400 (kostenfrei).

Nähere Informationen: unter: www.verbraucherzentrale-energieberatung.de

VERBUND-Klimaschule des Nationalparks Hohe Tauern:

Erweiterung um Onlineangebot

Die Erfolgsgeschichte der VERBUND-Klimaschule des Nationalparks Hohe Tauern begann 2010. Seither hat das kostenlose Bildungsangebot von VERBUND und Nationalpark Hohe Tauern in Tiroler, Salzburger und Kärntner Schulen mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche erreicht. Nun bieten die Projektpartner VERBUND und Nationalpark Hohe Tauern unter klima.schule ein bisher einzigartiges Onlineangebot für angehende Klimaschützerinnen und Klimaschützer im gesamten deutschsprachigen Raum.

klima.schule nutzt Mechanismen von Computerspielen, um – so wie beim Klimaschulunterricht durch Ranger in Schulen – ohne erhobenen Zeigefinger Kompetenzen zu Klima und Klimaschutz zu vermitteln. Das übergeordnete Ziel: Kinder und Jugendliche werden befähigt, ihre täglichen Entscheidungen in ihrer Relevanz für Klima und Klimaschutz einzuordnen. klima.schule kann individuell, im Freundeskreis oder im Rahmen der Schulklasse besucht werden.

klima.schule eignet sich auch für den Einsatz im Schulunterricht verschiedener Unterrichtsfächer. Um den Ansprüchen von Pädagogen gerecht zu werden und einen niederschweligen Einsatz zu gewährleisten, ist eine Klassenverwaltung integriert. Die modular aufgebauten Inhalte von klima.schule können von Pädagogen individuell freigeschaltet werden, was einen flexiblen Einsatz ermöglicht. Zudem ist ein Überblick über die Fortschritte der Schüler enthalten, der die Einhaltung gängiger Qualitätsstandards sicherstellt.

An der Entwicklung von klima.schule waren multidisziplinäre Experten beteiligt. Die Inhalte wurden maßgeblich von Rangern des Nationalparks Hohe Tauern zusammengestellt. Sie erleben die Auswirkungen des Klimawandels hautnah im Gebirge. Experten für digitales Lernen haben mit ihrem Feedback sichergestellt, dass die ausgewählten Inhalte für Schülerinnen und Schüler aufbereitet sind und höchsten pädagogischen Anforderungen genügt. Die

Umsetzung und Programmierung erfolgte durch die Agentur ovos media, die über zahlreiche Referenzen im Bereich Onlinewissensvermittlung und playful trainings verfügt.

Expertenstimmen

Andy Schär, eduxis consulting: „Die Klimaschule bietet eine Fülle an aufbereiteten Lerninhalten für den Unterricht. Online stehen Videos, Bilder und Texte zur Verfügung. In der integrierten, spielerischen Lernumgebung können das erworbene Wissen geübt und die Lernfortschritte am Punktstand erlebt werden. Klima- und Wetterwissen ist in Verbindung mit aktuellen Medien motivierend verpackt!“

Laut Stefan Schmid, Virtuelle PH, ist die Klimaschule-Onlineplattform ein mehr als gelungenes Beispiel für den gewinnbringenden, spielerischen Einsatz neuer Medien im Unterricht. „Ich kann nur jedem die Nutzung empfehlen!“

„Mit der VERBUND-Klimaschule des Nationalparks Hohe Tauern haben wir 2010 ein neuartiges Programm ins Leben gerufen, bei dem wertvolles Wissen für den Klimaschutz durch Ranger in Schulen der drei Nationalparkbundesländer anschaulich vermittelt wird. Nun wollen wir das mit dem Schritt in die Onlinewelt erweitern und klimafreundlich möglichst viele 10 bis 14-jährige Klimaschützer im deutschsprachigen Raum erreichen. klima.schule ist ein einzigartiges Angebot, das Wissen vermit-

Der stärkste Energiemix

**Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom**

Geld sparen, Klima schonen – unser Mix macht's möglich

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

www.erdgas-schwaben.de

Neuburg am Inn macht e-mobil

Gemeinde und Bayernwerk nehmen neue E-Ladesäule in Betrieb

Die Gemeinde Neuburg am Inn (Landkreis Passau, Niederbayern) macht mit Unterstützung des Bayernwerks e-mobil: Ab sofort gibt es auf dem Parkplatz an der Schulstraße, in unmittelbarer Nähe zu Rathaus und Kirche, eine neue E-Ladesäule. Mit Mitteln aus dem Bundesprogramm zur Förderung von E-Ladesäulen finanziert soll die neue Stromtankstelle dabei helfen, die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde mit dem Zukunftsthema „E-Mobilität“ vertraut zu machen. Die neue E-Ladesäule wird zudem in das bundesweite E.ON-Drive-Netzwerk integriert, das Fahrern von Elektroautos den Zugang zu mehr als 4.000 Ladepunkten in Deutschland ermöglicht.

Neuburgs Bürgermeister Wolfgang Lindmeier, Geschäftsführer Werner Wagner und Kämmerer Jürgen Lienig sowie Bayernwerk-Kommunalbetreuer Franz-Josef Bloier und Gerhard Ilg, Leiter Betriebsmanagement Niederbayern beim Bayernwerk, haben die neue Stromtankstelle auf dem Parkplatz an der Schulstraße offiziell in Betrieb genommen. „Wir sind überzeugt, dass der Elektromotor in Zukunft eine bedeutende Rolle bei der lokalen Verkehrsplanung spielen wird“, erklärte Bayernwerk-Kommunalbetreuer Bloier. Für den Durchbruch der Elektromobilität sei jedoch auch eine flächendeckende Ladeinfrastruktur nötig, ergänzte Bloier.

Einfaches und schnelles Laden

Die neue E-Ladesäule auf dem Parkplatz an der Schulstraße verfügt über zwei Ladepunkte mit einer Ladeleistung von je maximal 22 Kilowatt. „Die Ladesäule bietet jedem die Möglichkeit, ein Elektroauto barrierefrei zu laden“, erklärte Bayernwerk-Kommunalbetreuer Bloier. Das heißt, dass die E-Ladesäule jederzeit öffentlich zugänglich ist und von jedem ge-

nutzt werden kann. Und wie einfach ein Elektroauto geladen werden kann, demonstrierten die Bayernwerk-Kollegen Bloier und Ilg bei der offiziellen Inbetriebnahme der E-Ladesäule mit einem voll elektrischen Renault Zoé aus dem Fuhrpark des Bayernwerks.

Übersichtliches Display

Die neue E-Ladesäule auf dem Parkplatz an der Schulstraße ist über ein übersichtliches Sieben-Zoll-Display steuerbar. Autofahrer, die Energie für ihr E-Auto tanken möchten, benötigen zur Verbindung ein Ladekabel mit Typ-II-Stecker. Der vollständige Ladevorgang etwa des vorgeführten Renault Zoés mit einer Reichweite von rund 140 Kilometern dauert bei 22 Kilowatt Ladeleistung rund 90 Minuten. Für technische Fragen oder bei Störungen ist eine Hotline täglich 24 Stunden lang zum Festnetz-Preis erreichbar.

Auch das Bayernwerk selbst setzt voll auf Elektromobilität: Im Frühjahr letzten Jahres hat das Energieunternehmen beschlossen, bis 2025 seine rund 1.300 Firmen- und Servicefahrzeug voll elektrisch und emissio-

nsfrei umzurüsten. Jeder Unternehmensstandort des größten regionalen Netzbetreibers in Bayern verfügt bereits über mindestens ein Elektrofahrzeug. Ende des Jahres sollen bereits mehr als 70 voll- und teilelektrische Fahrzeuge zum Bayernwerk-Fuhrpark gehören.

Bekanntnis zur Zukunft der Elektromobilität

Darüber hinaus installiert das Bayernwerk derzeit an seinen Bürogebäuden, Kundencentern und technischen Anlaufstellen E-Ladesäulen mit jeweils mehreren Ladepunkten. Bis 2025 sollen auf diese Weise fast 600 überwiegend öffentliche E-Ladepunkte in ganz Bayern entstehen. Das Bayernwerk ist somit einer der ersten Netzbetreiber in Deutschland, der sich vollumfänglich zur Zukunft der Elektromobilität bekennt.

Flächendeckende Ladeinfrastruktur als Ziel

Die nun in Neuburg offiziell in Betrieb genommene E-Ladesäule ist mit Mitteln aus dem Bundesprogramm zur Förderung von E-Ladesäulen teilfinanziert worden. Das Bayernwerk hatte allein am ersten Tag des Förderprogramms für kommunale Kunden und Partner im Netzgebiet Zuschüsse für rund 400 Ladepunkte beantragt. Hunderte weitere kamen in nachfolgenden Förderaufrufen hinzu. Die Förderung umfasst neben der Errichtung der Ladesäulen auch den Netzanschluss. Ziel des Pro-

gramms ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur mit bundesweit mehr als 15.000 E-Ladesäulen.

So können Elektroautos an der neuen E-Ladesäule geladen werden:

- An der E-Ladesäule wird jede Ladekarte eines Elektromobilitätsanbieters akzeptiert, der dem „Hubeject“-Ladeverbund angehört. Die Abrechnung erfolgt entsprechend über den jeweiligen Elektromobilitätsanbieter.
- Zudem besteht eine direkte Lademöglichkeit ohne separate Anmeldung (Ad-hoc-Laden) mit Hilfe eines Smartphones: Einfach den dargestellten QR-Code an der Ladesäule mit dem Smartphone scannen, den Ladepunkt auswählen und das Elektroauto aufladen. Vor dem Ladebeginn sehen Nutzer immer den gültigen Preis für den entsprechenden Ladevorgang. Die Abrechnung erfolgt über EC- oder Kreditkarte.
- Eine weitere Möglichkeit ist das Laden mit Hilfe der „E.ON-Drive“-App: Zunächst muss der Ladepunkt ausgewählt werden. Vor



Machen e-mobil: Bürgermeister Wolfgang Lindmeier (2.v.l.), Geschäftsführer Werner Wagner (l.), Kämmerer Jürgen Lienig (r.), Bayernwerk-Kommunalbetreuer Franz-Josef Bloier (2.v.r.) und Kollege Gerhard Ilg (M.), Leiter Betriebsmanagement Niederbayern. □

Beginn des Ladevorgangs wird wiederum der Preis angezeigt. Anschließend wird über die Eingabe der persönlichen Kreditkartendaten abgerechnet. Weitere Bezahlungsmöglichkeiten sind derzeit in Vorbereitung.

„Die Zahl der elektrisch angetriebenen Fahrzeuge wird sich nur schwer erhöhen lassen, wenn die Menschen kein Vertrauen in das gesamte System

haben. Und dieses Vertrauen hängt maßgeblich an einer guten Ladeinfrastruktur“, betonte Gerhard Ilg, Leiter Betriebsmanagement Niederbayern beim Bayernwerk. „Für die technische Unterstützung ist das Kundencentral Vilshofen der Ansprechpartner der Gemeinde. Bei Notfällen stehen Bayernwerk-Service-Techniker jederzeit zur Vor-Ort-Hilfe bereit“, fügte Ilg hinzu. □

Tag der bayerischen Energiegenossenschaften 2018:

Neue Geschäftsfelder für genossenschaftliche Energieprojekte

Für Energiegenossenschaften gibt es viele interessante Ansätze, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Und das trotz abnehmender Förderung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Auf einer Tagung des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) in Beilngries berichteten Teilnehmer aus der Praxis.

Noch vor wenigen Jahren erlebten Energiegenossenschaften einen Boom. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantierte für 20 Jahre eine attraktive Vergütung für Strom aus Sonne, Wind oder Biomasse, der Planungsaufwand war überschaubar, und so fanden sich allerorten engagierte Bürger, die ihren Teil zur Energiewende beitragen wollten.

Die engagierten Bürger gibt es immer noch, doch der Strommarkt hat sich massiv verändert. Bei vielen Energiegenossenschaften der ersten Stunde läuft in den nächsten Jahren die EEG-Förderung aus. Ob sie ihre Anlagen im Anschluss weiter wirtschaftlich betreiben können, ist wegen der niedrigen Börsenstrompreise von im Schnitt 3,5 Cent pro Kilowattstunde fraglich.

Bei neuen Freiflächenanlagen mit einer Spitzenleistung über 750 Kilowattstunden wird die Höhe des EEG-Zuschlags zudem über eine Ausschreibung ermittelt. Zum Zuge kommen nur die Anbieter, die am wenigsten Förderung benötigen. Viele Bürgerenergiegesellschaften tun sich in diesem Umfeld schwer, neue wirtschaftliche Projekte zu finden.

Wie können Energiegenossenschaften darauf reagieren? Darüber diskutierten rund 80 Teilnehmer beim Tag der bayerischen Energiegenossenschaften Anfang Februar in Beilngries. Die Teilnehmer nutzten das Netzwerktreffen im Tagungszentrum der Akademie Bayerischer Genossenschaften (ABG), um grundlegende Fragen zu erörtern: Wie müssen sich Energiegenossenschaften aufstellen, um auch in Zukunft erfolgreich zu wirtschaften? Welche Geschäftsmodelle gibt es? Und was plant der Gesetzgeber in den nächsten Jahren?

Der Ebersberger Bundestagsabgeordnete Andreas Lenz (CSU) diskutierte zu Beginn der Tagung mit den Teilnehmern über die Energiepolitik der Bundesregierung. Unter anderem haben Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den Anteil erneuerbarer Energien am bundesweiten Energiemix bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern. Dabei soll die Akteursvielfalt erhalten bleiben.

Lenz warb um Verständnis dafür, dass die Bundesregierung verschiedenen Interessen gerecht

werden müsse, etwa beim Netzausbau. Energiepolitik benötige Zeit und könne nicht von heute auf morgen alles verändern.

Die Vertreter der Energiegenossenschaften interessierten sich auf der Tagung dafür, wie sie neue Geschäftsfelder erschließen und ihre Zukunft sichern können. „Photovoltaik lohnt sich immer noch. Es kommt nur auf das richtige Geschäftsmodell an“, war die Botschaft von Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der Energiegenossenschaft Inn-Salzach (EGIS). Die Genossenschaft Neuötting wurde zum Beispiel für eine innovative Lärmschutzwand ausgezeichnet, die sie mit Solarpaneelen bestückt hat. Außerdem errichtete sie zusammen mit der Stadt Töging am Inn eine Photovoltaik-Anlage über dem Parkplatz des städtischen Freibads.

Kooperation hat Potenzial

Die EGIS hat die Anlage an die Stadt verpachtet, die mit dem Sonnenstrom die Umwälzpumpe des Freibads betreibt und von einer verminderten EEG-Umlage profitiert. Die Genossenschaft erhält dafür einen festen Pachtzins und ist vom Ertragsrisiko befreit. „Vergessen Sie die kleinen Projekte nicht“, rief Lang die Tagungsteilnehmer auf. Oft lassen sich Photovoltaik-Anlagen mit einem Verbraucher vor Ort kombinieren, etwa mit stromintensiven Pumpen wie im Töginger Freibad oder in Kläranlagen. „Kooperieren Sie mit den Kommunen, das hat Potenzial“, so Lang.

Die Erzeugergemeinschaft für Energie in Bayern eG hat sich zum Ziel gesetzt, die erneuerbaren Energien zur Marktreife zu führen, ohne dass sie weiter von staatlicher Förderung abhängig sind. Vorstandsvorsitzender Andreas Engl stellte verschiedene Ideen vor, wie das gelingen kann. Eine Möglichkeit ist Marketing.

Als Beispiel nannte er die Molkerei Berchtesgadener Land eG. Diese habe es geschafft, die positiven Eigenschaften ihrer Milchprodukte so hervorzuheben, dass die Verbraucher bereit sind, dafür einen höheren Preis zu bezahlen. Dahin müssten auch die Energiegenossenschaften kommen, so Engl. „Ein Produkt ohne Eigenschaften lässt sich schlecht ver-

markten. Deshalb müssen wir uns von der Konkurrenz abheben und den Kunden zeigen, warum es sich lohnt, sauberen Strom zu kaufen.“

Engl empfahl, eine Dachmarke zu gründen, unter der die einzelnen Energiegenossenschaften ihren Strom gemeinsam vermarkten können – gerne in Kooperation mit dem regionalen Netzbetreiber, etwa den örtlichen Stadtwerken.

Darüber hinaus sieht Engl ein großes Potenzial in der intelligenten Vernetzung von Stromproduzenten und -verbrauchern über eine regionale, außerbörsliche Handelsplattform. Wenn der Strom regional produziert und verbraucht werde und sich das digital nachweisen lasse, ließen sich auch Netzentgelte und EEG-Umlage sparen, so Engl.

Auf der Tagung wurden viele weitere Möglichkeiten angesprochen, wie Energiegenossenschaften erfolgreich wirtschaften können. Dazu zählt neben der Elektromobilität, der Kombination von Gas, Strom und Wärme (Sektorenkopplung) und einer innovativen Versorgung der Kommunen mit Wärme und Breitband-Glasfasernetzen auch das sogenannte Energie-Contracting. Gemeint sind Dienstleistungen im Energiebereich, zum Beispiel die Umrüstung von herkömmlichen Straßenlaternen auf stromeffiziente LED-Leuchten oder die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Auch hier bietet sich eine Kooperation mit der Heimatgemeinde an. Die Energiegenossenschaft Fünfseenland ist ein Vorreiter auf diesem Gebiet. „Wir übernehmen für die Kommunen Leistungen in einem Bereich, der sie zunehmend überfordert“, sagte Gerd Mulert, Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft.

Genauso interessant sind Mieterstrom-Anlagen, wie Joachim Scherrer, Vorstandsvorsitzender der Bürger Energie Region Regensburg (BERR) erläuterte. Die Genossenschaft betreibt erfolgreich mehrere solcher Projekte, bei der die Genossenschaft den vor Ort produzierten Strom direkt an die Mieter des Hauses verkauft. Weil bei Mieterstrom weder Netzentgelte noch Stromsteuer anfallen, ist das Modell sowohl für Energiegenossenschaften als auch für Mieter interessant. Der GVB strebt dazu eine Kooperation mit dem Verband bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW) an, um Leuchtturmprojekte zu begleiten. □

ENERGIE
ZUKUNFT
Wir gestalten mit!

Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!

10.000 Euro
für Bürger, Schulen
und Vereine!

Sie engagieren sich in den Bereichen Energieeffizienz oder Ökologie und geben damit einen Impuls für die Energiezukunft in Ihrer Region oder Ihrem persönlichen Umfeld?

Dann bewerben Sie sich für den Bürgerenergiepreis.

Weitere Informationen unter
www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Stadtwerke 2030:

Zukunftsfähig durch Kooperationen und Geschäftsmodelle

PwC-Studie zu kommunalen Energieversorgern mit Unterstützung des VKU

Die großen Herausforderungen kommunaler Energieversorgungsunternehmen (EVU) in Deutschland – mehr Regulierung, fortschreitende Digitalisierung, zunehmender Wettbewerb und sinkende Gewinne – können sie am besten durch neue Kooperationen lösen. Das ist eines der wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie „Stadtwerke 2030“, die die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) mit Unterstützung des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) erstellt hat. Für das umfassende Meinungs- und Stimmungsbild wurden Vorstände, Geschäftsführer und andere Topmanager von 300 kommunalen EVU befragt. Im Fokus standen das aktuelle Marktumfeld sowie strategische Handlungsoptionen.

82 % der Befragten sehen die integrierte Wertschöpfungskette – also Bündelung der Medien und der Geschäftsfelder Erzeugung, Netz und Vertrieb – nach wie vor als einen wesentlichen Erfolgsfaktor an, um die wachsenden Herausforderungen zu bewältigen. Gerade weil sich der Ergebnisbeitrag in allen Wertschöpfungsstufen reduziert, sieht man in der Bündelung von Aktivitäten aufgrund der noch nicht aus-

geschöpften Rationalisierungspotenziale einen strategischen Vorteil. Dies deckt sich mit der Aussage von über der Hälfte der Befragten (51 %), die Rationalisierungen als zwingend notwendig ansehen, um im Wettbewerb erfolgreich zu sein.

Strategische Zukunft

Eine weitere Option ist die Konzentration der Wertschöpfung

auf die Kernkompetenz in weniger wettbewerbsintensiven Bereichen. So sehen 49 % der Teilnehmer in der Fokussierung auf den reinen Infrastrukturdienstleister rund um die Netze eine sinnvolle strategische Alternative. 48 % der Teilnehmer sehen dagegen ihre strategische Zukunft als (digitaler) Serviceprovider und planen folglich, den Anteil von Dienstleistungen an der Wertschöpfung deutlich zu erhöhen.

Neue Geschäftsfelder erschließen

Neben Kostensenkungen, der Erhöhung des Dienstleistungsanteils an der Wertschöpfung und dem Austritt aus unrentablen Wertschöpfungen kann die Erschließung neuer Geschäftsfelder eine weitere strategische Option für EVUs sein. Da die Kommunen mitunter überlastet sind

und (kommunale) Energieversorger die Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge vielfach zu ihrem Aufgabengebiet zählen, können sich knapp 45 % der Teilnehmer vorstellen, künftig vermehrt Aufgaben der Kommunen zu übernehmen. Eine weitere strategische Option kann sein, mit ggf. branchenfremden Partnern neue Möglichkeiten der Wertschöpfung zu erschließen (zum Beispiel Elektromobilität, Smart Energy) und dabei die Chancen des technischen Fortschritts vollständig auszunutzen.

Regulatorische Hürden

Bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder und dem Aufbau von Kooperationen erweisen sich zunehmend das Gemeinderecht sowie die unterschiedlichen Ausprägungen in den einzelnen Ländern als Hürde. Daneben bestehen weitere regulatorische Hürden, die Kooperationen behindern. So scheitern Kooperationen im Netzbereich regelmäßig am Regulierungsrahmen, dadieser Effizienzsteigerungen nicht langfristig vergütet oder bei der Auslagerung von Netzpersonal aufgrund der Nicht-Anerkennung dauerhaft nicht beeinflussbarer Kostenanteile Nachteile mit sich bringt.

Dass die befragten Stadtwerke-Topmanager in der konventionellen Energieerzeugung keine aussichtsreiche strategische Option mehr sehen, ist ein weiteres Ergebnis der Studie. Dieses Geschäftsfeld wird ihrer Ansicht nach am ehesten von Rückgängigen betroffen sein, da hier die Ergebnisse in allen klassischen Wertschöpfungsstufen zunehmend unter Druck geraten. Da Schließungen oder Verkäufe kaum möglich sind, erhoffen mehr als 75 % der Befragten eine staatlich regulier-

te Lösung für die Netz- und Kraftwerksreserve.

Motor der Energiewende

Bei Ausschreibungen im Bereich der erneuerbaren Energien geraten klassische Energieversorger vielfach ins Hintertreffen. Eine realistische Chance besteht für denjenigen, der regional agiert und einen signifikanten Teil der Wertschöpfung erbringen kann. Insgesamt bestätigen 82 % der Befragten, im Bereich der regenerativen Erzeugung tätig zu sein. Dieses Geschäftsfeld bleibt somit Motor der Energiewende, wobei der Raum für Wachstum durch Anlagenzubau in einigen Bundesländern derzeit kritisch diskutiert wird.

Regenerative Erzeugung als Motor

Für rund 51 % bleibt dieses Geschäftsfeld trotz sinkender Renditen weiterhin attraktiv, Risiken werden lediglich von 7 % gesehen. Investitionen können aufgrund der niedrigen Finanzierungskosten infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase trotz niedriger Margen attraktiv sein. Fast drei Viertel der Befragten erwarten künftig einen Rückgang der Margen aufgrund der steigenden Wettbewerbsintensität im Privatkundenvertrieb. Auch wenn 60 % Risiken im Vertrieb sehen, gehen wiederum nur 16 % der Befragten davon aus, den Vertrieb künftig aufgeben zu müssen.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass neue Wettbewerber Marktanteile übernehmen werden, indem sie günstiger sind und/oder ihr Leistungsangebot ergänzen. Dies kann zu einer Verschiebung in den Kundensegmenten führen. Die Beziehung zum Kunden

wird dabei zunehmend über digitale Schnittstellen gestaltet. Den daraus resultierenden drohenden Verlust an direkten Kundenbeziehungen bewerten 35 % der Befragten als große Herausforderung, 40 % der Befragten erwarten eine sinkende Loyalität der Konsumenten zu ihren Lokalversorgern.

Im Energiehandel sehen die Teilnehmer künftig mehr Risiken als Chancen. Lediglich 4 % bewerten die Geschäftschancen positiv. Folglich sind (Teil-)Rückzüge aus dem Energiehandel zu erwarten, was Chancen für Dienstleister eröffnet. Ob die Anwendung der Blockchain-Technologie langfristig die Wertschöpfungsstufe bedroht, wird z. B. von dem Grad der Autarkie der Endverbraucher abhängen, der künftig erreicht wird.

Risiko Regulierungsdruck

Die Energiewende führt zu einer veränderten Netzinfrastruktur. Fast alle Befragten (92 %) sehen aufgrund des politischen Willens, Verbraucherpreise nicht ansteigen zu lassen, den Regulierungsdruck und dadurch sinkende Netzentgelten als zentrales Risiko. Darüber hinaus führen die Sektorenkopplung, die zunehmende Dezentralität sowie der Anschluss neuer Erzeuger und Nutzer zu komplexeren Netzen.

In der Folge stehen die Energienetze vor großen technischen Herausforderungen, was von 40 % der Befragten als Risiko im Netzgeschäft gesehen wird. Um den Verlust des Ergebnisbeitrags im Netz zu begrenzen, halten 64 % der Teilnehmer eine Ausweitung der Wertschöpfung, beispielsweise im Bereich Speicher, Elektromobilität (Sektorenkopplung) und Telekommunikation, für sinnvoll. **DK**

Tagung des ZAE Bayern in München:

Sektorenkopplung und Wärmewende

Das Thema „Sektorenkopplung und Wärmewende“ stand auf der Agenda des ZAE-Tags in München, der mit 170 Teilnehmern, darunter Unternehmer, lokale und regionale Akteure der Energieversorgung, Energieberater und Wissenschaftler, sehr gut besucht war. Seit 25 Jahren realisiert das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung komplette Innovationspakete, die auf Synergien zwischen Erzeugung, Speicherung und Effizienzmaßnahmen bauen. Mit seinen drei Hauptstandorten in Erlangen (Erneuerbare Energien), Garching (Energiespeicher) und Würzburg (Energieeffizienz) sowie zwei Außenstellen in Hof und Nürnberg ist es landesweit präsent.

Laut Vorstandsvorsitzendem Prof. Dr.-Ing. Hartmut Spliethoff ist das ZAE Bayern durch die vielseitige Ausrichtung und Vernetzung seiner wissenschaftlichen Bereiche für neue Themen der Energiewende wie die Sektorenkopplung gewappnet. „Wenn wir über die Energiewende sprechen, dann verbinden wir meist nur den Stromsektor damit. Wenn wir die gesteckten Ziele erreichen wollen, dann brauchen wir neben der Stromwende auch die Wärmewende“, hob Spliethoff hervor.

Projekte und Erfahrungen

Zusammen mit Kooperationspartnern präsentierten die Bereichsleiter der drei wissenschaftlichen Bereiche des ZAE Bayern ihre Projekte und Erfahrungen in der Zusammenarbeit. So kombiniert die Würzburger Firma va-Q-tec, eine Ausgründung des ZAE Bayern, Vakuum-Isolierpaneele (mit 10-fach besserem Wärmeleitwert als konventionelle Dämmung) und PCM-Wärmespeicher (mit 10-fach besserem Wärmehalt als konventionelle Speicher). Aus dieser Kombination entstehen passive Kühlboxen zum Transport wärmeempfindlicher Güter (z.B. Medikamente) mit einer Temperaturstabilität über 120 Stunden. Diese Technologie lässt sich auch für Kühlschränke (AAA) oder Heißwasserspeicher im Hausbereich (Verringerung der Standfläche) nutzen.

Laut Vorstandsvorsitzendem Dr. Joachim Kuhn demonstrierte der Erfolg des Unternehmens (Börsengang mit 4-facher Überzeichnung) das vorhandene Bewusstsein für die Wärmewende. Seit der va-Q-tec Ausgründung ist das ZAE Bayern verlässlicher Partner in der Forschung.

Dr. Hans-Peter Ebert, Bereichsleiter Energieeffizienz, informierte darüber, dass es bei den gemeinsamen Aktivitä-

ten vor allem um Materialcharakterisierung, Optimierungen und Tests bzgl. Versiegelungen (um Lebensdauer über 20 Jahre zu ermöglichen), aber auch um das Monitoring von „normalen Gebäuden“ mit Vakuum-Isolation gehe. Es sei wichtig, solche Zukunfts-Technologien bis in die Praxis zu begleiten, betonte Ebert.

Weitere beispielhafte Aktivitäten im ZAE Bereich Energieeffizienz sind Ebert zufolge Studien zum Wärmestandard des Gebäudebestands in Deutschland, die Potenzialabschätzung für Wärmeeinsparung im Bestand (bis zu 30 %) sowie die Entwicklung von „schaltbaren Fassaden“ zur bedarfsgerechten Steuerung des Wärmeflusses von außen nach innen. Im Gebäudebereich könne ein wesentlicher Teil der Wärme durch Dämmung eingespart werden.

Anwendungen und Systeme

Dr. Jens Hauch Hauch (Bereich Erneuerbare Energien) und Julian Kruck (Ratiotherm Heizung/Solartechnik, Traunstein) präsentierten im Anschluss unterschiedliche Anwendungen und Systeme, basierend auf Komponenten der Firma Ratiotherm.

In ihrem Fazit wiesen die beiden Kooperationspartner darauf hin, dass eine einfache Wandlung von PV-Strom in Wärme noch nicht wirtschaftlich sei. Faktoren wie Spitzenkappung, PV-Anlagen, die aus dem EEG herausfallen und individuelle Nutzerwünsche führten trotzdem dazu, dass die Sektorenkopplung Strom/Wärme mit einfachen Systemen bereits stattfindet.

Da die Speicherung von Wärme deutlich kostengünstiger und einfacher ist, als die Speicherung von Strom, sei eine Wandlung zur Speicherung durchaus sinnvoll. Die Kopp-

lung von PV-Strom mit Wärmepumpe führe dazu, dass die Kosten der „erneuerbaren“ Primärenergie unter die von fossilen Energieträgern sinken. Die intelligente Kopplung von Systemen auf Quartiersebene biete die Möglichkeit einer energetischen und erneuerbaren Vollversorgung.

Nach Überzeugung von Ministerialdirigent Rudolf Escheu vom bayerischen Wirtschaftsministerium kann die Sektorenkopplung nur gelingen, wenn der politische Rahmen stimmt. Der Begriff „Sektorenkopplung“ werde sehr schnell immer wichtiger, was sich bereits durch die rasante Zunahme an Google-Treffern bestätige.

Wichtige Aspekte aus Ministeriumssicht

Lange, so Escheu, habe man unter Energiewende ausschließlich die Stromwende verstanden. Zwar stammen 43 % der Stromerzeugung in Bayern aus erneuerbaren Energiequellen, die Energiewende könne jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie alle Sektoren erreicht. Wichtige Komponenten der Energiewende seien Speicher, Effizienzsteigerung und erneuerbare Quellen.

Allein durch den Ausbau der erneuerbaren Energien könne die Bereitstellung von Energie in Bayern jedoch nicht komplett ohne fossile Quellen auskommen: „Diese Akzeptanz werden wir in der Öffentlichkeit nicht bekommen“, unterstrich Escheu, weshalb Effizienzmaßnahmen mindestens ebenso wichtig seien. Die Sektorenkopplung liefere hier einen entscheidenden Beitrag im Energiesystem der Zukunft.

Wichtige Aspekte der Energiewende sind aus Sicht des Ministerialdirigenten vor allem flexible Verbraucher - Demand Side Management, Elektromobilität, die Orientierung elektrischer Heizsysteme an der Verfügbarkeit von Strom, Digitalisierung, d.h. intelligente Messung und Steuerung der Energieflüsse, marktwirtschaftliche Anreize für Sektorenkopplung, eine grundlegende Reform des EEG, der Ausbau von Speichern, Priorität der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen und das Schritthalten der Netze mit dem Ausbau der Erneuerbaren. **DK**

TenneT
Taking power further

Energiewende aus Bayreuth

Über die Bernecker Straße verbindet TenneT Europa.

TenneT ist ein führender europäischer Übertragungsnetzbetreiber. Mit mehr als 22.000 Kilometern Hoch- und Höchstspannungsleitungen bieten wir 41 Millionen Endverbrauchern in den Niederlanden und Deutschland rund um die Uhr eine zuverlässige und sichere Stromversorgung.

In Bayreuth in der Bernecker Straße sitzt die Unternehmensleitung für das deutsche Netzgebiet, das von der Nordsee bis zu den Alpen reicht. Bald 1.000 hochqualifizierte Mitarbeiter gestalten im neuen TenneT Campus die Energiewende. Innovationen wie die Anschlüsse der Offshore-Windparks in der deutschen Nordsee oder der Einsatz von Erdkabeln auf der Höchstspannungsebene werden hier entwickelt.

www.tennet.eu



Typisches Anwendungsbeispiel für technische Straßenleuchten.

Bild: pexels.com

Laternix-Präsentation:

Neuer LED-Umrüstsatz LEDiKIT® Streetlight LA27

Nachhaltige LED-Umrüstung von technischen Straßenleuchten

Zur Steigerung der Energieeffizienz, Erfüllung von Auflagen zur CO₂-Reduktion und Verringerung der Kosten nehmen Städte und Kommunen derzeit verstärkt die Umstellung der Straßenbeleuchtung von konventioneller auf LED-Technologie vor. Dabei muss nicht immer der gesamte Lichtkopf ersetzt werden, sondern häufig ist die Umrüstung der vorhandenen Leuchte mit einer eigens dafür entwickelten LED-Umrüstungsbaugruppe die nachhaltigere und kostengünstigere Alternative. Bei den weit verbreiteten technischen Straßenleuchten (z. B. Kofferleuchten), die mit Natriumdampflampen (gelbes Licht) bestückt sind, gestaltet sich eine Umrüstung auf LED besonders anspruchsvoll, da das darin befindliche System aus Lichtquelle und Spiegelreflektor exakt aufeinander abgestimmt ist.

Für eine nachhaltige Effizienzsteigerung ist nicht nur eine effiziente Lichtquelle, sondern auch eine präzise Lichtverteilung und Ausrichtung auf die Wirkflächen entsprechend der jeweiligen Anwendungssituation erforderlich. Der LED-Umrüstsatz LEDiKIT® Streetlight LA27 der Firma Laternix aus Traunstein ist deshalb mit hochpräzisen Lichtoptiken ausgestattet. Er verfügt über eine am Markt einzigartige Winkel- und Lageeinstellbarkeit, die in Kombination mit einem E27-Sockelsystem (E40 mittels Adapter) eine optimale Positionierung in nahezu allen relevanten Bestandsleuchtenmodellen ermöglicht. In Kombination mit einer intelligenten Dimmsteuerung können Einsparpotenziale von bis zu 65 % bei spürbar besseren Sehbedingungen realisiert werden.

Damit ist auch der Grundstein für die Smart-City gelegt, der auf eine effiziente, technologisch fortschrittliche und grüne Gestaltung von Kommunen abzielt.

Der Umrüstsatz wurde entsprechend der einschlägigen Produktnorm EN62031 entwickelt, besitzt CE-Konformität und wird mit großer Fertigungstiefe in Deutschland produziert. Die Elektronik ist auf die harschen Bedingungen

in der Straßenbeleuchtung (extreme Temperaturwechsel, Spannungsspitzen usw.) ausgelegt und gewährleistet eine lange Lebensdauer und damit Investitionssicherheit.

LEDiKIT® Streetlight LA27 wird bei der diesjährigen Fachmesse LIGHT + BUILDING (18. – 23. März 2018 Frankfurt am Main) auf Messestand C 07 in Halle 5.0 präsentiert. Derzeit sind für Handelsvertreter in Deutschland, Österreich und der Schweiz noch exklusive Vertriebsgebiete zu vergeben.

Projektspezifische Individuallösungen

Auf der Basis von über 20 Jahren Erfahrung in der Lichtindustrie entwickelt und fertigt Laternix nachhaltige LED-Umrüstlösungen für eine Vielzahl bestehender Außenleuchtenmodelle. Des Weiteren bietet der Hersteller projektspezifische Individuallösungen. Bestmögliche Sehbedingungen zu erreichen und gleichzeitig den ursprünglichen Charakter der Bestandsleuchten zu erhalten, ist – neben der Wirtschaftlichkeit und Langlebigkeit der Produkte – der Anspruch des Unternehmens.

Nähere Informationen unter www.laternix.de

Zukunftssichere Straßenbeleuchtung

Mit Streetlight 11 bietet Osram eine zukunftsfähige Plattform für Smart City Anwendungen

Die neue, effiziente Streetlight 11 ist ein offenes und Upgrade-fähiges System das mit seinen Aufgaben wächst. Ist erst einmal ein Netzwerk mit den neuen Straßenleuchten aufgebaut, können wechselnde kundenspezifische Bedürfnisse gedeckt werden.

Das modulare Leuchtenkonzept der Streetlight 11 ermöglicht die Integration von Steuerungs- und Überwachungssystemen auf Basis der Powerline-Technik oder via Funk (RF). Die Leuchten stehen entsprechend ausgestattet als Smart City-Leuchte oder als Smart City ready-Version serienmäßig zur Verfügung. Dank der integrierten mechanischen Schnittstelle ist eine einfache nachträgliche Montage von Sensoren sowie Daten- oder Kamerasystemen auch vor Ort möglich z.B. für Parkraumma-

nagement, Sicherheitsüberwachung oder Verkehrssteuerung.

Streetlight 11 überzeugt durch eine hervorragende, gleichmäßige Beleuchtung und erhöht damit die Sicherheit im öffentlichen Raum. Gleichzeitig leistet sie einen aktiven Beitrag zu Umwelt- und Naturschutz: Der Energieverbrauch lässt sich um bis zu 80 % senken und Lichtmission wird durch das exakt gerichtete Licht vermieden, Himmelsaufhellung und das Anlocken nachtaktiver Insekten auf ein Minimum reduziert.

Die Leuchtenfamilie bietet viele Auswahl- und Kombinationsmöglichkeiten, um Straßen, Wege und Plätze zu beleuchten: drei Baugrößen für Lichtpunkthöhen von 3 bis 12 Meter, individuell einstellbare Lichtströme und diverse Steuerungsmöglichkeiten.

Licht für den Menschen

Messtrend Light + Building: Human Centric Lighting

Intelligente und vernetzte Lichtlösungen, zukunftsweisende Technologien und aktuelle Designtrends zeigt die Weltleitmesse für Licht und Gebäudetechnik Light + Building vom 18. bis 23. März 2018 in Frankfurt am Main.

Ein Messtrend und eines der ganz großen Themen in der Beleuchtung ist Human Centric Lighting (HCL): Ein Beleuchtungskonzept, das Wohlbefinden spendet, indem es den Schlaf-Wach-Rhythmus des Menschen stärkt – für erholsamen Schlaf in der Nacht und Vitalität am Tage. Gleichzeitig bietet HCL eine hohe Lichtqualität und mehr Komfort. Die Brancheninitiative licht.de informiert, in welchen Anwendungen Human Centric Lighting seine Stärken ausspielt.

Gesundes Licht für alle

Eine biologisch wirksame Beleuchtung ist überall dort besonders effektiv, wo sich Menschen regelmäßig und über einen langen Zeitraum aufhalten. Dies sind vor allem Arbeitsstätten wie z. B. Büros, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen und Bildungsstätten. Studien in Großraumbüros belegen, dass eine biologisch wirksame Bürobeleuchtung vor allem in tageslichtärmeren Bereichen dafür sorgt, dass sich Mitarbeiter wacher fühlen und infolgedessen evtl. sogar produktiver arbeiten können.

Schüler sind in der Regel früh-

morgens noch lange nicht im Betriebsmodus, sondern müde und unaufmerksam. HCL kann mit den richtigen Impulsen zur richtigen Zeit einen Frischekick geben, Merkfähigkeit und Motivation steigern. Auch im privaten Wohnumfeld sorgt aktivierendes Licht am Morgen, zum Beispiel als großflächige Allgemeinbeleuchtung im Badezimmer oder in der Küche beim Frühstück, für einen guten Start in den Tag.

Mangelnder Aufenthalt im Freien

Betruhe oder eingeschränkte Mobilität führen im Gesundheitswesen häufig zu unruhigen Nächten. Licht wird aber auch unbewusst wahrgenommen, und so kann HCL dazu beitragen, dass sich Patienten besser fühlen, Ängste abgebaut werden und Behandlungen gut angeschlossen. Bewohner von Pflegeeinrichtungen verhalten sich unter dem Einfluss einer biologisch wirksamen Beleuchtung aktiver, nehmen am Sozialleben teil und kommunizieren mehr. Damit steigt die Lebensqualität der Bewohner durch eine neue Beleuchtung signifikant.

LINUX erweitert Geschäftsfeld

Der deutsche Lichtspezialist LINUX erweitert sein Geschäftsfeld um einen umfänglichen Servicebereich und expandiert vom Leuchtenhersteller zum Anbieter schlüsselfertiger Lichtlösungen. Also Lichtlösungen, die ohne Aufwand auf Kundenseite und ohne Weiteres einsatzbereit sind. Damit bietet LINUX künftig nicht nur ein umfassendes Produktportfolio, sondern auch das gesamte Dienstleistungsspektrum rund um professionelle Beleuchtung: Von der Beratung, Lichtplanung bis zur Inbetriebnahme und Wartung. Hierdurch wird LINUX zu einem 360°-Anbieter, der Beleuchtungslösungen aus einer Hand für vielfältige Bereiche offerieren kann.

Hintergrund ist, dass Beleuchtungslösungen immer komplexer werden und der Markt zunehmend nach umfänglichen Service-Paketen verlangt. „Beleuchtungslösungen für alle Bereiche aus einer Hand - das ist die Zukunft im Beleuchtungsmarkt. Das Bedürfnis nach passgenauen Beleuchtungslösungen, die auf Kundenseite keinen Aufwand verursachen oder Kapazitäten binden, wächst. Durch die Expansion sind wir künftig nicht nur Hersteller, sondern auch ein Serviceunternehmen und bedienen die gesamte Wertschöpfungskette“, kommentiert Matthias Schmidt, Geschäftsführer von LINUX. Mit seinen modernen Beleuchtungslösungen stattet LINUX u.a. Kommunen, Bahn, Industrie, Logistik und Handel aus.

Den neuen Geschäftsbereich LINUX SERVICE wird das Unternehmen erstmals auf der diesjährigen Light + Building der Öffentlichkeit präsentieren. Mit im Gepäck hat LINUX zudem spannende Produktneuheiten. Schwerpunkt auf dem Messestand in Halle 5 (Stand A70) werden Neuheiten für Kommunen, Industrie und Handel sein.

Kommunale Beleuchtung und Messeneuheiten

Für Kommunen bietet LINUX ein großes Produktportfolio, das von designprämierten Architekturleuchten über historische Leuchten bis hin zu technischer Beleuchtung reicht. Das Unternehmen hat passende Lösungen für Straßen, Parks, öffentliche Plätze oder Gebäude im Portfolio. Dabei hat LINUX die Bedürfnisse der Kommunen genau im Blick: Von kostensparender LED-Nachrüstung bestehender Leuchten bis zur Umsetzung komplexer Smart City Lighting Projekte offeriert LINUX

einen erstklassigen Service für Kommunen und Gemeinden. Im Bereich Straßenbeleuchtung ist der Lichtspezialist einer der führenden Anbieter in Deutschland; rund 20 Prozent der aktuell installierten Straßenbeleuchtung stammen aus dem Hause LINUX.

Smart City: LINUX beleuchtet Städte smart

Licht wird zunehmend smart und vernetzt. Ob Düren, Dortmund oder Monheim - LINUX begleitet Kommunen mit smarten Lichtlösungen auf dem Weg zur Smart City. Smartes Licht erlaubt dank zentraler „Licht Management Plattform“ eine einfache Überwachung, flexible und bedarfsgerechte Steuerung der Lichtanlage sowie effiziente Wartung. Zur Vernetzung einzelner Lichtpunkte setzt LINUX auf sichere und anerkannte Standards. Interessierte Besucher werden auf dem Messestand über die Möglichkeiten von Smart City Lighting informiert.

Kostengünstiger Umstieg auf LED: Umrüstsätze für Kommunen

Noch immer sind rund 70 Prozent der öffentlichen Lichtpunkte nicht auf sparsame LEDs umgerüstet. Daher präsentiert LINUX auf der Light + Building neue Umrüstsätze für Kommunen. Um einen einfachen und kostengünstigen Umstieg zu ermöglichen, wurden für historische Leuchten Umrüstsätze entwickelt, die es in sämtlichen Leistungsstufen und verschiedenen Lichtfarben gibt:

1.) Mit dem Eco Circle Modul können historische Leuchten



Eine circadiane Beleuchtung sorgt für mehr Wohlbefinden: Nach dem Vorbild der Natur verändern sich Lichtfarbe, Beleuchtungsstärke und Lichtrichtung im Tagesverlauf.

Bestes Licht für gute Arbeit

Die Bürobeleuchtung ist heute vernetzt, komfortabel und sparsam

Wechselnde Tätigkeiten wie Schreibtischarbeit, Meeting oder Telefonkonferenz sind im modernen Büro an der Tagesordnung. In den Bürowelten von heute stellt die Beleuchtung den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt und schafft ideale Voraussetzungen für Flexibilität und erfolgreiches Arbeiten. Lichtmanagement unterstützt Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit durch eine angenehme, komfortabel nutzbare und individuell anpassbare Beleuchtung. Lichtsteuerung, effiziente Lichtquellen und intelligente Sensorik können zwischen 55 und 80 Prozent Energie und Stromkosten einsparen.

Die Beleuchtung am Arbeitsplatz sollte an die jeweiligen Sehleistungen angepasst sein, gute Sehleistung und Sehkomfort bieten. Wichtig sind individuelle Einstellmöglichkeiten: Arbeitsplatz- oder Stehleuchten sind dafür eine gute Wahl. Leuchten, die untereinander vernetzt und verschiedenen Bereichen beziehungsweise Gruppen zugeteilt sind (Schwarmfunktion), sorgen dafür, dass keine zu großen Hell-/Dunkel-Unterschiede entstehen.

Ein Beispiel: Meldet eine Leuchte die Anwesenheit einer Person an die anderen Gruppenmitglieder, so beleuchten diese die unmittelbare Büroumgebung auf einem angenehmen Grundniveau.

Die Allgemeinbeleuchtung für Büroarbeitsplätze sollte nach DIN EN 12464-1 mindestens 500 Lux mittlere Beleuchtungsstärke (Wartungswert) betragen und für eine angenehme Helligkeitsverteilung im Raum sorgen. Für Zonen mit weniger anspruchsvollen Sehauflagen, wie Verkehrszone, Kopierer oder Ablage, nennt die Norm 300 Lux mittlere Beleuchtungsstärke. Wichtig: Störende Blendung und Reflexionen auf Bildschirmen müssen vermieden werden.

Digitales Licht kann den Komfort und die Lichtqualität signifikant erhöhen und das Wohlbefinden der Mitarbeiter steigern: mit einer biologisch wirksamen Beleuchtung. Sie unterstützt den circadianen Rhythmus und kann so

für eine erholsame Nachtruhe und mehr Konzentrationsfähigkeit am Tage sorgen.

Dieses Lichtkonzept nimmt sich das natürliche Tageslicht zum Vorbild, auf dessen Verlauf der Mensch angepasst ist. Unter anderem mit verschiedenen Farbtemperaturen und Beleuchtungsstärken wird eine tageslichtähnliche Beleuchtung in Innenräumen realisiert. Licht für den Menschen: Der Begriff Human Centric Lighting steht neben einer biologisch wirksamen Beleuchtung auch für hohe Lichtqualität, mehr Komfort und Ambiente.

Digitale Lichtsteuerung

Unverzichtbar ist für diese Anwendungen eine digitale Lichtsteuerung. Sie sorgt im Zusammenspiel mit effizienten Lichtquellen wie LEDs für stufenlos einstellbare und automatisch ablaufende Lichtstimmungen. Sensoren messen den Einfall des natürlichen Tageslichts und regeln die künstliche Beleuchtung energiesparend nach Bedarf hinzu. So entstehen Lichtstimmungen, die den biologischen Rhythmus des Menschen sinnvoll unterstützen.

Weitere Informationen bieten die Broschüren aus der Schriftenreihe licht.wissen: [licht.wissen 04](http://licht.wissen/04) „Licht im Büro, motivierend und effizient“, [licht.wissen 12](http://licht.wissen/12) „Lichtmanagement“ und [licht.wissen 19](http://licht.wissen/19) „Wirkung des Lichts auf den Menschen“.

ohne viel Aufwand und unter Erhaltung des Stadtbildes auf LED umgerüstet werden. Es fügt sich problemlos in bestehende Designleuchten ein und verfügt über ein optimales Thermomanagement sowie eine optimale Lichtsteuerung.

2.) Auch für bestehende HELIUS-Leuchten bietet LINUX Umrüstsätze. Durch Austausch der Lichtmodule lässt sich bestehende Straßen- oder Bahnbeleuchtung auf sparsame LED-Technologie umrüsten.

Neue HELIUS Straßenleuchte

Auf der Light + Building wird LINUX die neu entwickelte HELIUS präsentieren. Die für Straßen, Parks oder Radwege geeignete technische Leuchte verfügt über eine patentierte Optik, die Kommunen und Gemeinden vielfältige Vorteile bietet. Dank eines silikonummantelten Licht-Moduls wird die Total-

reflexion signifikant reduziert, wodurch Lichtausbeute und damit auch Energieeffizienz deutlich gesteigert werden. Das Silikonmodul verfügt über sehr gute optische Eigenschaften und hat einen CRI Wert von mindestens 85: Die Farbwiedergabe ist natürlich, was für das menschliche Auge angenehm und die Sehqualität wichtig ist. Vor allem gewährleistet das System eine gute elektrische Isolation gegenüber einer Überspannung.

Produktvorteile HELIUS

- Werkzeugloser Austausch der Elektro- und LED-Einheit
 - Lebensdauer bis zu 85.000 Stunden
 - Flexibel: In unterschiedlichen Optiken (M, U, F und L) erhältlich zur Ausleuchtung vieler Straßentypen
 - Erhältlich als Mastansatz- oder Mastaufsatz-Leuchte
- Info: www.lunux-lighting.com

Deutsche Bahn setzt 2018 Modernisierungskurs für die Infrastruktur fort:

Rekordinvestitionen für Schienennetz und Bahnhöfe

Auch 2018 setzt die Bahn ihren Modernisierungskurs für Schienennetz und Bahnhöfe fort. „Mit der Rekordsumme von 9,3 Milliarden Euro steigern wir dieses Jahr die bundesweiten Investitionen in das Netz und die Bahnhöfe um 800 Millionen Euro. Gleichzeitig haben wir es mit dem bei DB Netz eingerichteten ‚Lagezentrum Bau‘ im Jahr 2017 geschafft, baubedingte Einflüsse auf die Bahnkunden gegenüber 2016 um 10 Prozent zu reduzieren“, so Ronald Pofalla, Vorstand Infrastruktur der Deutschen Bahn AG.

Dies bildet sich auch im Freistaat Bayern ab: „Mehr als eine Milliarde Euro investieren wir in unsere Bestandsanlagen“, erläutert Stefan Kühn, Leiter Vertrieb und Fahrplan der DB Netz AG für den Freistaat Bayern. „Damit sorgen wir im Sinne unseres Unternehmensprogramms Zukunft Bahn für mehr Qualität und Kapazität.“

Im laufenden Jahr wird das bayerische Bestandnetz mit Investitionen von rund 680 Millionen Euro weiter auf Vordermann gebracht. Hinzu kommen ca. 340 Millionen Euro (inklusive Mittel von Bund, Land und Kommunen) für die Modernisierung der Bahnhöfe. Daneben stehen wichtige Neu- und Ausbauprojekte für ein Plus an Kapazität auf der Agenda, darunter die zweite S-Bahn-Stammstrecke München. Bundesweit fließen in die Großprojekte im Jahr 2018 rund 2,6 Milliarden Euro.

100 Baukorridore

Um die Auswirkungen dieses weiterhin sehr umfangreichen Baugeschehens für die Reisenden so gering wie möglich zu halten, werden die Maßnahmen in Baukorridoren mit überregionalen bzw. bundesweiten Auswirkungen noch stärker gebündelt. 2018 wird in ganz Deutschland an über 100 Baukorridoren gearbeitet. „Hier ist unser Anspruch, die Kunden über verschiedene Kanäle frühzeitig darüber zu informieren“, so Kühn.

Insgesamt stehen im Freistaat Bayern im laufenden Jahr die Erneuerung von rund 300 Kilometer Gleisen, 300 Weichen sowie 74 Brücken an. An rund 100 Bahnhöfen wird es im laufenden Jahr Modernisierungen geben, darunter die Hauptbahnhöfe in München, Würzburg, Schweinfurt und Straubing.

„Das größte Infrastruktur-Modernisierungsprogramm der Bahngeschichte liegt gut im Plan und wir sehen erste Erfolge“, betont Kühn. Die Infrastrukturmängel im Schienennetz konnten beispielsweise bundesweit seit 2015 um fast die Hälfte reduziert werden.

Mit der Umstellung auf elektronische Stellwerkstechnik und vorausschauende Instandhaltung

treibt die DB auch die Digitalisierung der Eisenbahninfrastruktur weiter voran. Bis Ende 2017 wurden bundesweit über 15.700 Weichen an das Weichendiagnosesystem DIANA angeschlossen – davon über 2.100 in Bayern. Bis 2020 sollen es 30.000 in ganz Deutschland sein. Antriebsbedingte Störungen an Weichen können damit perspektivisch um bis zu 50 Prozent reduziert werden. Alle Aufzüge und Fahrtreppen in den bayerischen Bahnhöfen werden mit dem Diagnosesystem ADAM überwacht. Ausfälle sind so in Echtzeit erkennbar und schnellstmöglich zu beseitigen. 2017 lag die Verfügbarkeit der Aufzüge und Fahrtreppen bundesweit bei 97,1 Prozent.

Modernisierte Bahnhöfe

Im vergangenen Jahr realisierte die Bahn in der bayerischen Schieneninfrastruktur die Erneuerung von knapp 250 Kilometer Gleisen sowie etwa 260 Weichen. Auch der Blick auf die Bahnhöfe zeigt eine positive Bilanz: Hier konnten 2017 zum Beispiel die Bahnhöfe Weilheim (Obb), Traunstein und Stockdorf modernisiert werden.

Rund um das Thema Bauen hat die Bahn auch beim Personal kräftig investiert. Allein bei der DB Netz AG arbeiten im Freistaat Bayern über 2.600 Mitarbeiter im Berufsfeld Bau. Dazu gehören etwa Ingenieure, Projektmanager, Planer und Bauüberwacher ebenso wie Elektroniker für Betriebstechnik, Gleisbauer, Mechatroniker und Elektroanlagenmonteure. Im laufenden Jahr sollen bei der DB Netz in Bayern rund 300 Mitarbeiter in diesen Berufsgruppen eingestellt werden.

Wichtige Baustellen in Bayern 2018

Sommer-Sperrpause Freising-Feldmoching: Vom 28. Juli bis 10. September wird zwischen Freising und Feldmoching ein ganzes Bündel von Baumaßnahmen umgesetzt. Neben der Erneuerung von mehr als 32 Kilometer Streckenlänge und zahlreichen Weichen, dem barrierefreien Ausbau von zwei Bahnhöfen, geht es auch um den Anschluss der Neufahrner Kurve an das Schienennetz. Damit wird eine umsteigefreie, schnelle

Verbindung aus Niederbayern an den Münchner Flughafen möglich. Die Alternative zu einer Vollsperrung würde rund zwei Jahre dauernde Bauarbeiten bedeuten, mit zahlreichen Verspätungen. Reisende kommen sowohl mit S-Bahn und Bussen weiter ans Ziel. Der Münchner Flughafen ist tagsüber im 10-Minuten-Takt an die Innenstadt angeschlossen.



V. l.: AGFK-Vorstand Landrat Michael Busch, Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann, MdL, AGFK-Vorsitzender Landrat Matthias Dießl.

Radverkehrsprogramm Bayern:

Kommunen fordern konkrete Umsetzungsschritte vom Land

Im Rahmen eines Fachgesprächs zur Radverkehrsförderung mit Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann auf der Messe f.re.e. in München diskutierten Landräte, Bürgermeister und Mitglieder aus kommunalen Verwaltungen über die Umsetzung des Radverkehrsprogramm Bayern 2025.

Um das von Freistaat selbst gesetzte Ziel zu erreichen, den Radverkehr bis 2025 auf 20% zu erhöhen, sind aus kommunaler Sicht aber weitergehende und detaillierter ausgearbeitete Maßnahmen nötig, als im Radverkehrsprogramm formuliert wurden. In den 15 aufgestellten Forderungen der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. wird deutlich, dass ein verstärkter Ausbau der Radinfrastruktur erfolgen muss, der Radverkehr in den staatlichen Institutionen eine größere Rolle spielen muss und Anreize für die Radfahrer geschaffen werden müssen.

Aus Sicht der 61 bayerischen Kommunen, die Mitglied in der AGFK Bayern sind und die über 5,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger vertreten, muss der Radverkehr in Bayern stärker als bisher gefördert werden. Der AGFK-Vorsitzende Landrat Matthias Dießl signalisierte Minister Herrmann im Fachgespräch, dass die Forderungen

Instandsetzung Raum Rosenheim

Von Februar bis November 2018 investiert die Bahn rund 23 Millionen Euro in die rund 360 Kilometer langen Strecken zwischen München – Salzburg und Rosenheim – Kiefersfelden.

So müssen zwischen Ostermünchen und Rosenheim sowie zwischen Oberaudorf und Kiefersfelden die zum Großteil aus den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts stammenden Oberleitungen komplett ersetzt werden. Auch zwischen Teisendorf und Freilassing haben Schiene und Schwellen ihre Haltbarkeitsgrenze erreicht und werden ausgetauscht. Außerdem

sind Arbeiten an drei Brücken zwischen Rosenheim und Kiefersfelden und vier Brücken zwischen Rosenheim und Freilassing notwendig.

Bezüglich der Bauplanung wurde alles getan, um die Einschränkungen für die Reisenden so gering wie möglich zu halten. Dennoch wird es durch eingleisigen Betrieb und vereinzelte Totalsperrungen zu Abweichungen und Einschränkungen im Fahrplan und kurzzeitigem Schienenersatzverkehr kommen.

Elektrifizierung Allgäu

„Es geht los“, heißt es zwischen München, Memmingen und Lindau. Am 23. März starten die Arbeiten zur Elektrifizierung der 155 Kilometer langen Strecke. Sie wird 2018 die kilometermäßig und auch zeitlich längste Baustelle Bayerns sein. Bis Ende der Sommerferien muss die eingleisige Strecke in dem langen Bereich zwischen Buchloe und Leutkirch (ein kurzes Stück zwischen Mindelheim und Memmingen bis 15.10.) durchgehend gesperrt werden, damit im

Dezember 2020 schnellere, leisere und umweltfreundlichere Züge im Allgäu und bis nach Zürich fahren können.

Bauen auf der S-Bahn Stammstrecke München

Nirgendwo in Europa gibt es mehr Verkehr auf zwei Gleisen: Mit rund 1000 Zügen am Tag verzeichnet die S-Bahn-Stammstrecke München das höchste Verkehrsaufkommen. Um die Infrastruktur zuverlässiger zu machen, wurden an zwei Wochenenden im Jahr sogenannte „Instandhaltungskorridore“ mit Totalsperrung eingeführt. Diese sind im Mai und im Oktober. Für den Bau des städtischen Arnulfstegs, der zweiten Stammstrecke sowie neuen Weichen müssen 2018 an weiteren drei Herbstwochenenden Teilsperren der Stammstrecke eingerichtet werden. Die S-Bahn München bietet jeweils einen leistungsfähigen Schienenersatzverkehr mit Bussen an. Außerdem kann von Pasing nach München Hbf der Regionalverkehr genutzt werden. □

Ökostrom für Tram und U-Bahn

Die Straßenbahnen und U-Bahnen der MVG fahren ab sofort mit Ökostrom. Die Energie für die Schienenverkehrsmittel der MVG – rund 300 Gigawattstunden pro Jahr – wird von den Stadtwerken München bereitgestellt. Der grüne Strom kommt überwiegend aus eigenen Wasserkraftwerken der SWM. Der Rest stammt aus deutscher Wasserkraft. Damit fahren die U- und Trambahnen im Netz der MVG – wie bisher schon die Elektrobusse – zu 100 Prozent CO2-frei.

SWM als Vorreiter

Ingo Wortmann, SWM Geschäftsführer Mobilität und MVG-Chef: „Die SWM erzeugen schon seit 2015 mehr Ökostrom, als alle Münchner Haushalte und die elektrischen Verkehrsmittel der MVG insgesamt benötigen. Die SWM

sind damit Vorreiter beim Ausbau erneuerbarer Energien. Um diesem Anspruch noch stärker Ausdruck zu verleihen und die Rolle des ÖPNV als Klimaschützer zu unterstreichen, fahren jetzt alle unsere elektrischen Verkehrsmittel mit Strom aus Wasserkraft. Wir setzen damit – neben unserem Engagement beim Ausbau der E-Mobilität – ein weiteres Zeichen für umweltfreundlichen Verkehr in München. Das tut München gut!“

Aktuell verfügen die SWM über eine Ökostrom-Erzeugungskapazität von rund 3,9 Milliarden Kilowattstunden. Das entspricht schon mehr als 50 Prozent des Münchner Stromverbrauchs. Ziel ist es, bis 2025 so viel Ökostrom zu erzeugen, wie ganz München verbraucht. München wird damit weltweit die erste Millionenstadt, die dieses Ziel erreicht. □

Fahrradtickets, die Erleichterung der Anordnung von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen, die Erhöhung des bayerischen Höchstsatzes für Parkgebühren und das Aufstellen von deutlich mehr Fahrradständern der Polizei.

Joachim Herrmann unterstrich, dass der Radverkehr als Boomsektor auch weiterhin gefördert werden soll, nicht zuletzt auch aus Luftreinhaltegründen. Um die Ziele zu erreichen und das Radverkehrsprogramm Bayern mit Leben zu füllen, sei der Input aus Vereinen und Verbänden ein wichtiger Bestandteil. Die Wertschätzung der Arbeit der AGFK Bayern zeigt sich auch in der kontinuierlichen Förderung der Vereinsarbeit durch das Ministerium, die Mi-

nister Herrmann im Rahmen des Fachgesprächs auch für dieses Jahr wieder zusagte.

Minister Herrmann nutzte das Gespräch, um die Kommunen zu motivieren, insbesondere bei Radschnellwegen in die Detailplanungen einzusteigen - der Freistaat habe im Moment die Mittel, um straßenbegleitende Radschnellwege zu bauen. Im Bundesfernstraßenhaushalt stehen in diesem Jahr 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung; davon die verhältnismäßig geringen Mittel für Radschnellwege umzuwidmen, stellen für den Minister kein Hindernis dar. Hier sei die enge Verzahnung der Arbeit von Kommunen und Land nötig, um schnell neue Trassen zu planen. □

rku.it.

GUTE NACHBARN

„Mit Weitblick regional agieren. So setzen wir uns und unsere Produkte für die Menschen in und um Tübingen ein. Mit rku.it haben wir dabei einen Kooperationspartner, der uns trotz 471 km Entfernung mit viel IT-Know-how, Beratung auf Augenhöhe und Best-Practice-Erfahrungen immer zur Seite steht. Eben eine ganz besondere Form von Nachbarschaft.“

Dr. Achim Kötzel, Geschäftsführer der Stadtwerke Tübingen GmbH

www.rku-it.de

Treffen der Initiative Airport-Bahn Südostbayern:

Für eine bessere Anbindung an den Flughafen München

Die Initiative Airport-Bahn Südostbayern als notwendige Komponente für die Zukunft unserer Region – der Region 18 und des niederbayerischen Raumes, aber auch für die Metropole München – dies war die Kernaussage eines Zusammentreffens aller wichtiger Akteure innerhalb eines Termins zur Initiative Airport-Bahn Südostbayern am Münchner Flughafen.

„Die sogenannte Ausbaustrecke (ABS) 38 sowie der Anschluss an den Flughafen München über die Walpertskirchner Spange und den Erdinger Ringschluss ist äußerst wichtig und ausschlaggebend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die Bevölkerung in ganz Ober- und Niederbayern, ja, für ganz Bayern“, resümierte Landrat Georg Huber, Sprecher der Initiative. Schließlich sei wo Lebensqualität und Wohlstand stehe eine wichtige Prämisse eine florierende Wirtschaft – die wiederum nur durch eine gute Infrastruktur möglich ist. „Die gesamte Region ist sich einig, das Thema zu unterstützen“, so Huber.

Klare Botschaften

Die konkreten Forderungen der Initiative Airport-Bahn, eine gemeinsame Aktion der Landkreise Mühldorf a. Inn, Altötting, Berchtesgadener Land, Ebersberg, Erding, Rottal-Inn, Traunstein und der Flughafen München GmbH, sind eindeutig und wurden mit größtem Nachdruck deutlich dargestellt:

- Durchgängiger zweigleisiger Ausbau sowie die Elektrifizierung der Bahnstrecke Markt Schwaben – Amfping – Tüßling – Freilassing – Salzburg
- Durchgängige Elektrifizierung der Bahnstrecke Tüßling – Burg hausen
- Direkte Bahnanbindung an den Flughafen über die Walpertskirchner Spange und den Erdinger Ringschluss
- Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke zwischen München-Ost und Markt Schwaben inklusive Abschwengung der S-Bahn-Gleise zur Messe München.

Unterstützung bekommt die

Flughafen München:

Dynamisches Wachstum

Mit „ausgezeichneten Verkehrsergebnissen - gerade angesichts der aktuellen Turbulenzen in der Airlinebranche“ wartet laut Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, der Airport im Erdinger Moos auf. Die dynamische Wachstumsentwicklung habe sich im Jahr 2017 mit neuen Verkehrsrekorden fortgesetzt.

So stiegen die Fluggastzahlen um 2,3 Millionen auf den neuen Höchstwert von 44,6 Millionen. Dies ist ein Plus von 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch bei den Starts und Landungen verzeichnet der Flughafen einen deutlichen Anstieg von mehr als 10.000 auf knapp 405.000 Flugbewegungen. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,6 Prozent. Und auch die Luftfracht vermeldet ein weiteres Rekordergebnis: Hier wurden 2017 insgesamt rund 379.000 Tonnen umgeschlagen – sieben Prozent mehr als im vergangenen Betriebsjahr.

Führend in Europa

Kerkloh zufolge machen die massiven Zuwächse einmal mehr die enorme Bedeutung des Münchner Airports als einer der führenden europäischen Luftverkehrsdrehkreise deutlich.

Wie in den Vorjahren basiert das Passagierwachstum in München vor allem auf überproportionalen Steigerungen im internationalen Verkehr: Mit rund 7,3 Millionen Fluggästen und einem Plus von sieben Prozent wurde der prozentual höchste Zuwachs im Interkontinentalverkehr er-

reichte. Hier waren insbesondere die Verbindungen zwischen München und Destinationen in den USA gefragt. Größtes Verkehrsegment bleibt weiterhin der Kontinentalverkehr mit einem Fluggastaufkommen von mittlerweile 27,4 Millionen. Gegenüber 2016 entspricht dies einem Plus von 6,5 Prozent.

Der innerdeutsche Verkehr legte um mehr als zwei Prozent auf über 9,8 Millionen Passagiere zu. Mit einer abermals gestiegenen Sitzplatzauslastung von 76,5 Prozent erreichte der Flughafen München erneut einen Spitzenwert.

Bahn weiter ausbauen

„Die Veranstaltung ist eine Bekräftigung, dass der ostbayerische und südostbayerische Raum zusammenstehen! Wir fordern aus diesem Zusammenhang heraus eindringlich die Anbindung an den Flughafen, um Menschen und Wirtschaft und damit den gesamten ländlichen Raum im absolut notwendigen Maß an die Region München anzubinden.“ Nur der durchgängige Ausbau der A94 könne die Herausforderungen der Anbindung lösen: „Für unsere Pendler aber auch für unsere Unternehmen brauchen wir unbedingt einen durchgängigen zweigleisigen und elektrifizierten Bahnausbau.“ Bereits heutzutage stehen laut Huber jeden Tag etliche Menschen im Stau auf der Stra-

Ausbau des Streckennetzes

Erneut ausgebaut werden konnte das weltweite Streckennetz ab München: Mit 266 Destinationen – neun mehr als 2016 – stand Fluggästen im vergangenen Jahr das bisher umfangreichste Angebot an Flugzielen zur Verfügung, das jemals an Bayerns internationaler Luftverkehrsdrehkreise registriert wurde. Die Anzahl der in München regelmäßig verkehrenden Luftverkehrsgesellschaften wuchs um zwei weitere Airlines auf nunmehr insgesamt 102. DK

ße. „Es ist unsere Forderung an den bayerischen Staat und an den Bund, uns stärker zu unterstützen, damit die Bahn unverzüglich weiter ausgebaut wird.“

Auch der Flughafen München hat ein reges Interesse daran, die Forderungen der Initiative umzusetzen: „Wir hatten 2017 wieder ein sehr erfolgreiches Jahr mit steigenden Fluggastzahlen“, so Dr. Michael Kerkloh. Etwa 44,5 Mio. Passagiere seien es letztes Jahr gewesen, des Weiteren rund 35.000 Arbeitnehmer. Je mehr Passagiere es gebe, desto mehr würden Arbeitnehmer gesucht: „Wenn wir 1 Mio. weitere Passagiere bekommen, benötigen wir etwa 700-1.000 Arbeitnehmer mehr, die natürlich auch ihre Arbeit jeden Morgen schnell und unkompliziert erreichen müssen“, so Dr. Kerkloh. Der Airport sei der „Beschäftigungsmotor in der Region“. Ein weiterer Grund für die Förderung des Ausbaus der ABS 38 und den Flughafenanschluss sieht Dr. Kerkloh in der Verbesserung der Klimabilanz des Flughafens, dessen Ziel es sei, bis 2030 klimaneutral zu werden.

Feinstaubbelastung verringern

Auch Unternehmen sehen großen Handlungsbedarf für einen zügigen Ausbau der ABS 38: laut IHK Studie 2017 könne dadurch die hervorragende Wirtschaftsentwicklung unterstützt werden, die Wirtschaft und der Wissenschaftsraum sich weiterentwickeln und vom Wachstum profitieren. Auch Pendler könnten dadurch verstärkt das südostbayerische Einzugsgebiet als Ausgangsbasis wahrnehmen, was wiederum den allgemeinen Zugang in die ländlichen Regionen ankurbelt. Hinzu käme eine bessere Anbindungsmöglichkeit an die Messe München. Nicht zu vergessen auch der Umweltfaktor: Die Feinstaubbelastung würde durch die Elektrifizierung verringert werden.

Besonders kritisierten die Teilnehmer die langjährige Verzögerung des Ausbaus der ABS 38: über 100 Jahre stehe der Ausbau nun bereits im Raum – ohne Umsetzung. Bereits seit über 20 Jahren werde der Bau des Ringschlusses und der Walpertskirchner Spange nur diskutiert. Dabei sei besonders der Ausbau gerade auch für das Bayerische Chemiedreieck unverzichtbar und lebensnotwendig. Schließlich mache das Chemiedreieck rund 10 Mrd. Euro Umsatz und lieferte 2017 insgesamt 3,9 Mio. Tonnen Güter auf Schiene. Ein leistungsfähiger Ostkorridor sei sehr wichtig für das Chemiedreieck, auch weil der Export weltweit gehe.

Unverständliche Entscheidung

„Geradezu fassungslos macht daher, dass die durchgehende Zweigleisigkeit des Abschnitts Tüßling-Freilassing derzeit nicht im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ist. Das ist für uns absolut unverständlich und keinesfalls nachvollziehbar“, so Landrat Georg Huber. Die Initiative Airport-Bahn ist Mitglied in der „Magistrale für Europa“, ein EU-Projekt für die Schaffung einer Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsachse zwischen Paris und Budapest/Bratislava, die ABS 38 ist davon ein wichtiger Teil.

Um die Forderungen weiterhin forciert zu verfolgen, ist jedes Jahr mindestens eine öffentliche Veranstaltung geplant, um das Thema in Politik und Bevölkerung intensiv wachzuhalten. □



Von links: Robert Niedergesäß, Georg Huber, Dr. Michael Kerkloh, Stephan Sellmaier, Georg Häckl und Klaus-Peter Zellmer.

Weniger Verkehrstote und Verletzte auf Bayerns Straßen

Verkehrsminister Herrmann präsentiert Unfallstatistik 2017

Die Zahl der Verkehrstoten in Bayern ist im vergangenen Jahr auf 608 zurückgegangen. Das sind acht Tote weniger als 2016 (616) und bedeutet den niedrigsten Stand seit Beginn der Unfallaufzeichnungen vor mehr als 60 Jahren. Dies ist die wichtigste Botschaft, die Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann anlässlich der Vorstellung der Verkehrsunfallstatistik 2017 übermittelte. Er sei damit jedoch noch nicht zufrieden. Der Minister bekräftigte erneut sein Ziel, die Zahl der Unfalltoten im Straßenverkehr bis 2020 auf jährlich unter 550 zu senken.

Herrmann zufolge ist auch die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle in Bayern im letzten Jahr mit 548 auf einen absoluten Tiefstand gesunken. Bei den Verletzten habe es einen Rückgang auf 69.659 gegeben, 2.104 weniger als im Vorjahr. Hingegen seien die Verkehrsunfälle auf 404.951 angestiegen, 1,7% mehr als 2016 (398.100). Gleichzeitig sei in Bayern aber auch die Einwohnerzahl sowie die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge gestiegen.

Die meisten Verkehrsunfälle mit Todesfolge ereigneten sich wieder auf Landstraßen. Dort sind in 2017 367 Menschen ums Leben gekommen (2016: 394). Vor allem bei Unfällen auf Autobahnen und Landstraßen werden immer häufiger schwere Lastwagen als Verursacher registriert. Dabei habe sich die Zahl der Verkehrstoten um 33% auf 157 erhöht, gab der Minister

Donautal-Aktiv e.V. und Kommunale Allianzen Spessart:

Sieger des „Goldenen Pedals“

Die Erstplatzierten des „Goldenen Pedals 2018“ stehen fest: Donautal-Aktiv e.V. heißt der Gewinner in der Kategorie „Gesamtkonzept“. Mit dem Projekt „Qualitätsmanagement Radwegenetz Schwäbisches Donautal“ habe der Regionalentwicklungsverein eine faszinierende thematische Aufbereitung zum Erfahren der Region geschaffen, so das Urteil der Jury. Damit biete das Radwegenetz „ein bisschen mehr als die Anderen“ und beziehe Gäste und Einwohner gleichermaßen ein.

Die Kommunalen Allianzen Spessart e.V., Südspessart, Kahlgrund-Spessart und Westspessart sind die Preisträger in der Kategorie „Service“. Mit ihrem Kooperationsprojekt „Wald erfahren“ haben die Akteure in einer für konventionelle Räder wenig geeigneten hügeligen Region ein hoch attraktives Angebot für E-Bikes geschaffen. Die rasche Umsetzung von 52 E-Bike-Ladestationen in kürzester Zeit sei sehr innovativ und habe Zukunft, würdigte die Jury weiter.

Martina Kiderle, stellvertretende Landesvorsitzende des ADFC Bayern und Tourismusbeauftragte: „Bayern ist laut Radreiseanalyse des ADFC die beliebteste Radreiseregion 2017. Mit dem „Goldenen Pedal“ möchten wir diejenigen Akteure im Radtourismus auszeichnen, die mit innovativen und kreativen Serviceangeboten zur Spitzenposition des Freistaates beigetragen haben. Um den ersten Platz unter den Radreiseregionen zu halten, ist auch weiterhin Innovation gefragt.“

Lothar Kempfle, Geschäftsführer von Donautal-Aktiv e.V.: „Unsere über ein Jahrzehnt geleistete konsequente Entwicklungsarbeit wurde belohnt. Wir freuen uns riesig. Nun hoffen wir, der Preis macht viele neue Radfans

bekannt. Dies liege u.a. an der stetigen Zunahme des LKW-Verkehrs. Hier sind Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten dringend notwendig. Einem generellen Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen erteilte Herrmann jedoch eine Absage.

Jeder fünfte Verkehrstote ist ein Motorradfahrer

Geringfügig erhöht von 68 auf 70 (+ 2,9%) hat sich auch die Zahl der tödlichen Fahrradunfälle im Straßenverkehr. Leichte Rückgänge gibt es hingegen bei der Anzahl getöteter Fußgänger (-8,8%) und Motorradfahrer (-7,5%). Dennoch ist jeder fünfte Verkehrstote ein Motorradfahrer. Gerade diese Tatsache mache deutlich, dass die Maßnahmen zur Motorradsicherheit entscheidend verstärkt werden müssen, betonte Herrmann.

Donautal-Aktiv e.V. und Kommunale Allianzen Spessart:

Sieger des „Goldenen Pedals“

Die Erstplatzierten des „Goldenen Pedals 2018“ stehen fest: Donautal-Aktiv e.V. heißt der Gewinner in der Kategorie „Gesamtkonzept“. Mit dem Projekt „Qualitätsmanagement Radwegenetz Schwäbisches Donautal“ habe der Regionalentwicklungsverein eine faszinierende thematische Aufbereitung zum Erfahren der Region geschaffen, so das Urteil der Jury. Damit biete das Radwegenetz „ein bisschen mehr als die Anderen“ und beziehe Gäste und Einwohner gleichermaßen ein.

Die Kommunalen Allianzen Spessart e.V., Südspessart, Kahlgrund-Spessart und Westspessart sind die Preisträger in der Kategorie „Service“. Mit ihrem Kooperationsprojekt „Wald erfahren“ haben die Akteure in einer für konventionelle Räder wenig geeigneten hügeligen Region ein hoch attraktives Angebot für E-Bikes geschaffen. Die rasche Umsetzung von 52 E-Bike-Ladestationen in kürzester Zeit sei sehr innovativ und habe Zukunft, würdigte die Jury weiter.

Innovative Projektidee

Lena Rosenberger, Managerin der Kommunalen Allianz Spessartkraft: „Wir freuen uns riesig über die Entscheidung der Jury! Vor allem darüber, dass unsere Projektidee auch außerhalb des Spessarts gut ankommt. Ich glaube, dass die Auszeichnung eine tolle Chance ist, ein breites Publikum zu erreichen und noch mehr E-Biker und E-Bikerinnen für unsere Region zu begeistern.“ Die Trophäen samt Urkunden wurden den Gewinnern von Martina Kiderle und der Landesgeschäftsführerin Petra Husemann-Roew auf der BR-Showbühne überreicht.

„Das Goldenen Pedal 2018“ ist der erste Radtourismus-Award Bayerns. Der Preis zeichnet die innovativsten und kreativsten Serviceangebote, Netzwerkmodelle, Marketingaktivitäten, Mobilitätsangebote, Veranstaltungen, Produkte oder Dienstleistungen im Radtourismus in Bayern aus. □

Das Thema Motorradsicherheit soll in diesem Jahr in den Mittelpunkt der Verkehrssicherheitsarbeit und zahlreicher weiterer Maßnahmen rücken: So werden sich z.B. der achte Bayerische Landtag der Verkehrssicherheit im Juni in Kaufbeuren sowie die siebte Verkehrssicherheitskonferenz Mitte September bei BMW in München mit diesem Thema beschäftigen.

Wichtigste Unfallursache bei tödlichen Verkehrsunfällen war einmal mehr überhöhte oder nicht angepasste Geschwindigkeit. Rund ein Drittel (183) gehe auf das Konto von Rasern. Die Zahl der dabei getöteten Menschen ist um 5,1% auf 226 angestiegen. Im Zusammenhang mit Geschwindigkeitsverstößen hat die Bayerische Polizei im vergangenen Jahr 324.269 Anzeigen erstattet und 904.504 Verwarnungen erteilt. Außerdem seien vom Polizeiverwaltungsamt 35.763 Fahrverbote verhängt worden, erläuterte der Minister.

Blitzmarathon im April

Angesichts dieser Zahlen werden auch in diesem Jahr intensive Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Unter anderem soll es im April wieder einen sogenannten Blitzmarathon geben, der sich inzwischen als wirksames Mittel gegen Raser bewährt hat. Bei der Ahndung von Geschwindigkeitsverstößen sind höhere Geldstrafen jedoch keine Pauschallösung. Die wirksamsten Strafen stellen Fahrverbote oder der Entzug des Führerscheins dar.

Wie Herrmann weiter ausführte, war auch ungenügender Sicherheitsabstand eine häufige Ursache für schwere bzw. tödliche Unfälle, vor allem auf Autobahnen. Dabei ist die Zahl der Todesfälle von 44 auf 70 angestiegen. Rund 60% mehr als im Vorjahr. Bei 4.821 (2016: 4715) Alkoholunfällen kamen 59 (2016: 58) Menschen ums Leben. Überhaupt kein Verständnis zeigte der Minister für Gurtmuffel: Jeder fünfte tödlich verunglückte Autoinsasse war nicht angeschnallt.

„Bayern mobil – sicher ans Ziel“

Auch das Abkommen von der Fahrbahn spielt eine wesentliche Rolle bei tödlichen Verkehrsunfällen. Dabei sind im letzten Jahr 194 (2016: 191) Menschen getötet worden. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von Fahrfehlern über die Ablenkung durch Mobilfunk bis hin zu Müdigkeitsunfällen. Vor diesem Hintergrund werde der Freistaat heuer die Verkehrssicherheitskampagnen insbesondere auf Gurtmuffel, alkoholisierte Verkehrsteilnehmer und die Einhaltung der Ruhezeiten von LKW-Fahrern konzentrieren.

Abschließend verwies der Verkehrsminister nochmals auf das staatliche Verkehrssicherheitsprogramm 2020 „Bayern mobil – sicher ans Ziel“, mit dem vor allem die Zahl der Unfalltoten weiter gesenkt werden soll. **rm**



Lintrac 90 mit Kahlbacher Schneefräse

©Lindner Traktoren

LDrive-Roadshow

Stufenloser Auftakt auf mehr als 2.000 Meter Seehöhe

Die Timmelsjoch Hochalpenstraße am Heliport von Heli Tirol in Hochgurgl war kürzlich Schauplatz der LDrive-Roadshow des Tiroler Familienunternehmens Lindner. Rund 120 Einsatzprofis aus Tirol, Südtirol und Bayern nutzten die Gelegenheit, um sich bei besten äußeren Bedingungen von der einfachen Bedienung des stufenlosen Lintrac 90 und des stufenlosen Unitrac 112LDrive zu überzeugen. „Die beiden Lintrac-Modelle waren mit Schneefräse und Spitzpflug ausgestattet, der Unitrac 112 LDrive mit Salzstreuer und Schneeschild. Die Einsatz-Bedingungen am Veranstaltungszentrum Crosspoint Hochgurgl waren perfekt“, erklärt Marketingleiter David Lindner.

Der Unitrac 112 LDrive ist der erste Lindner-Transporter mit Stufenlostechnologie und besonders einfacher LDrive-Bedienung. Dank des Drehreglers wird jeder Fahrer zum Vollprofil – Motor starten, Fahrtrichtung wählen, Gas geben und lenken. Der Motor erfüllt die Kriterien von EURO 6c. Die Nutzlast des

Transporters beträgt sechs Tonnen. Das TraLink-System beinhaltet ein digitales Fahrtenbuch und erkennt Anbaugeräte automatisch. Außerdem erinnert TraLink an wichtige Prüfungen oder Servicearbeiten wie einen Ölwechsel. Ein weiterer Pluspunkt ist die geringe Lautstärke in der Fahrerkabine – diese erreicht maximal 74 dB.

Besichtigung während des Kommunalforums Alpenraum in Kundl

Nächste Station der LDrive-Roadshow ist die Lindner-Werksausstellung von 16. bis 19. März 2018 beim Innovationszentrum in Kundl. Dort findet am 15. März auch das Kommunalforum Alpenraum statt. Für dessen Besucher besteht selbstverständlich Gelegenheit, die hochinnovativen Kommunalgeräte zu besichtigen.

Einfache LDrive-Bedienung

Der stufenlose Lintrac punktet mit der Hochleistungs-Arbeitshydraulik von Bosch und einfacher LDrive-Bedienung. Die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein – ein Vorteil in engen Gassen. Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen ihn zum variablen Geräteträger. Dank der großteils mechanischen Kraftübertragung mit geringem hydrostatischen Anteil ist der Wirkungsgrad des Getriebes besonders hoch. Im Sommer 2018 startet die Serienproduktion des neuen Lintrac 110. □



Lindner eröffnete neuen Frankreich-Standort

Das Tiroler Familienunternehmen Lindner baut seine Aktivitäten in den französischsprachigen Märkten aus. Kürzlich erfolgte die Eröffnung des neuen Frankreich-Standortes. Das Investitionsvolumen für das Kompetenzzentrum in Blotzheim betrug zwei Millionen Euro. „Vom strategisch sehr gut gelegenen Blotzheim aus wollen wir die Kunden im französischsprachigen Raum, im Südwesten Deutschlands und im Westen der Schweiz noch besser betreuen“, erklärt David Lindner, Geschäftsführer von Lindner Frankreich.

Stufenlose Traktoren und Transporter gefragt

Lindner ist seit 1997 in Frankreich aktiv und hat dort bis heute weit über 1.000 Fahrzeuge verkauft. „Mit dem neuen Standort wollen wir bis 2022 jährlich mehr als 200 Traktoren und Transporter absetzen.“ Das Interesse am stufenlosen Lintrac steigt kontinuierlich. „Die Kunden wollen mehr Technik und setzen vermehrt auf Stufenlostechnologie“, sagt David Lindner.

70 Jahre Lindner – vom S14 zum stufenlosen Lintrac

Vor exakt 70 Jahren produzierte Lindner mit dem S14 den ersten Traktor der Firmengeschichte. Heute werden im Kundler Werk jährlich 1.300 Geotrac-, Unitrac- und Lintrac-Modelle hergestellt. Die Traktoren und Transporter kommen in der Berg- und Grünlandwirtschaft, in der Kulturlandwirtschaft und im Kommunalbereich zum Einsatz. □

©Lindner Traktoren

Ausstellungskonzept zur Gartenschau 2019 in Wassertrüdingen:

Gartenschau der Heimatschätze

Großes Interesse bei Bürgerinformationsveranstaltung

Rund 80 Gäste fanden sich im Bürgersaal von Wassertrüdingen ein, um sich über die geplante Durchführung und das Ausstellungskonzept zur Gartenschau 2019 zu informieren. Nach einer kurzen Begrüßung durch Bürgermeisterin Monika Breit, die die Gäste sehr herzlich einlud, die Gartenschau vom 24. Mai bis 8. September 2019 zu besuchen, erläuterte die Geschäftsführung der Gartenschau Natur in Wassertrüdingen 2019 GmbH den momentanen Stand der Baumaßnahmen.

Auf beiden Geländeteilen, „Wörnitzpark“ und „Klingenweiherpark“, sind schon Fortschritte und Veränderungen erkennbar. Die noch bevorstehenden Arbeiten sind jedoch an einen engen Zeitplan gebunden. Neben der Geschäftsführung war das gesamte Team der Gesellschaft anwesend. Als „Gartenschau der Heimatschätze“ wird sich das nächstjährige Veranstaltungshighlight präsentieren. Der dazugehörige Slogan „Vom Glück einen Schatz zu finden“ betitelt Schätze als Synonym für Nachhaltigkeit und Werte – wichtige Begrifflichkeiten, die im Rahmen der Konzepterarbeitung immer wieder fielen.

Ausstellungskonzept

Die Erläuterungen zum Ausstellungskonzept, das sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche ziehen wird, wurden anhand der geplanten Wegführung, die den Gast im kommenden Jahr erwartet, präsentiert. So geht es vom Parkplatz an der Kläranlage beginnend, über den Wörnitzpark im Süden der Stadt, hinauf über den Enten-

graben, am Sonnenuhrenpark in Richtung Marktstraße, von dort durch das Törl und in den Norden, am Friedhof vorbei bis hin zum Klingenweiherpark.

Landkreisübergreifende Zusammenarbeit

Außerdem erläuterten Peter Hartmann von der Firma „Hartmann – Garten- und Landschaftsbau“ aus Gunzenhausen, Stefanie Groß, Regionalmanagerin des Landkreises Ansbach, die gleichzeitig in Vertretung für die Landkreise Weißenburg-Gunzenhausen und Donau-Ries anwesend war, Dekan Herrmann Rummel, evangelische Kirche Wassertrüdingen, Friedrich Bickel, Landwirt aus Altentrüdingen, Ruth Maurer, Landwirtin aus Wassertrüdingen und Roger Rehn, Kreisfachberater des Landkreises Ansbach ihre geplanten Ausstellungsbeiträge während der 108 Tage.

Bei allen Beiträgen steht die Information über die unterschiedlichen „Heimatschätze“ der Region im Vordergrund. Die landkreisübergreifende Zusammenarbeit spielt eine wichtige Rolle und wurde mehrmals hervorgehoben. Auch das bereits zugesicherte Engagement der Schulen aus Wassertrüdingen

und die bestehenden Kooperationen und deren Beteiligungen wurden betont.

Von Anfang an in allen Planungen und Entwürfen mit inbegriffen war die Wegführung durch die Altstadt Wassertrüdingens. Die Stadt profitiert durch die Gartenschau in vielerlei Hinsicht und nimmt selbst eigene Projekte wie beispielsweise die Erweiterung und Verschönerung des Wohnmobilstellplatzes in die Hand.

Beteiligung der Bürger

Um den Gästen aus Nah und Fern einen Eindruck der stolzen Gartenschau zu vermitteln, sind die Bewohner der Innenstadt aufgerufen, sich mit blumiger Gestaltung ihrer Fensterbänke zu beteiligen. Als Vorschlag wurden rote Geranien genannt, die im Sommer schon das Rathaus und das Törl ziehen und so als weiterer roter Faden durch die Stadt erkennbar sind.

Innenstadtbelebung und Leerstandsbesetzung

Ein wichtiges Thema der Innenstadtbelebung ist sicher auch die Leerstandsbesetzung. Hier sucht die Stadt Wassertrüdingen intensiv nach Lösungen und auch die Gartenschau unterstützt das Vorhaben. Wunsch beider Seiten ist es, nachhaltige Ideen, die die Gartenschau überdauern, zu etablieren.

Von großer Bedeutung ist auch die Vereinskultur in und um Wassertrüdingen. So soll

Baumpflegetage in Augsburg

Geballte Fachinformationen für kommunale Fachleute bieten die Deutschen Baumpflegetage vom 24. bis zum 26. April 2018 in Augsburg. Die Teilnehmer des bedeutendsten europäischen Baumpflegetage-Events können aus rund 50 Vorträgen und praktischen Vorführungen ihre individuelle Fortbildung zusammenstellen.

Auch in diesem Jahr deckt das vielseitige Tagungsprogramm aktuelle Themen der kommunalen Baumpflegetage ab, zum Beispiel Haftungsfragen in der Baumkontrolle, gebiets-eigene Gehölze, Naturschutz und Seilklettertechnik.

Informationen: www.deutsche-baumpflegetage.de □

auf der Gartenschau ein vielfältiges Bühnenprogramm für Abwechslung sorgen. Abschließend wurden einige wichtige Fakten wie Öffnungszeiten und Eintrittspreise zur Gartenschau 2019 geklärt.

Im Anschluss an die Veranstaltung hatten die Besucher der Informationsveranstaltung die Gelegenheit Fragen zu stellen, was rege genutzt wurde. Engagierte und interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich jederzeit mit ihren Ideen an die Mitarbeiter der Gartenschau wenden. Alle Informationen und Details zur Bürgerinformationsveranstaltung und zur Gartenschau 2019 gibt es unter www.wassertruedingen2019.de □

Kommunalforum Alpenraum

Von der analogen zur digitalen Gemeinde.

15. März 2018, Innovationszentrum Kundl

Unternehmensfamilie: Lindner, DAKA, kufge.m

Österreichischer Gemeindebund, Südtiroler Gemeindeverband, FORUM LAND, BAYERISCHER GEMEINDETAG, BAUHOFF ONLINE.DE, Gemeindezeitung, Tiroler Tageszeitung, A1

Anmeldung unter: kommunalforum-alpenraum.eu

Erfahrungen mit dem Geräteträger Holder C 270:

Multifunktionalität als Lösung bei wachsenden Aufgabenfeldern

Die saarländische Gemeinde Freisen liegt idyllisch zwischen den Mittelgebirgen Westrich und Hunsrück, auf einer Höhe von über 500 Metern. Die Region ist bei Freizeitsportlern und Aktivurlaubern sehr beliebt, daher beinhaltet die Unterhaltung der gemeindeeigenen Straßen hier mittlerweile auch die Pflege von zahlreichen Mountainbike-Strecken, Rad- und Wanderwegen. Und auch in den Ortsteilen selbst werden die pflegerischen Aufgaben immer mehr. Die stetig steigenden Anforderungen erfüllen zu können – und das bei gleichbleibender Personalstärke –, war und ist für den gemeindlichen Bauhof eine große Herausforderung. Als hilfreiche Maßnahme hat sich die Anschaffung von multifunktionalen Geräteträgern erwiesen.

Mit dem Holder C 270 hat die Gemeinde ein Fahrzeug gefunden, das sich über das ganze Jahr hinweg vielseitig und somit hocheffizient einsetzen lässt.

Das Aufgabenspektrum wird immer größer

Der Bauhof Freisen übernimmt in der 8000-Einwohner-Gemeinde vielfältigste Aufgaben – ob die Unterhaltung der gemeindeeigenen Straßen inkl. Winterdienst, dem Mähen der Grünflächen oder verschiedenster Reparaturarbeiten. „Wir sind ein bisschen das Mädchen für alles“, sagt Bauhofleiter Albertus Klees. „Von Grünschnitt über Asphaltarbeiten, Heizungsbau, Gebäudeunterhaltung, Kanalbau, Hoch-Tiefbau – überall ist der Bauhof involviert.“ Dazu käme noch der Unterhalt bzw. die Pflege oder Instandsetzung von Anlagen wie Friedhöfen, Wanderwegen oder anderen öffentlichen Gemeindepätzen. Der Bauhof versucht, möglichst alles selbst zu machen. Lediglich der Unterhalt der Kreis- und Bundesstraßen würde an externe Firmen vergeben, denn das sei mit den eigenen Maschinen und den 14 Mitarbeitern nicht zu bewältigen.

„Insgesamt ist die Lage heute so, dass die Bürger einer Gemeinde einfach mehr Leistungen erwarten“, betont Klees. „Die Eigenleistung der Anlieger wird geringer und das Anforderungsprofil des Steuerzahlers an die Gemeinde, sprich an die Bauhöfe, wird größer. Das beginnt mit der Straßen- und Rinneinreinigung über die Unkrautjätung bis hin zur Reinhaltung der Bäche oder Schneidarbeiten. Arbeiten, die früher noch von Landwirten mitgemacht

wurden, sind heute Aufgaben des Bauhofs.“ Da für personelle Erweiterungen in der Gemeinde Freisen jedoch kein Budget vorhanden sei, müssten die Maschinen des Bauhofs umso leistungsfähiger und vielfältiger einsetzbar sein.

Kompakter multifunktionaler Geräteträger

Der Maschinenpark des Bauhofs umfasst Unimogs, Pritschfahrzeuge, einen Friedhofsbagger und zwei anbaufähige Geräteträger, alle Fahrzeuge sind unter 10 Jahre alt. Die Maschinen werden aufgabenspezifisch eingesetzt und eingekauft. Zuletzt wurde der Holder C 270 aufgenommen. An diesen können Mulcher, Heckenschere, Grabenfräse, Mäher, Besen oder Schneepflug angebaut werden. Er wird für die Unterhaltung der Gemeinde-Anlagen, der verschiedenen Wege und Straßen sowie deren Randstreifen benötigt.

„Wir können nicht für jeden Bereich ein eigenes Fahrzeug vorhalten. Dann haben wir unter Umständen 20 Fahrzeuge da stehen und haben nur 5 Fahrer. Das ist Unsinn“, so Bauhofleiter Albertus Klees. „Mit der Multifunktionalität wahren wir die Flexibilität. Wir haben ein umrüstbares Fahrzeug, und ein ausgebildeter Fahrer kann damit die verschiedensten Aufgaben erledigen.“ Dabei müssen das Gewicht, die Spurbreite, die Geländegängigkeit und Wendigkeit immer zum Einsatzfeld passen. Während der Unimog aufgrund seiner Größe vor allem auf den großen Straßen eingesetzt wird, kann das neue Fahrzeug auch in schmalen Wohnstraßen und auf Bürger-

steigen oder auf Friedhöfen sowie in der Landschaft außerhalb des Ortes zum Einsatz kommen. „Durch die Pflegebereifung kann man beispielsweise gut auf großen Wiesenflächen fahren, ohne dass man Fahrspuren hinterlässt, und durch die Steigfähigkeit und den Radlastausgleich des Fahrzeugs kann ich auch in der Hanglage mähen, ohne dass die Maschine kippt“, berichtet der Bauhof-Mitarbeiter Stefan Diebel. Wichtig sei auch die Knicklenkung, damit folge das Fahrzeug im Vergleich zu Geräten ohne Knicklenkung besser der Spur. Oder der kleine Wendekreis sowie die Geräteentlastung. „Durch Letzteres hat man eine gewisse Bodenfreiheit, das Fahrzeug liegt nicht mit dem gesamten Gewicht auf dem Boden auf, die Vibrationen im Fahrzeug lassen nach. Es fährt sich einfach besser.“

Im Sommer hauptsächlich Mäharbeiten

Innerhalb des Ortes sind in Freisen 60 km Straßen zu pflegen. Dazu kommt noch einmal ein Paket von 50 km an Wander- und Radwegen, Feldwegen, Mountainbike-Strecken und einem sogenannten Premiumweg. Dies ist eine mit dem Deutschen Wandersiegel ausgezeichnete Strecke, die sicher und gut markiert ist und besonders viel Abwechslung in Natur und Landschaft sowie Sehenswürdigkeiten am Wegesrand bietet. Die meisten Wanderwege in Freisen sind Wiesenwege und müssen im Sommer somit gemäht werden. „Wir haben einen Schlegelmäher im Einsatz, der an den Holder C 270-Geräteträger angebaut wird“, berichtet Roland Klein, Vorarbeiter des Bauhofs. „Der ist unempfindlicher als ein Sichelmäher. Da kann ruhig mal ein Stein dazwischen sein. Das wird alles kleingehäckselt – gemulcht.“ Die kleingehäckselten Teile bleiben dann auf der Fläche liegen und verrotten mit der Zeit. Die Nährstoffe werden somit wieder dem Boden zugeführt.

„Durch die geringe Größe, der Mäher ist nur 1,40 Meter breit, und die Geländegängigkeit und Wendigkeit können wir auch auf Flächen arbeiten, wo wir mit anderen Fahrzeugen gar nicht erst hinkämen“, ergänzt sein Kollege Stefan Diebel. Zudem könne man den Mäher seitlich am Fahrzeug rausschieben und so auch gleich die Bankette, also die Seitenstreifen, mitmähen.

Sicherer Arbeitsplatz im Winter

Der Multifunktions-Geräteträger wird in Freisen das ganze Jahr über für verschiedene Pflegearbeiten eingesetzt, auch für den Winterdienst. Bei Schneefall ist der Bauhof ab 5 Uhr morgens und dann den gesamten Tag im Zweischichtbetrieb tätig. Zuerst werden die Hauptverkehrsstraßen gemäß des aktuellen Räumplans geräumt und gestreut. Danach wird überall dort gekehrt und gestreut, wo Publikumsverkehr ist. An Schulen, Kindergärten, im Bereich von Anlagen wie Gärten oder Gemeindeflächen. „Mit dem Holder fahren wir vor allem die verschiedenen Gehwege ab und setzen ihn auch auf dem Friedhof ein“, so Roland Klein. Angebaut wird dann ein Spitzpflug. „Der Spitzpflug bietet mehr Flexibilität“, betont Bauhofleiter Albertus Klees. „Man kann verschiedene Wegebreiten einstellen und Hindernisse sehr gut



Das geländegängige Trägerfahrzeug ermöglicht die Pflege enger und steiler Wege.
Bild: Max Holder GmbH

umfahren. Und man kann den Schnee rechts, links oder beidseitig verteilen.“

„Flexibilität bleibt das mit Abstand Wichtigste“

Mindestens genauso wichtig wie die Flexibilität waren bei der Wahl des Geräteträgers die Punkte Beständigkeit und Fahrkomfort. „Wir brauchen ein unempfindliches Gerät, mit dem wir dauerhaft arbeiten können und das nicht ständig in der Werkstatt steht“, so Klees. Die

solide Verarbeitung des Fahrzeugs bis hin zur Gestaltung der großzügigen Kabine, die dem Fahrer mit Klimaanlage, Navigationssystem, Heizung und Telematik ganzjährig Komfort und einen sicheren Arbeitsplatz bietet, müsse überzeugen. „Im Moment sehe ich kein anderes Fahrzeug auf dem Markt, welches für unsere Aufgaben so gut geeignet ist wie der Holder C 270“, resümiert der Bauhofleiter.

Der Holder C 270 ist in Freisen seit über zwei Jahren im

Ganzjahreseinsatz. Der multifunktionale Allrounder wurde nach einem eingehenden Fahrzeug-Test, der im Rahmen einer Vorführung stattfand, in Dienst gestellt. Der Bauhof ist mit dem Systemfahrzeug sehr zufrieden. Für die zukünftige Arbeit des Bauhofs würde sich Albertus Klees höchstens noch die Bildung von spezialisierten Teams wünschen, die speziell für eine Aufgabe einer Gemeinde und bis zu deren Fertigstellung tätig sind. „Dies wird aber aufgrund der Vielfältigkeit der Aufgaben nicht möglich sein“, so der Bauhofleiter. Viele Baustellen würden begonnen, dann wieder für einige Tage unterbrochen, so ziehe sich häufig alles hin. „So bleibt die Flexibilität der arbeitsspezifischen Fahrzeuge, die wir anschaffen, das mit Abstand Wichtigste.“

Und auch sein zweiter Traum, eine Maschine im Fuhrpark, mit der wirklich alle Aufgaben erledigt werden könnten, werde sich wohl nicht erfüllen. „Wir werden keinen Unimog finden, der auf 1,25 Meter Breite reduziert werden und trotzdem 10 Tonnen laden kann. Aber das wäre der Wunsch an ein optimales Fahrzeug.“ Mit der Flexibilität des neuen Geräteträgers kämen sie aber schon einmal in die richtige Richtung. □

Teures Stromtanken in Österreich:

Renault-Kunden zahlen massiv drauf

Wien - Die Förderung der Elektromobilität in Ballungszentren spiegelt sich im Ausbau der Lade-Infrastruktur wider. Allein in Wien sollen bis Ende 2020 rund 1.000 neue E-Ladestellen errichtet werden. Bis Mitte 2018 werden in jedem Wiener Gemeindebezirk fünf Säulen gebaut. E-Auto-Fahrer sollen von einem flächendeckenden Ladenetz profitieren. Gutgläubige Besitzer der CO₂-neutralen Gefährte sollten bei den Ladesäulen jedoch aufpassen, nicht in die Kostenfalle zu tappen, wie das Beispiel des „Z.E. Pass“ von Renault und Bosch zeigt. Ein Praxistest von presstext in Wien hat ergeben: Vom „Exklusiven Preisvorteil für Renault Z.E. Fahrer“ bleibt nichts übrig. Er entpuppt sich sogar als „Sonderpreis“ zulasten von Renault-Kunden.

Wenngleich der Z.E. Pass Renault-Fahrern per App und RFID-Chipkarte Zugang zu tausenden Ladepunkten in Österreich, Deutschland, Frankreich, Belgien und der Schweiz sowie in weiteren europäischen Ländern bietet, bleiben Kunden am Ende auf horrenden Mehrkosten sitzen. Das Spezialangebot entpuppt sich als leere Versprechung und Preisnachteil. Zwar heißt es in der offiziellen Pressemitteilung <http://media.renault.at/?article=1809> von Renault: „Dank des Z.E. Pass benötigen E-Auto-Fahrer nicht mehr für jeden Ladesäulenbetreiber eine eigene Ladekarte.“ Wer aber zum günstigsten Preis Strom tanken will, sollte genau das tun und sich Ladekarten direkt beim jeweiligen Energieversorger holen, wie ein Test von presstext in Wien aufgezeigt hat.

4,55 Euro versus 1,60 Euro

Der Kostenvergleich beim Laden mit dem Z.E. Pass <http://bit.ly/2DzAD4A> gegenüber Betreiber-Ladekarten von Enio <http://www.enio.at> und Wien Energie <http://www.tanke-wienenergie.at> offenbart den Preisnachteil zulasten von Renault-Kunden. Stehen beim Laden mit Wien Energie (Typ 2, 11 kW) über den Z.E. Pass am Ende 6,90 Euro pro Stunde auf der Rechnung, fallen beim Laden mit Wien Energie ohne Z.E. Pass nur 2,40 Euro pro Stunde an. Noch deutlicher fällt der Unterschied bei einer Minutenabrechnung aus. Mit Z.E. Pass bei einer Wien-Energie-Ladestation sind 4,55 Euro für 39 Minuten zu bezahlen, ohne Z.E. Pass hingegen nur 1,60 Euro.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich beim Anbieter Enio ab: Wird das presstext-Testfahrzeug ein Renault „ZOE Q90“, bei Enio mit Z.E. Pass geladen, kostet das pro

Stunde 5,44 Euro. Verzichtet der Verbraucher beim gleichen Anbieter auf den viel gepriesenen „Service“ der Renault-Chipkarte, beläuft sich der Endbetrag laut Kostenangabe auf der Ladestation pro Stunde auf lediglich 1,80 Euro. Werden die Werte hochgerechnet, schlägt der Preisfaktor ordentlich zu Buche – insbesondere im Vergleich zu einem Kleinwagen mit schmutzigem Verbrennungsmotor.

Schmutziger Benziner billiger

Unser ZOE Q90 weist bei einer Typ-2-Säule mit 11 kW eine Ladedauer von vier Stunden auf. Die Reichweite liegt bei rund 250 Kilometern. Ein vergleichbares Stadtfahrzeug ist der Renault „Clio“ mit einem durchschnittlichen Verbrauch von fünf Litern auf 100 Kilometer. Hochgerechnet auf 250 Kilometer verbraucht der Clio 12,5 Liter. Bei einem Benzinpreis von 1,20 Euro sind das 15 Euro. Laden wir den ZOE für 250 Kilometer mit dem Z.E. Pass bei Wien Energie auf, dann belaufen sich die Kosten auf hohe 27,60 Euro. Gleicher Ladevorgang mit der Tank-Ladekarte von Wien Energie verursacht Kosten von 9,60 Euro, bei Enio mit dessen Betreiber-Karte sogar nur 7,20 Euro.

Alleinstellungsmerkmal

Renault Österreich sieht in der preisbezogenen Benachteiligung seiner Z.E.-Pass-Nutzer kein Problem und verweist auf presstext-Nachfrage stattdessen auf Alleinstellungsmerkmale seines Angebots. „Der USP des Z.E. Pass ist seine überregionale Verwendbarkeit, sogar über die Grenzen Österreichs hinaus“, so Renault-Österreich-Sprecherin Patrizia Valentini gegenüber presstext. □

Die neue Heatweed MiD 3.0 – entwickelt, um zu begeistern:

Chemiefreie Wildkrautbekämpfung

Der Fokus bei der Entwicklung der neuen MiD-Serie lag ganz eindeutig auf Funktionalität und Ergonomie. Das Ergebnis spricht für sich, denn die Maschine ist leichter und kleiner, während ihr Fassungsvermögen größer als bei ihren Vorgängermodellen ist. Die neue MiD-Serie stellt eines von neun Modellen aus dem Heatweed-Produktportfolio 2018 dar.

„Wir haben diese Maschine konstruiert, um klarer Marktführer in diesem Segment zu sein“, sagt Johan Rud, CTO und Inhaber von Heatweed Innovations, dem Unternehmen, das für die Entwicklung und Konstruktion des Produktportfolios

verantwortlich ist. „Design nur dem Design zuliebe würde teuer werden. Design als Ergebnis von geschicktem Ingenieurwesen, Funktionalität und Ergonomie führt zu einem leistungsfähigeren und bezahlbaren Produkt. Das Versprechen und Markenzeichen von Heatweed – chemiefreie Wildkrautbekämpfung mit den niedrigsten Quadratmeterkosten zu ermöglichen – wurde natürlich auch gewahrt. Dazu füge ich gerne hinzu, dass ich dieses Gerät mit viel Leidenschaft entwickelt habe. Mein Wunsch war es, dass unsere Kunden ihre Arbeit mit der MiD 3.0 lieben werden. Deshalb wurden sämtliche Funktionalitäten mit der Denkweise eines begeisterten Anwenders entwickelt“, fährt Rud enthusiastisch fort.

Das Unternehmen genießt im Segment der chemiefreien professionellen Wildkrautbekämpfung eine klare Marktführerschaft. Mit insgesamt 15 Niederlassungen dominiert das Unternehmen den kommunalen Markt in den meisten europäischen Ländern. □



Heatweed MiD 3.0. □



Bei der ersten Deutschen Schneepflugfahrer-Meisterschaft meisterte der Mercedes-Benz Unimog U 527 mit einem Schneepflug von Aebi Schmidt bravourös den anspruchsvollen Parcours. □

Elektrische Transporter von Mercedes-Benz Vans:

Zuverlässig auch bei Kälte, Eis und Schnee

eVito ab der zweiten Jahreshälfte 2018 lieferbar
Elektrifizierung aller gewerblichen Transporter-Baureihen

Arjeplog, Schweden. Härtesten bestanden: Kunden können sich auch bei widrigen Wetterbedingungen auf den neuen eVito verlassen. Das ist das Fazit des Entwicklungsteams von Mercedes-Benz Vans, das den vollelektrischen Transporter in Nordschweden umfangreichen Wintertests unterzog. Bei Temperaturen von bis zu minus 30 Grad Celsius, hohem Schnee und vereisten Straßen wurde der neue eVito im skandinavischen Winter mehrere Wochen auf Herz und Nieren getestet. Im Fokus der Erprobung in Arjeplog, unweit vom Polarkreis, standen Kaltstarts sowie das Lade- und Fahrverhalten bei Minusgraden.

Der eVito, das zweite vollelektrische Serienmodell von Mercedes-Benz Vans nach dem Vito E-Cell aus dem Jahr 2010, ist seit November 2017 bestellbar und ab der zweiten Jahreshälfte

Prüfgebiete wurden das Lade- und Fahrverhalten bei Kälte sowie die Kälteabsicherung der Antriebskomponenten, der Software und deren Schnittstellen (z.B. Bremsen, ESP) intensiv mit



Der elektrische Vito beim Härtesten am Polarkreis. Schwerpunkt der Wintererprobung waren Lade- und Fahrverhalten, Reichweite und Kälteabsicherung, Check von Handling, Effizienz, Ergonomie und Komfort unter Extrembedingungen. Qualität und Sicherheit des Fahrer Arbeitsplatzes stehen im Fokus. Die Heizung bleibt bei Minustemperaturen zuverlässig; eine schnelle Scheibenheizung sorgt für klare Sicht und sicheres Handling bei Eis und Schnee darf man ebenfalls erwarten. □

te 2018 lieferbar. Auf dem Testgelände in Arjeplog mit Fahrdynamikkurs, Wendeschleife und Waldstrecke absolvierten die Fahrzeuge Kälte- und stellen dabei Handling, Effizienz, Ergonomie und Komfort unter Extrembedingungen unter Beweis. Bei den Fahrten auf der zugefrorenen Seelandschaft und dem

spezieller Messtechnik erprobt. Für ein funktionierendes Flottenmanagement ist entscheidend, wie ein batterieelektrisches Fahrzeug auf unterschiedliche Witterungsbedingungen reagiert. Daher stand neben dem Kaltstart- und Auftauverhalten auch die Batteriereichweite im Fokus. Der Mid-Size

Umsatz im GaLaBau wächst auf 7,87 Mrd. Euro

Bad Honnef. Die GaLaBau-Branche hat auch im Jahr 2017 wieder einen Umsatzplus erzielt. Dies geht aus der jetzt veröffentlichten Jahresstatistik des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL) hervor.

So erwirtschafteten die Betriebe des Garten- und Landschaftsbaus einen Jahresumsatz von rund 7,87 Milliarden Euro (2016: 7,48 Mrd.) und erzielten ein Umsatzplus von 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. BGL-Präsident Lutze von Wurmb freut sich über den neuen Branchen-Rekordumsatz: „Ein Wachstum von 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist ein Spitzenresultat und bestätigt den anhaltenden Trend der letzten Jahre. Die Galabau-Branche entwickelt sich anhaltend gut und damit auch die Nachfrage nach landschaftsgärtnerischen Dienstleistungen in den Betrieben.“

Das aktuelle Rekordergebnis erzielten die 17.177 GaLaBau-Betriebe. Bei der Beschäftigtenzahl im Garten- und Landschaftsbau ist ein Anstieg zu beobachten. Demnach steigt die Zahl der Beschäftigten auf 117.131. Bei den 3.822 Mitgliedsbetrieben des BGL steht die Insolvenzquote bei 0,11 Prozent. Der Umsatzanteil beim öffentlichen Grün beträgt 14,61 Prozent und entspricht einem Umsatz von 1,15 Mrd. Euro. □

Sternstunde bei der ersten Deutschen Schneepflugfahrer-Meisterschaft:

Mercedes-Benz Unimog ist „Schneepflug-Star“

Höchstmaß an Schneepflug-Präzisionsarbeit
Allradantrieb, Portalachsen und erstklassige Sicht
Unimog 527 begeistert Teams aus fünf Bundesländern

Spannende Manöver, ein harter Kampf gegen die Zeit und nicht zuletzt eine Menge Spaß für Fahrer und Zuschauer: Das ist das Fazit der ersten Deutschen Schneepflugfahrer-Meisterschaft. Als Fahrzeug überzeugte ein Unimog U 527 von Mercedes-Benz auf dem schwierigen Schneepflug-Parcours im brandenburgischen Stolpe nordöstlich von Berlin.

Die Anforderungen umfassten knifflige Situationen aus dem Alltag von Schneepflugfahrern: Slalomstrecken vorwärts und rückwärts und Hindernisse, die passgenau auf definierte Zielpunkte zu schieben waren.

Hohe Präzision und Übersicht beim Schneeräumen gegen die Uhr

Der vom Veranstalter ausgewählte Unimog Geräteträger U 527 mit einem Schneepflug von Aebi Schmidt stellte in Stolpe seine hervorragenden Fähigkeiten in punkto Wendigkeit und Leistungsstärke unter Beweis. Er begeisterte die Profi-Schneepflugfahrer durch Allradantrieb, gefederte Portalachsen und die hohe Leistung seines Euro VI Sechszylindermotors mit 200 kW (272 PS).

Van bringt beste Voraussetzungen beispielsweise für den innerstädtischen Liefer-, Gewerbe- und Personenverkehr mit. Mit der installierten Batteriekapazität von 41,4 kWh wird die Reichweite des neuen eVito bei rund 150 km liegen. Selbst bei ungünstigen Rahmenbedingungen steht den Kunden eine Reichweite von 100 km zur Verfügung.

Heizung, Komfort und Handling auf Mercedes-Benz Niveau

Die hohe Qualität und Sicherheit des Fahrer Arbeitsplatzes ist eine weitere wichtige Voraussetzung für ein gewerblich genutztes Fahrzeug. Der Van muss auch für Fahrer attraktiv sein, die Tag für Tag damit unterwegs sind. Die Heizung muss bei niedrigen Temperaturen zuverlässig funktionieren und eine Scheibenheizung so schnell wie möglich für klare Sicht sorgen. Weitere Faktoren sind ein sicheres Handling bei Schnee und Eis, sowie die Winterresistenz aller Bauteile. All diese Parameter haben rund 30 Ingenieure, Elektronikspezialisten und Mechaniker von Mercedes-Benz Vans in Arjeplog getestet. Weil sich die Fahrzeuge auch im Hochsommer beweisen müssen, gilt: nach den Wintertests ist vor den Sommertests. Im Sommer wird sich der eVito in Spanien bei Temperaturen von bis zu 35 Grad Celsius im Schatten weiteren Prüfungen stellen.

Attraktives Startangebot für den Mid-Size Van eVito

Mercedes-Benz Vans plant in den kommenden Jahren die Elektrifizierung aller gewerblichen Baureihen. Den Auftakt macht der eVito, den Kunden zu einem Preis von 39.990 Euro (in Deutschland exklusive MwSt.) auf der Microsite www.jetzt-elektrovan.mercedes-benz.de bestellen können. Die ersten 1000 Bestellungen werden mit einem Servicepaket inklusive Wallbox belohnt. Auf den eVito folgt der eSprinter in 2019. Vervollständig wird das Angebot durch den Citan. Damit decken die gewerblichen Baureihen mit Elektroantrieb alle Anforderungen vom People Moving bis zum Gütertransport ab. □

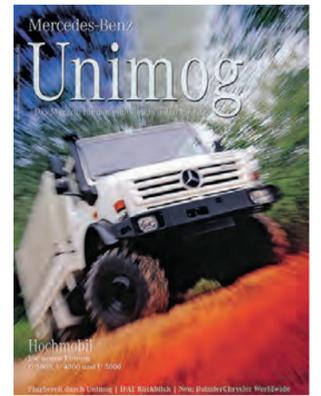
Als besonders großen Pluspunkt lobten die Teilnehmer die gute Übersichtlichkeit über den gesamten Arbeitsbereich – unabhängige Voraussetzung für präzise Rangier- und Fahrmanöver im Winterdienst. Der Unimog U 527 gewährleistet diese hervorragenden Sichtverhältnisse durch die tiefgezogenen Panoramascheiben der „Freisichtkabine“ und das kurze Vorbaumaß – bedingt durch die kurze Motorhaube – des Fahrzeugs.

Spannende Entscheidung im Schneepflug-Duell

Siegreich auf Platz eins landete das brandenburgische Team der Autobahnmeisterei Rangsdorf, gefolgt von der Straßenmeisterei Luckau aus Brandenburg und der Autobahnmeisterei Kamen aus Nordrhein-Westfalen. □



Eine der ersten ...



... und die jüngste Ausgabe.

65 Jahre Unimog-Magazin

1953 erschien die Vorläufer-Version „Unimog Ratgeber“ und richtete sich vor allem an die landwirtschaftliche Klientel. Die Zeitschrift für Kunden und Interessenten entwickelte sich weiter über das „Unimog Journal“ zum heutigen Unimog Magazin. Heute erscheint das Unimog Magazin in deutscher und als internationale, digitale Version in englischer Sprache – zweimal im Jahr

In den ersten „Unimog Ratgeber“ ging es unter der Überschrift „Zeit ist Geld“ um die höhere Geschwindigkeit des Mercedes-Benz Unimog gegenüber den damals langsam vor sich hinführenden Traktoren: „Seine Geschwindigkeit halbiert die Wegezeiten und trägt somit wesentlich zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Betriebs bei. Unimog-Besitzer können so ein Drittel ihrer Arbeitszeit und mehr einsparen.“ hieß es.

1964 wurde der Unimog gar zum Heiratsvermittler: Sah doch der Gärtnermeister Karl-Heinrich Noltensmeier aus Extertal im Unimog Ratgeber ein Fo-

to des 22-jährigen Fräuleins Anegret Hokamp aus Herford am Steuer eines Unimog. Das Interesse des 34-jährigen Jungesellen war geweckt, über die Redaktion erhielt er die Adresse, und ein Jahr später war Hochzeit.

Die Zeitschrift für Kunden und Interessenten entwickelte sich weiter über das „Unimog Journal“ zum Unimog Magazin – nach wie vor als wertvoller Ratgeber, der wichtige Informationen für den Kundeneinsatz auf unterhaltsame Weise vermittelt. Manche historische Ausgabe hat gar Sammlerwert und erzielt bei Sammlern bis zu 100 Euro pro Exemplar. □



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwaschgeräte ersetzen eine ganze Flotte an

Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehlmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal



Mercedes-Benz

Trucks you can trust

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rückdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Spenden über 12.500 Euro

Landrat Gerhard Wägemann (Weißenburg-Gunzenhausen) bat im Vorfeld zu seinem 65. Geburtstag darum, auf persönliche Geschenke an ihn zu verzichten. Von Gratulanten, die etwas schenken wollten, wünschte er sich anstelle von persönlichen Geschenken Spenden an den Verein Kinderchicksale Mittelfranken e. V. oder die Bürgerstiftung des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen. Diesem Wunsch des Landrats kamen sehr viele nach, so dass nun die beachtliche Summe von über 12.500 Euro zusammen kam.

Landrat Gerhard Wägemann zeigte sich von der hohen Spendensumme wie von der großen Zahl der Spender beeindruckt. Auch die beiden Vorsitzenden des Vereins Kinderchicksale Mittelfranken e. V. Birgid Schwenk (siehe Bild, 2. v. r.) und Cristine Wägemann sowie der Vorstandsvorsitzende der Raiffeisenbank Weißenburg-Gunzenhausen eG Wilfried Wiedemann (l.) dankten allen Spendern für die zugeflossenen Gelder sowie Landrat Gerhard Wägemann für dessen großartige Idee: „Wir freuen uns, dass mit den Spendengeldern unsere wichtigen Projekte unterstützt werden.“

Intensive Netzwerkarbeit

Landratsamt München und Kreisjugendring fördern Austausch zur kommunalen Jugendarbeit

Bereits zum dritten Mal trafen sich im Landratsamt München Jugendbeauftragte und Pädagogen, Gemeinderäte, Vertreter des Kreisjugendrings München-Land sowie Mitarbeitende des Kreisjugendrats und des Bildungsmanagements des Landkreises München zum fachlichen Austausch rund um das Thema der kommunalen Jugendarbeit.

Die rund 20 Vertreter aus den Kommunen sowie aus der Verwaltung wollten im Gespräch u. a. herausfinden, wo den Möglichkeiten der Städte und Gemeinden Grenzen gesetzt sind und an welchen Punkten möglicherweise Jugendamt und Kreisjugendring Hilfestellungen geben können. Dabei waren sich die Experten einig, dass übergeordnete Stellen bei dieser Frage insbesondere durch das Schaffen geeigneter förderlicher Rahmenbedingungen sowie durch gezielte Netzwerkarbeit und die Förderung des Austauschs aller Beteiligten untereinander unterstützt werden können.

Der Großteil der Arbeit findet jedoch nach wie vor in den Kommunen, im direkten Umfeld der Kinder und Jugendlichen statt. Viele junge Menschen sind schließlich in Vereinen, Verbänden und Gruppen organisiert, die traditionell gemeindeintern bestehen. Aber auch Jugendliche, die nicht über gemeinsame Interessen und Aktivitäten in der Kommune vernetzt sind, gilt es anzusprechen.

Kontaktangebote schaffen

Zumindest in der Theorie klappt das bisher schon ganz gut. Die Verantwortlichen in den Gemeinden setzen sich engagiert für dieses Thema ein. In der Praxis sähe es dagegen meist weniger rosig aus, berichteten die Teilnehmer. Die Herausforderung sei vor allem, Kinder und Jugendlichen, die noch kein Wahlrecht besitzen, eine Stimme zu verleihen und sie trotz der auf den ersten Blick fehlenden Einflussmöglichkeiten am gesellschaftlichen und politischen Leben der Heimatgemeinde zu beteiligen. Hier könnten die Jugendarbeiter und Jugendbeauftragten als Mittler und „Dolmetscher“ fungieren und die Anliegen der Jugend in die politische Gemeinde tragen. Dabei sei es insbesondere wichtig, sich an die Medien und Informationskanäle, aber auch an die Tagesabläufe der Jugendlichen anzupassen. Die Kommunikation der Jugend spielt sich heutzutage großenteils digital ab.

Hier, so die Teilnehmer, müsse man in der Jugendarbeit ansetzen und neue, niederschwellige Kontaktangebote für Jugendliche

schaffen, sei es über Messengerdienste, Chatgruppen oder Foren.

Es gibt jedoch auch zahlreiche Beispiele von Jugendarbeit im öffentlichen Raum oder Veranstaltungen, die die Zielgruppe erreichen und den Austausch mit Jugendlichen fördern. Dabei muss es nicht immer die Jungbürgerversammlung oder das Jugendparlament sein. In Basel, berichtet Hugo Fischer (Kreisjugendring München-Land), sei z. B. „Das Sofa“ sehr erfolgreich gewesen. Dort hatten Jugendarbeiter eine Couch an mehreren markanten Plätzen in den öffentlichen Raum gestellt, um einen Platz für Begegnung und unkomplizierten Austausch in unverfänglicher aber guter Atmosphäre zu schaffen – ein Angebot, das sehr gut angenommen wurde.

Von Brunnenbau bis Benefiz-Flohmarkt

Ähnlich positive Beispiele hat auch die Gemeinde Oberschleißheim vorzuweisen: Dort ist man vor allem mit dem örtlichen Jugendzentrum „Planet O“ sehr aktiv, beispielsweise mit dem Dialog der Generationen. Ziel der Veranstaltungen ist es, junge Menschen und Senioren zusammenzubringen und den Austausch und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Dabei stehen oft ganz alltagspraktische Fragen im Fokus: „Wie habt ihr früher gelebt?“, „Wie war das bei euch mit Bewerbungen?“ oder „Wie war das früher mit der ersten Liebe?“. Die Jugendlichen profitieren dabei von der Erfahrung der Älteren. Die Senioren hingegen haben die Möglichkeit, ihr Wissen weiterzugeben und selbst körperlich und geistig aktiv zu bleiben, etwa bei einer generationenübergreifenden Tanzstunde aus HipHop und Volkstanz.

Auch Hilfsprojekte, mit Jugendlichen aus der Gemeinde auf die Beine gestellt, sind in Oberschleißheim ein Erfolgskapitel. In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde zusammen mit dem Planet O und weiteren Partnern zahlreiche Projekte von Brunnenbau bis Benefiz-Flohmarkt zur Bestückung einer Bücherei in Tansania auf die Beine gestellt. Der Clou dabei: Die Jugendlichen sind nicht nur bei Planung und Organisation dabei, sondern sehen im

Bürgermeister-Seminar in Hohenkammer

Jährlich lädt Landrat Hubert Hafner zu einem „Bürgermeister-Seminar“. Federführung hatte diesmal die Kommunale Jugendarbeit, die Jugendhilfeplanung und das Bildungsbüro des Amtes für Kinder, Jugend und Familie. 24 der 34 Gemeindeoberhäupter aus dem Landkreis Günzburg machten sich mit dem Kreischef und Vertretern aus seinen Fachstellen auf den Weg ins Tagungshaus in Hohenkammer. Themen waren die Kommunale Jugendpolitik und die Planung der Kindertagesbetreuung in den Kommunen.

Dr. Liane Pluto, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut, führte in die Themenkomplexe ein. Merle Kuhnert und Sandra Stadler, Mitarbeiterinnen der Kommunalen Jugendarbeit im Landkreis Günzburg, erarbeiteten zusammen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern das Thema Jugendpolitik in der Kommune und beantworteten die Frage, wie Gemeinden sich jugendfreundlich aufstellen können.

Das Thema Planung in der Kindertagesbetreuung präsentierten Anja Ebermayer und Maria Reiter von der Fachstelle für Jugendhilfeplanung und Bildungsbüro. Gemeinsam wurde diskutiert, wie

Planung in der Kindertagesbetreuung sinnvoll, aber auch praktisch und ressourcenschonend gestaltet werden kann.

In angenehmer Atmosphäre hatten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an zwei ergebnisreichen und zukunftsgerichteten Tagen die Gelegenheit, Zielsetzungen sowie praktische Vorgehensweisen zu erarbeiten und dabei Erfahrungen, Meinungen und Ideen auszutauschen. Gemeinsam mit den Fachleuten aus dem Amt für Kinder, Jugend und Familie, wurde die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Landratsamt Günzburg in diesen beiden Themenbereichen gestärkt. **haj**



Zahlreiche Gemeindeoberhäupter aus dem Landkreis Günzburg machten sich mit dem Kreischef und Vertretern aus seinen Fachstellen auf den Weg nach Hohenkammer. Bild: Antonia Wieland (Landratsamt)

Euregio Inntal Preis 2018:

Glückliche Theatervereine

Die Ritterspiele Kiefersfelden und das Volkstheater Flintsbach auf bayerischer Seite sowie die Passionsspiele Thiersee und S'Theater Niederndorf aus Tirol sind in Fischbach mit dem Euregio Inntal Preis 2018 ausgezeichnet worden.

Wie Euregio-Präsident Professor Walter J. Mayr betonte, seien alle vier Amateurtheater nicht nur in der Region bekannt. Fans aus ganz Europa reisten an, um sich ihre Kunst anzuschauen. Mayr bezeichnete Theater als „Zufluchtsorte, um die Sorgen des Alltags zu vergessen“ und als „Raststätten für die Seele“.

Horst Rankl, Präsident des Verbandes Bayerischer Amateurtheater und 1. Vorsitzender des Theaters Rosenheim hielt die Laudationes für die bayeischen Preisträger. Seinen Ausführungen zufolge feiern die Kiefersfeldener Ritterspiele in diesem Jahr 400-jähriges Bestehen. Damit ist es das älteste Theater in Bayern.

Volkstheater Kiefersfelden

Rankl bezeichnete die Theatergesellschaft als „Urtheater voller Dynamik“. Das Volkstheater Kiefersfelden sei berühmt geworden mit den Ritterschauspielen und habe viele tausend Freun-

de gefunden, „weil man hier noch so Theater spielt wie vor hundert oder zweihundert Jahren“. Diese Tradition sei ein lebendiges Zeitdokument“, unterstrich Rankl.

Auch das Bühnenhaus stelle eine Besonderheit dar. Alles werde per Hand bedient. Dies gelte für die Kulisse ebenso wie für die Zwischenvorhänge oder die historische Windmaschine. Dennoch sei das Volkstheater Kiefersfelden auch offen für die Moderne, stellte Rankl fest: „Die Ritterschauspiele werden laufend weiterentwickelt, liebevoll entstaubt und gestrafft.“

Volkstheater Flintsbach

Auf fast 350 Jahre Theatertradition kann der zweite bayerische Preisträger, das Volkstheater Flintsbach, zurückblicken. Es ist damit das zweitälteste Theater im Freistaat. Pro Saison gibt es bis zu 30 Vorstellungen, die von rund 10.000 Zuschauern besucht werden. „Das ist eine imposante Zahl, die die Bedeutung der Spielgruppe beweist“, hob der Verbandspräsident hervor.

Aktuell zählt der Verein rund 150 Mitglieder. „Doch eigentlich ist es das ganze Dorf, das mit der Spielschar auf irgendeine Weise verbunden ist. Der Zusammenhalt in der Gruppe und die Verbindung zu den anderen Vereinen in Flintsbach sind bemerkenswert“ und zeigen laut Rankl „die Lust und Freude am Theaterspiel“. Als der Verein 1675 gegründet wurde, sei der Theatervirus umgegangen. „Eine Spielleidenschaft kommt selten über Nacht, sie braucht Zeit, Gelegenheit und einen fruchtbaren Boden, um sich zu entwickeln“, machte Rankl deutlich. **DK**



V. l.: Bundesminister Christian Schmidt, Stimmkreisabgeordneter Hans Herold und Landrat Helmut Weiß.

Optimismus beim Jahrespressegespräch der CSU:

„Der Landkreis ist auf sehr gutem Weg“

Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. „Ausgesprochen erfreulich“ nannte Noch-Bundesminister Christian Schmidt beim CSU-Jahrespressegespräch der Mandatsträger im Landkreis die Tatsache, dass Heimat und ländliche Entwicklung „eine bedeutende Hausnummer“ der künftigen Bundesregierung bekommen habe.

Für den derzeitigen geschäftsführenden Doppelminister trägt die Regierungsvereinbarung auch beim Thema Zuwanderung die Handschrift der CSU, sowohl bei der Organisation der Integration wie auch bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Personell habe die CSU offene Fragen schneller, konstruktiver und geräuschloser geklärt, als manch andere Parteien, so Schmidt. Mit CSU-Kreisvorsitzendem und Landtagsabgeordnetem Hans Herold zeigte er sich einig: „Wir sind bestens aufgestellt und bei aller Demut zuversichtlich, bei den Landtags- und Bezirkstagswahlen im Herbst ein gutes Ergebnis erzielen zu können.“

Herold zufolge tut der Freistaat „unglaublich viel“ für seine Landkreise, Städte und Gemeinden. Als wichtig erachtet es der Stimmkreisabgeordnete im Bayerischen Landtag, dass die Gelder für Schule und Bildung nicht nur in die Gymnasien, sondern auch in die Grund-, Mittel- und Berufsschulen fließen. Besonders erfreulich sei in diesem Zusammenhang, dass der so genannte „Meisterbonus“ erhöht wurde und neue Stellen für Förderlehrer geplant sind.

Auch wenn es noch viel zu tun gebe, bleibe festzustellen, dass in Sachen Breitband, Taktverbesserungen bei der Bahn und dem Ausbau der Staatsstraßen in den letzten Jahren viel erreicht worden sei. Ebenso würde weniger Spektakuläres, wie verbesserte Richtlinien für den Bau von Kleinsportanlagen oder die Fristverlängerung für Kleinkläranlagen Bürgern und Gemeinden helfen.

Profitable Behördenverlagerung

Herold erinnerte zudem an die von dem designierten Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder angestoßene Behördenverlagerung, von der der Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim in erheblichem Maße profitiere. Er nannte als Beispiel das „BayernLab“ als Brücke in die schnelllebige und komplexe IT-Welt, das Luftbildarchiv mit Museum und die für Sommer 2018 geplante Inbetriebnahme des „Bayern-Server“. Auch mit dem in Bad Windsheim entstehenden „Digitalen Gesundheitszentrum“ sei der Landkreis „auf einem sehr guten Weg“.

Mit Landrat Helmut Weiß war sich Hans Herold darin einig, dass es auch im Landkreis einen erheblichen Fachkräftemangel gibt und viele Lehrstellen unbesetzt blieben. Weiß erinnerte an die stets erfolgreichen Fachkräftemessen und Arbeitsplatzbörsen des Landkreises. Gemeinsam wolle man mit einem „Profilbildungsprozess“ dafür sorgen, die positiven Seiten des Landkreises herauszustellen.

An einem Strang und mit „Politik aus einem Guss“ will die CSU auch bei der ärztlichen Versorgung ziehen. Dabei ist für Weiß das Festhalten an den beiden Klinikstandorten in Bad Windsheim und in Neustadt a.d. Aisch unabdingbar. Auch könne er sich vorstellen, dass in Bad Windsheim ein neues Ärztehaus mit medizinischem Versorgungszentrum entsteht. **□**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bürgerenergie Chiemgau eG heizt Badewasser

Im Chiemgau macht eine junge Genossenschaft vor, wie Kommunen und Bürger gemeinsam das Klima schonen können. „Profil“-Redakteur Christof Dahlmann hat sie besucht.

Mittwochvormittag ist Seniorenschwimmen im Hallenbad BernaMare in Bernau am Chiemsee. Bedächtig ziehen einige ältere Menschen ihre Bahnen. „Störe ich?“, fragt der deutlich jüngere David Schmidner, als er voll angezogen an den Beckenrand tritt und mit seiner Hand die Wassertemperatur fühlt. „Gar nicht“, erwidert eine der älteren Damen. „Wir sind nur froh, wenn uns das Bad erhalten bleibt.“

Für das BernaMare sieht es gut aus. Während viele Kommunen unter den hohen Kosten für ihre Schwimmbäder ächzen, hat die Gemeinde Bernau ihr Hallenbad bereits in den vergangenen Jahren stetig saniert. Dadurch kann sie ihren Bürgern und der Region das kleine Familienbad weiterhin erhalten. Dank David Schmidner und der Bürgerenergie Chiemgau eG, deren Vorstand er ist, hat sich seit Kurzem auch die Energie- und Klimabilanz des Bads verbessert.

Die Genossenschaft hat im Keller ein erdgasbetriebenes Blockheizkraftwerk installiert. Ein Motor produziert Strom für Licht und elektrische Geräte, die Abwärme wird genutzt, um Bad und Wasser zu heizen. Das Heizkraftwerk deckt rund 40 Prozent des Bedarfs an Strom und Wärme. Weil es viel effizienter arbeitet als der alte Gasbrenner, wird die Kommune jährlich um einen fünfstelligen Betrag entlastet. Positiver Nebeneffekt: Das neue Heizkraftwerk spart pro Jahr auch noch 200 Tonnen CO₂ ein.

Drei Solaranlagen auf dem Dach

Das Blockheizkraftwerk hat die Genossenschaft erst vor wenigen Wochen eingeweiht. Aber das ist noch nicht alles: Zusätzlich betreibt

sie drei Photovoltaik-Anlagen, die auf den Dächern der Rathäuser in Aschau und Frasdorf sowie auf der Grundschule in Aschau installiert sind. Die vier Projekte haben Modellcharakter: Sie zeigen, wie Bürger sowie Kommunen Klimaschutz und Energiewende Hand in Hand meistern können.

Die Projekte der Genossenschaft sind eng mit David Schmidner verknüpft. Er ist nicht nur Vorstand der Bürgerenergie Chiemgau eG, sondern auch Klimaschutzbeauftragter der Gemeinden Aschau im Chiemgau und Bernau am Chiemsee. Als er diese Position im April 2016 antrat, hat er mögliche Maßnahmen für die Reduktion von CO₂ ermittelt. Herausgekommen sind unter anderem die drei Dach-Anlagen und das Blockheizkraftwerk. Natürlich hätten die Gemeinden die Anlagen auch selbst errichten können, doch Schmidner wollte bewusst die Bürger einbinden und konnte die Gemeinderäte davon überzeugen.

Diese Projekte hat die Bürgerenergie Chiemgau eG bereits realisiert:

- Blockheizkraftwerk (BHKW) im Hallenbad BernaMare, Gemeinde Bernau am Chiemsee
- PV-Anlage Rathaus, Gemeinde Aschau im Chiemgau
- PV-Anlage Schulhaus, Gemeinde Aschau im Chiemgau
- PV-Anlage Rathaus 2, Gemeinde Frasdorf.

Bürgergruppe schließt sich zur Genossenschaft zusammen

„Die Menschen in der Region sollen sich an den Klimaschutzprojekten beteiligen und mit den Projekten identifizieren. Nur so gelingt es, sie für das Thema zu sensibilisieren“, sagt Schmidner. Gesagt, getan: Er stellte die Pro-

jekte in einer Bürgerversammlung im November 2016 vor. Daraus entwickelte sich eine Lenkungsgruppe, die sich regelmäßig traf, um die Gründung einer Genossenschaft vorzubereiten.

Die Entscheidung für die Rechtsform eG fiel schnell. Schmidner: „Wir wollten eine Unternehmensform, die nicht aufgekauft werden kann und an der sich die Bürger basisdemokratisch beteiligen können.“ Er betont, dass die Genossenschaft ein Werkzeug für Bürger und Kommunen sein soll, um Energiezukunft und Klimaschutz mit regionaler Wertschöpfung umzusetzen.

Auch die Kommunen saßen bald mit im Boot. Einstimmig beschloss die Gemeinderäte, die Dächer der Rathäuser und der Schule für die PV-Anlagen sowie den Platz für das Blockheizkraftwerk bereit zu stellen. Nachdem alle vertraglichen Details geklärt waren, gründete sich am 8. März 2017 die Bürgerenergie Chiemgau eG mit 134 Mitgliedern aus der Region. Besonders aktiv im Gründungsprozess waren Philipp Ramming und Georg Beyschlag, die neben Schmidner in den Vorstand gewählt wurden. Ihr ehrenamtliches Engagement ist auch ein halbes Jahr nach der Gründung ungeboren: Jeden Mittwoch treffen sich die drei im Bernauer Rathaus für mehrere Stunden, um weitere Projekte voranzubringen.

Für die drei baugleichen PV-Anlagen hat die Genossenschaft ein Mietmodell angewandt. Das sieht so aus: Die Bürgerenergie Chiemgau eG ist Eigentümer der Anlage und hat sich um die Finanzierung sowie den kompletten Planungs- und Bauprozess gekümmert. Dafür erhält sie monatlich einen festen Mietzins von den Gemeinden. Sie sind die Betreiber der Anlagen und haben diese beim Energieversorger angemeldet, um eine Personenidentität zwischen Betreiber und Abnehmer herzustellen. Zusätzlich wird der Strom beim Eigenverbrauch nicht durch das öffentliche Netz durchgeleitet.

Jährlich 42 Tonnen CO₂ einsparen

Das Modell bringt für die Kommunen drei Vorteile: Erstens setzen sie sich aktiv für den Klimaschutz ein. Pro PV-Anlage sparen sie jährlich rund 14 Tonnen CO₂ ein. Zweitens müssen die Kommunen kein zusätzliches Geld in die Hand nehmen, weil die nötigen Investitionen von der Energiegenossenschaft getragen werden. Und drittens werden sie finanziell entlastet, da etwa die Hälfte des benötigten Stroms selbst produziert wird und von einer reduzierten Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) profitieren. Sollte überschüssiger Strom produziert werden, etwa an Sonntagen, wenn das Rathaus geschlossen hat, wird dieser gegen eine Vergütung ins Netz eingespeist. Ähnlich funktioniert das Mietmodell beim Blockheizkraftwerk im Hallenbad.

Die Vorstände der Bürgerenergie Chiemgau sind zuversichtlich, dass sie bald weitere Projekte umsetzen können. Da sich das Mietmodell für PV-Anlagen bewährt hat, sollen zusätzliche Anlagen auf den Dächern zweier Kindergärten, eines Seniorenheims und einer Schule in den drei Gemeinden Aschau, Bernau und Frasdorf installiert werden. Zudem könnte das Modell modifiziert für Gewerbeobjekte umgesetzt werden. Perspektivisch möchte die Genossenschaft dezentrale Stromspeicher aufbauen und die E-Mobilität vorantreiben. „Die Ideen gehen uns nicht aus. Doch was immer wir machen, uns ist es wichtig, die Bürger der Gemeinden zu beteiligen. Nur so gelingt die Energiewende“, sagt Schmidner. □



Vorstandssitzung der Bürgerenergie Chiemgau eG: Die Vorstände Philipp Ramming (v.l.), David Schmidner und Georg Beyschlag diskutieren über weitere Projekte. □

„Verpflichtende Kontrolle ist nötig“

Altersfeststellung für junge Flüchtlinge findet Unterstützung von Landrat Franz Meyer

Um zu vermeiden, dass Flüchtlinge durch falsche Altersangaben unberechtigt Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch nehmen, wird jetzt eine gesetzliche Verpflichtung zur Altersfeststellung für alle unbegleiteten Minderjährigen gefordert. Dafür hatte sich Landrat Franz Meyer während des Zustroms von Tausenden von Flüchtlingen bereits 2015 ausgesprochen. Alleine im Landkreis Passau wurden knapp 4.000 unbegleitete minderjährige Jugendliche vom zuständigen Kreisjugendamt registriert.

Und diese Forderung ist nun erneut Thema. Unter anderem hat sich auch Innenminister Joachim Herrmann für eine erwei-

terte gesetzliche Vorgabe mit gleichen Standards in allen Bundesländern stark gemacht, die zur Altersfeststellung bei allen unbegleiteten Minderjährigen verpflichtet.

Das erleichtert die Arbeit der Jugendämter, so Meyer. Denn das Sozialrecht erlaubt derzeit eine medizinische Altersfeststellung nur, wenn Zweifel an den Angaben der jungen Flüchtlinge bestehen. Das war im vergangenen Jahr bei unter 10 unbegleiteten Flüchtlingen der Fall, erklärt hierzu der Leiter des Passauer Kreisjugendamtes Franz Prügl. Laut Meyer würde eine verpflichtende Kontrolle die Arbeit der Jugendämter erleichtern. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Habt ihr gehört, was der kleine Klugscheißer da rausgehauen hat? Er meinte, so chaotisch, wie mein Bücherregal ausschaut, könne man da kein Shelfie machen! Blödes Gequatsche.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war mal echt sauer.

Anlass war die Bemerkung eines Volontärs, der den vom Bürgermeister überaus geschätzten Lokalredakteur der Heimatzeitung zu einem Interview im Amtszimmer des Bürgermeisters begleitete. Da hatte dieser äußerst selbstbewusste Vertreter der Generation Y, der allen gegenüber von vornherein klarmachte, dass er sich als kostbare und seltene Humanressource in Zeiten des Fachkräftemangels sieht, eine despektierliche Bemerkung über den Ordnungssinn des Bürger-

meisters in ein Bild der social media gekleidet. Also weihte ich den Bürgermeister erst einmal in die neuen Trends ein. Denn auf Plattformen oder in Medien zur Kommunikation ist es wichtig, immer etwas Neues zu haben. Das gute alte Selfie kennen mittlerweile sogar die Großeltern und Foodporn, also das Abfotografieren von Mahlzeiten ist ziemlich 2017. Also muss immer noch was Ausgefalleneres, Kreativeres eingestellt werden. Neben Fotos von nackten Füßen vor Landschaftsmotiven sind es eben auch solche von Schreibtischen oder Bücherregalen, letztere sind dann die Shelfies.

Das Spiel mit social media

meisters in ein Bild der social media gekleidet.

Also weihte ich den Bürgermeister erst einmal in die neuen Trends ein. Denn auf Plattformen oder in Medien zur Kommunikation ist es wichtig, immer etwas Neues zu haben. Das gute alte Selfie kennen mittlerweile sogar die Großeltern und Foodporn, also das Abfotografieren von Mahlzeiten ist ziemlich 2017. Also muss immer noch was Ausgefalleneres, Kreativeres eingestellt werden. Neben Fotos von nackten Füßen vor Landschaftsmotiven sind es eben auch solche von Schreibtischen oder Bücherregalen, letztere sind dann die Shelfies.

Diese Bilder werden aber nicht rein zweckfrei eingestellt, sondern sie sollen natürlich auch etwas aussagen. Hallo, ich bin gebildet, ich lese Bücher aus Papier. Ich habe Geschmack, wie die Ming-Vase verrät. Ich bin verspielt, sagt mein Teddy auf dem Bücherbord. Mir sind meine Eltern und meine Kinder wichtig, deshalb stehen deren Porträts drauf. Die Liste ließe sich unendlich verlängern.

In anderen Zusammenhängen haben sich ganze Deutungskreise spezialisiert, um Bücherregale bzw. deren Inhalt zu analysieren. So wie es in den Jahren des Kalten Krieges die angesehene Zunft der Kremlastrologen gab, die aus winzigsten Informationssplintern und

cher Stern ist im Aufgehen begriffen? All das soll ablesbar sein von dem Nippes, den Fotos und den Büchern auf dem Regal im Büro des mächtigen Herrn Xi.

Dazu gehört dann natürlich auch ein gehöriges Maß an Inszenierung und Überlegung. Da ist kein Platz für ein achtlos hingeworfenes Manuskript, nicht für ein aus nichts als rein sentimentalen Gründen aufbewahrtes Stück Töpferkunst der Tochter aus dem Kindergarten und schon gar nicht für nachlässig und gedankenlos einsortierte Bücher, die weder in Reih und Glied noch in einem inneren Zusammenhang zueinander stehen.

Sagen wir es ganz offen: Der Bürgermeister ist ein zutiefst kreativer und ideenreicher Mensch, der seine Arbeitsumgebung nicht uniform ordnet, sondern spontan, unkonventionell und überraschend gestaltet. Kurz: Auf dem Schreibtisch und im Regal ist er ein Chaos. Das ist keinesfalls negativ gemeint, denn ein chaotischer Arbeitsplatz deutet auf wenigstens ein gewisses Maß an Kreativität an. Aber für Showeinlagen à la shelfie eignet sich so ein Mensch natürlich nicht.

Mein Chef, der Bürgermeister, sah mich einigermaßen nachdenklich an. Wenn das Spiel mit social media in Zukunft alles entscheidet – Wahlen, Karrieren, Existenzen – wo bleiben dann die kleinen Schwächen, die uns zu Menschen machen? Müssen wir uns alle in Zukunft nur inszenieren? Zum Trost twitterte ich ihm den Satz eines wirklich großen Künstlers der Fotografie, Henri Cartier-Bresson: „Fotografieren, das bedeutet, das Motiv mit dem Kopf, den Augen und dem Herzen ins Visier zu nehmen.“

the Sabrina

Start der „Entwicklungsagentur Faire Metropolregion Nürnberg“

Nach der Auszeichnung zur ersten Europäischen Metropolregion Deutschlands mit dem Fairtrade-Siegel im vergangenen Jahr, startet die Metropolregion Nürnberg nun mit einer Förderung von rund 460.000 Euro in die operative Phase des Projektes Faire Metropolregion. Beim Treffen des Initiativkreises Faire Metropolregion, das im Rahmen des Bio-Fach-Begleitmesse StadtLandBio in der NürnbergMesse stattfand, wurde der Startschuss für die „Entwicklungsagentur Faire Metropolregion“ gegeben. Ziel der Entwicklungsagentur ist es, in zwei Jahren Projektlaufzeit bis 2019 den Fairen Handel in der öffentlichen Beschaffung voran zu bringen. Die Entwicklungsagentur wird daher vor allem Kommunen in der Metropolregion in Sachen nachhaltige Beschaffung beraten.

„Nach der Auszeichnung zur Fairtrade-Region ist dies nun der nächste logische Schritt in unseren Bemühungen um eine faire und nachhaltige Gesellschaft“, so Thomas Thumann, politischer Sprecher des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung und OB der Stadt Neumarkt.

„Der Anteil an fair gehandelten Produkten ist bislang gering. Wenn man bedenkt, dass die Nachfrage der öffentlichen Hand ein Volumen von rund 350 Mrd. Euro jährlich und damit ca. 13 % des deutschen BIP umfasst, ist das ein starker Hebel. Wir wollen unserer Verantwortung gerecht werden, indem wir den Anteil an fair gehandelten Produkten in unserer Region erhöhen. Eine zentrale Aufgabe im Projekt ist auch die Etablierung eines Fairtrade-Gipfels, der die wichtigsten Akteure und Multiplikatoren im Bereich Fairer Handel großräumig einlädt und an einen Tisch bringt.“

Die Hauptaufgabe der Entwicklungsagentur wird sowohl Netz-

werkarbeit, als auch die Beratung bestehender und die Gewinnung neuer Fairtrade-Kommunen sein. Zwei Projektmanager, die in der Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg und im Amt für Nachhaltigkeitsförderung der Stadt Neumarkt angesiedelt werden, beraten Kommunen, bieten Fortbildungen für kommunale Mitarbeiter an und werden den Erfahrungsaustausch gewährleisten.

Faire Beschaffung

In der Metropolregion Nürnberg arbeiten zahlreiche Kommunen schon heute professionell an Strategien zu einer fairen Beschaffung. Konkrete Produkte sind beispielsweise Arbeitskleidung, Konferenzverpflegung, Sportgeräte und Baumaterialien wie Natursteine. So hat beispielsweise Langenzenn fair produzierte Bauhofkleidung und Feuerwehruniformen bestellt, der Landkreis Nürnberger Land stattet seine Schulen mit Fairtrade-Fußbällen aus und alle

40 Fairtrade-Städte der Metropolregion bieten bei öffentlichen Sitzungen fair gehandelten Kaffee an. Hier sind bei der öffentlichen Vergabe rechtliche Rahmenbedingungen zu beachten. Die Entwicklungsagentur Faire Metropolregion wird hier Information, Erfahrungsaustausch und Handreichungen für Kommunen erarbeiten.

Darüber hinaus soll auch das öffentliche Bewusstsein für den Fairen Handel gestärkt und das Engagement der Metropolregion nach außen getragen werden. „Geplant sind die Einrichtung einer Website mit guten Beispielen sowie Auftritte bei öffentlichen Veranstaltungen und eine Wanderausstellung durch die Metropolregion. Mit der Ansiedlung des Projekts in der Geschäftsstelle der Metropolregion stellen wir die Verbindung zum Beispiel zur Regionalkampagne Original Regional und zu den Ökomodellregionen sicher. Dadurch können wir den Dreiklang fair, bio und regional etablieren“, erläutert Dr. Christa Ständcker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg.

Die Fördergelder für die Einrichtung der Entwicklungsagentur stammen aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und werden durch die Engagement Global GmbH für zwei Jahre bereitgestellt. □

Start in den Klimafrühling

Das Interesse an der Auftaktveranstaltung zum ersten Klimafrühling im Oberland war groß. Die Landräte Anton Speer und Josef Niedermaier gaben den Startschuss für das Gemeinschaftsprojekt der Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Bad Tölz-Wolfratshausen. Noch bis zum 9. März werden der Klimawandel und Klimaschutz bei rund 80 Veranstaltungen thematisiert

„Bei der Energiewende und beim Klimaschutz geht es gemeinsam einfach besser“. Das war die einhellige Meinung von Landrat Anton Speer und Landrat Josef Niedermaier bei der abendlichen Auftaktveranstaltung zum ersten Klimafrühling im Oberland in der Westtorhalle in Seehausen am Staffelsee. Die Veranstaltung mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der Start in den Klimafrühling, der mit rund 80 Veranstaltungen zum Thema Klimawandel und Klimaschutz in beiden Landkreisen aufwartet.

In seiner Begrüßung zur Auftaktveranstaltung betonte Landrat Anton Speer die Verantwortung jedes Einzelnen beim Klimaschutz: „Jeder kann einen Beitrag dazu leisten unser Klima zu schützen, sei es beim Energieverbrauch, bei der Nutzung des Autos oder beim Konsum. Auch kleine Änderungen können Großes bewirken, besonders wenn alle mitmachen“. Schon aufgrund fehlender Vorgaben und Ziele von höherer Ebene müsse der Klimaschutz von unten aus den Gemeinden und Landkreisen heraus beginnen. Deshalb gingen die beiden Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Bad Tölz-Wolfratshausen auch mit guten Beispielen voran, so die beiden Landräte.

Höhepunkt des Abends war ein Vortrag von Prof. Dr. Ralf Ludwig

von der LMU. Mit eindrucksvollen Bildern und neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen verdeutlichte Ludwig den signifikanten Anstieg der Erdtemperatur und den damit verbundenen dringenden Bedarf schnell und rasch zu handeln und zwar global, national, aber eben auch regional und lokal. Der Klimafrühling Oberland mit seiner umfassenden Veranstaltungsreihe sei hier prädestiniert, um sich darüber zu informieren, welche vielfältigen Möglichkeiten es zum Klimaschutz im Oberland gibt, so Ludwig.

Unter dem Motto „Gemeinsam. Verantwortung. Hier!“ findet der Klimafrühling Oberland dieses Jahr erstmals in den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen und Bad Tölz-Wolfratshausen statt. Gestaltet nach Vorbild des Münchner Klimaherbstes und initiiert durch die Klimaschutzabteilungen der beiden Landkreise ist der Klimafrühling Oberland die Bühne für den Klimaschutz in der Region. Die zahlreichen Veranstaltungen in den beiden Landkreisen zeigen, wie Klimaschutz funktionieren kann. Geboten werden unter anderem Vorträge, Exkursionen, Workshops und Filmvorführungen über zukunftsfähige Mobilitätsformen, Energiesparen, Erneuerbare Energien bis hin zu Plastik und Klimaschutz in der Landwirtschaft. □



Landrat Anton Speer (Mitte) und Landrat Josef Niedermaier (r.) gaben den Startschuss für den ersten Klimafrühling im Oberland. □

Donau-Ries:

Zehn Dorfläden sichern Nahversorgung

Im Januar und Februar 2018 eröffneten zwei weitere Dorfläden im Landkreis Donau-Ries. Damit bereichern nun zehn Dorfläden die Region und sichern die lokale Nahversorgung. Für weniger mobile Bürgerinnen und Bürger, sowie für Kinder und Familien sind die fußläufig zu erreichenden Läden besonders wichtig. Oftmals im Ortskern gelegen, bereichern und beleben die Dorfläden die Ortsmitte. Dabei bieten sie nicht nur Einkaufsmöglichkeiten, sondern auch wieder den wichtigen sozialen Treffpunkt im Dorf. Alle Dorfläden im Donau-Ries haben ein integriertes Café oder bieten einen Kaffeeauschank an.

In den Gemeinden Fünfstetten und Oberndorf wurde die letzten Monate intensiv an den neuen Dorfläden mit Café gebaut und geplant. Nun sind die Läden eröffnet. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden und umliegenden Gemeinden erhalten damit eine neue Möglichkeit, ihre Versorgung wohnortnah zu erhalten. Dies gilt auch für die acht Kommunen im Landkreis Donau-Ries, in denen bereits Dorfläden bestehen.

Neue soziale Treffpunkte

Die Dorfladen-Cafés bilden neue soziale Treffpunkte und viele Zusatzangebote wie ein Postservice bereichern das wohnortnahe Angebot. Insbesondere für Kinder und ältere,

immobile Bürgerinnen und Bürger sind Dorfläden eine große Erleichterung und wichtig für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Landrat Stefan Rößle erklärt: „Die Läden tragen zur nachhaltigen Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge bei und sind eine wichtige Antwort auf den demographischen Wandel“.

Unterstützung durch Dorfladennetzwerk

Seit Oktober 2016 besteht in der Region das Dorfladennetzwerk Donau-Ries. In regelmäßigen Netzwerktreffen stehen Wissenstransfer, Netzwerkarbeit und die Planung von gemeinsamen Projekten im Fokus. Die Planungen für das Jahr 2018 laufen bereits. So wird

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage zum Thema E-Mobility in Bayerisch Schwaben bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen

Jürgen Köhmann (CSU) ist mit 94 % der Stimmen im Amt des Bürgermeisters von Bad Staffelstein bestätigt worden. Bei der Wahl in der oberfränkischen Stadt war der 59-Jährige der einzige Kandidat. Es ist bereits seine dritte Amtszeit. Die Wahlbeteiligung lag bei lediglich rund 35 %.

Höchstädt und Mespelbrunn

Im schwäbischen Höchstädt heißt der neue Rathauschef Gerrit Maneth (FW). Er setzte sich mit 53,8 % der Stimmen gegen Matthias Letzing durch. Auf den CSU-Bewerber entfielen 46,2 %. In Mespelbrunn im Spessart behielt CSU-Kandidatin Stephanie Fuchs mit 55 % die Oberhand über ihren Herausforderer Wolfgang Windirsch

(Freie Bürger), der 45 % der Stimmen auf sich vereinte. 69,5 % betrug die Wahlbeteiligung.

In Waltenhofen im Landkreis Oberallgäu wurde Bürgermeister Eckhard Harscher in seinem Amt bestätigt. Der parteilose Kommunalpolitiker, der von „Wir für Waltenhofen“ aufgestellt wurde, erhielt 68,2 % der Stimmen. Der Kandidat von CSU, Freie Wähler und Grüne, Fred Schelp, erzielte 23,8 %. Für die Kandidatin der SPD, Rita Schlösser, votierten 8 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,1 %.

CSU-Kandidat Martin Stock wurde in Sulzbach am Main mit 89,1 % zum neuen Bürgermeister gewählt. Der 37-Jährige war der einzige Kandidat. Amtsvorgänger Peter Maurer (FW) war nicht mehr angetreten. Die Wahlbeteiligung erreichte 41,2 %. □

nach dem großartigen Erfolg im letzten Jahr wieder eine regionale Einkaufswoche im Sommer stattfinden. Das Dorfladennetzwerk wird auch auf zahlreichen regionalen Märkten vertreten sein, wobei die regionalen Produkte und die Information der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen.

Geopark Ries als Partner

Die Erzeuger- und Gastronomiegemeinschaft Geopark Ries kulinarisch bleibt beständiger Partner, betont der Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung Günther Zwerger. Bei der konstruktiven Netzwerkarbeit werden ständig weitere Projektideen herausgearbeitet. Besonders wichtig ist dabei die Öffentlich-

keitsarbeit und das Marketing der Projekte. Die Verantwortlichen der Dorfläden, die im Netzwerk mitarbeiten, werden dabei intensiv in den Prozess eingebunden. So werden neue Projektideen abgefragt und im Plenum diskutiert. Dadurch entsteht eine transparente und partnerschaftliche Zusammenarbeit, die allen zum Nutzen ist. In regionalen Netzwerken können spezifische Projekte zusammen mit den Akteuren erarbeitet werden, erklärt Konversionsmanagerin Barbara Wunder.

Für weitere Informationen und Fragen zum Dorfladennetzwerk steht Konversionsmanagerin Barbara Wunder unter 0906/74-305 oder unter barbara.wunder@ira-donau-ries.de zur Verfügung. □

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 22. März 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser
- Kommunale Baupolitik
- Kommunal-Marketing
- Sicherheitstechnik · Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

AVA-Software



ORCA
orca-software.com

Energiedienstleistung



erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Straßenbeleuchtung

LEDiKIT® Streetlight

Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.



Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de



Grenzenlose E-Mobility

Full-Service von erdgas schwaben für Kommunen

Einmal vollladen, während wir shoppen oder ins Kino gehen, und dann noch umsonst parken – das geht an den öffentlichen Ladesäulen, die erdgas schwaben gemeinsam mit den Kommunen errichtet. Mit smartlab und ladenetz.de hat erdgas schwaben den richtigen Partner für die grenzenlose E-Mobility.

Für die Kommunen in Bayerisch Schwaben errichtet erdgas schwaben öffentliche Elektroladesäulen und sorgt für Betrieb und Wartung. „In der Praxis ist das eine solide Sache, die Zeit und Arbeitseinsatz für Städte und Gemeinden auf ein Minimum reduziert“, sagt Helmut Kaumeier, Leiter Kommunkunden erdgas schwaben, „und genau das ist uns wichtig. Denn die Kommunen sind auch wichtige Vorbilder. E-Mobility für kommunale Fuhrparke bringt die Klimawende voran, und Landräte und Bürgermeister haben es leichter, ihre Bürgerinnen und Bürger im Engagement für den Umweltschutz mitzunehmen.“

STROM AUS 100 % HEIMISCHER WASSERKRAFT

Die E-Ladesäulen von erdgas schwaben sind uneingeschränkt öffentlich zugänglich und verfügen über jeweils zwei Ladepunkte mit einer Leistung von 22 Kilowatt, so

dass zwei Elektroautos gleichzeitig laden können. Die Wallboxen bieten einen Ladepunkt. erdgas schwaben beliefert die Ladesäulen mit Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft – das ist Wertschöpfung aus der Region für die Region.

Bequem und mit Rundum-Service.

„Das gefällt vielen Entscheidern in den Kommunen. Wir haben Anfragen von Gemeinden aus ganz Bayerisch Schwaben“, sagt Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben. „So sieht die Zukunft der Mobilität aus.“

Bitte einmal vollladen, und das rund um die Uhr! Da bleibt Zeit zum Shoppen oder den Kinobesuch, und schon rollt das Elektroauto leise und klimaschonend weiter.



Maximaler Service für Kommunen.

Sicher, bequem und innovativ.



EINSTECKEN, AUFLADEN, LOSFAHREN – STARKES NETZWERK MIT LADENETZ.DE

Kommunen, die sich für eine E-Ladestation – Ladesäule oder Wallbox – von erdgas schwaben entscheiden, können auf ein starkes Netzwerk vertrauen: Seit 2016 ist erdgas schwaben Partner von ladenetz.de, einem deutschlandweiten Netzwerk aus rund 150 Stadtwerken und Energieversorgern, das seinen Kunden grenzenlose Mobilität bietet.

Hinter ladenetz.de steht die smartlab Innovationsgesellschaft mbH aus Aachen, an der erdgas schwaben mit zehn Prozent beteiligt ist. smartlab entwickelt innovative Dienstleistungen, Produkte und Konzepte rund um die Elektromobilität. Das Hauptangebot von smartlab ist ladenetz.de, der größte Verbund von E-Mobility-Anbietern in Deutschland.

MIT ERDGAS SCHWABEN-LADEKARTE AN 2000 LADEPUNKTEN IN DEUTSCHLAND LADEN

ladenetz.de vernetzt Ladesäulen in ganz Deutschland und mit der Roaming-Plattform e-clearing.net über die Grenzen hinweg auch in Europa. Mit der Ladekarte von erdgas schwaben für ladenetz.de können die Kundinnen und Kunden von erdgas schwaben an rund 2000 Ladepunkten in ganz Deutschland unkompliziert und günstig laden. Weitere 10 000 Ladepunkte in Europa stehen durch Roaming-Abkommen zur Verfügung. Ziel ist ein flächendeckendes Netz

in ganz Deutschland sowie die europaweite Kooperation mit anderen Anbietern. Insbesondere auf Nutzerfreundlichkeit legen erdgas schwaben und smartlab dabei Wert.

INNOVATIVE KONZEPTE FÜR EINFACHE NUTZUNG

Innovative Produkte der smartlab ermöglichen ein umfassendes E-Mobility-Angebot für die Kunden der Mitglieder. Dazu gehören verschiedene Autorisierungsmedien und erprobte Konzepte für Service und Abrechnung.

SPITZENPRODUKTE MACHEN FAHREN MIT STROM NOCH KOMFORTABLER

Auf der Energiemesse E-world in Essen präsentierte smartlab bereits neue Spitzenprodukte. Im Fokus standen Themen wie neue Parkplatz-Sensorik, gesteuertes Laden, kontaktloses Bezahlen und verbesserte Abrechnung. Mit diesen innovativen Konzepten und der Weiterentwicklung bestehender Produkte optimiert smartlab das Fahren mit Strom.

Modernste Produktfamilie der Branche

„Mit den neuen Produkten reagieren wir auf die schnelle Entwicklung im E-Mobility-Markt und bereiten uns schon heute auf zukünftige Anforderungen vor“, sagt Dr. Mark Steffen Walcher, Geschäftsführer smartlab. „Wir werden so über die modernste Produktfamilie in der Branche verfügen.“



*Klaus-Peter Dietmayer,
Geschäftsführer erdgas schwaben*

LADESÄULEN EINFACH FINDEN, BEQUEM LADEN, MIT ÖKOSTROM WEITERFAHREN

„Als regionaler Energie-Dienstleister wollen wir unseren Kunden Elektromobilität im Rundum-Sorglos-Paket anbieten, und das heißt ganz klar: Ladesäulen schnell und einfach finden, bequem laden und klimaschonend weiterfahren mit Ökostrom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft“, sagt Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben.

erdgas schwaben sichert gemeinsam mit smartlab seine Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit im Geschäftsfeld Elektromobilität und baut noch mehr Know-how auf. Wer ein Elektroauto fährt, kann sich auf erdgas schwaben und ladenetz.de verlassen: Ganz bequem per App auf einer interaktiven Karte immer die nächste Ladestation im Blick.

„Wir selbst betreiben jetzt 14 Ladesäulen in Bayerisch-Schwaben. Jedes Jahr kommen zehn neue dazu, darunter auch Schnellladesäulen mit einer Leistung von 50 Kilowatt – das heißt, Sie können Ihr Elektroauto damit in einer halben Stunde laden“, sagt Dr. Christian Blümm, Leiter Marketing erdgas schwaben.

DIE STADT DER ZUKUNFT FÄHRT MIT STROM

Dr. Christian Blümm, weiter: „Die Voraussetzung, damit sich Fahren mit Strom durchsetzt, ist ein dichtes Netz von Ladesäulen, das die Elektroauto-Fahrer unkompliziert nutzen können. Dafür haben wir mit smartlab den richtigen Partner gefunden.“ Mit der Beteiligung an smartlab ist erdgas schwaben im Geschäftsfeld E-Mobility für die Zukunft gut aufgestellt. Denn der Verbund ladenetz.de bietet mit der einfachen Nutzung eines dichten Netzes von Ladepunkten grenzenlose Mobilität.

An rund 12000 Ladepunkten in Deutschland und Europa laden die Kundinnen und Kunden von erdgas schwaben einfach und günstig - entweder mit der Ladekarte oder spontan über eine mobile Web-App.

DR. MARK STEFFEN WALCHER: KREATIVER KOPF UND GRÜNDER VON SMARTLAB

Vordenker und kreativer Kopf, Gründer und Geschäftsführer von smartlab ist Dr. Mark Steffen Walcher. Durch seine exzellenten Kenntnisse rund um nachhaltige Mobilitätskonzepte, neue Energien und Technologien sowie Elektromobilität war Walcher schon früh an den entscheidenden Projekten der Elektromobilität beteiligt.

Die Idee und Implementierung der bis heute größten Elektro-Flotte Europas, Elmoto in Stuttgart, begleitete Walcher als Programmleiter. Dort legten die Elektroautofahrer in nur einem Jahr rund eine Million Kilometer mit ihren Fahrzeugen zurück.

Seit Januar 2013 ist Walcher Geschäftsführer der smartlab Innovationsgesellschaft mbH. Er vertritt die smartlab in verschiedenen Arbeitsgruppen der Nationalen Plattform Elektromobilität und ist Vorstandsmitglied der offenen eRoaming-Plattform e-clearing.net. Außerdem ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesverbands eMobilität.



*Dr. Mark Steffen Walcher
Geschäftsführer smartlab*



Auf der Energiemesse E-world in Essen präsentierte smartlab bereits neue Spitzenprodukte. Mit innovativen Konzepten und der Weiterentwicklung bestehender Produkte optimiert smartlab das Fahren mit Strom.

SMARTLAB ERMÖGLICHT EINFACHE BETREUUNG DER LADEINFRASTRUKTUR

Seit 2010 schließen sich kommunale und regionale Energieversorger im Verbund ladenetz.de zusammen. Rund 150 Stadtwerke sind bereits dabei.

Einfach – vernetzt

Mit dem Ladestationsinformationssystem LISY2 steht die Software zur einfachen Administration und Betreuung der Ladeinfrastruktur bereit. Mit dem Verbund ladenetz.de Business-Partner ermöglicht smartlab zusätzlich Gewerbetreibenden den einfachen Einstieg in die vernetzte Elektromobilität.

EUROPAWEIT MIT DEN PLAYERN DER ELEKTROMOBILITÄT VERNETZT

Über die E-Roaming-Plattform e-clearing.net – eine Initiative von smartlab und der niederländischen Stiftung ElaadNL – vernetzt smartlab sich darüber hinaus europaweit mit Playern der Elektromobilität.

Lokale und regionale Energieversorger vernetzen sich mit ladenetz.de ebenso wie die Global Player der Elektroauto-Anbieter – zum Beispiel Audi, BMW mit dem i3 und seinem internationalen Carsharing-Modell DriveNow, DKV, Mercedes-Benz, Nissan, Renault, Smart und Volkswagen.

Ihre Ansprechpartner:



Dr. Sylke Schlenker-Wambach
Kommunalkundenbetreuung
E-Mobilität
erdgas schwaben
Telefon 0821 9002-367



Helmut Kaumeier
Leiter Kommunalkunden
E-Mobilität
erdgas schwaben
Telefon 0821 9002-388

EINFACHER ZUGANG ZU EINEM DICHTEN LADESÄULENNETZ

„Wir setzen beim Thema Laden auf einen einfachen Zugang zur Ladestation, das heißt, Sie erwerben eine so genannte RFID-Ladekarte bei Ihrem Energieversorger und können damit auch bei allen anderen Partner von ladenetz.de tanken“, sagt Walcher.

Wo die Ladesäulen stehen, kann man unter ladenetz.de sehen. erdgas schwaben ist der regionale Energieversorger, der sich in den Bereichen nachhaltige Energieversorgung und ressourcenschonende Technik engagiert. Dazu gehört ein klimaschonendes und innovatives Mobilitätskonzept.

ES GEHT UMS GANZE: GANZHEITLICHES MOBILITÄTSKONZEPT

Bereits seit 1995 setzt erdgas schwaben auf den alternativen Kraftstoff CNG – komprimiertes Erdgas. erdgas schwaben beliefert eigene CNG-Tankstellen mit CO₂-neutralem und damit klimaschonendem Bio-Erdgas. Innerhalb eines ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes setzt erdgas schwaben neben einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge vor allem im ländlichen Raum auch auf CNG als Kraftstoff für Mittel- und Langstrecken.

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 05/2018

Redaktion: erdgas schwaben
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: erdgas schwaben GmbH

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung: Constanze von Hassel
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg